DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

267 23. JAHRGANG Dezember 2006 4,50 €

AUS DEM INHALT:

PETER GINGOLD IST TOT

»Wider das Vergessen aufzuklären und Menschen zu überzeugen, dass es möglich ist, die Welt zu verändern.« Das war die große Hoffnung, aus der Peter Gingold, Gründer der »VVN«, lebte. Am 11. November hieß es im Gewerkschaftshaus Frankfurt am Main Abschied nehmen. Heiner Fink beschreibt in seinem Beitrag »Herzlichen Dank an Peter Gingold« sein letztes Zusammentreffen mit ihm anlässlich des 15. Antifaschistischen Workcamps in Buchenwald im August 2006. Seite 3

MEDIEN

In unserem Themenschwerpunkt »Verlagsgenossenschaften« in der Sommerausgabe hatten wir sie gerade erst vorgestellt, die »Göttinger Wochenzeitung«. Schon im Juli 2006 reichte die herausgebende Genossenschaft Insolvenz ein und die Zeitung wurde eingestellt. Das ambitionierte Zeitungsprojekt wird nun vom ehemaligen Trägerverein der Genossenschaft unter dem Namen »Neue Göttinger Wochenzeitung« fortgeführt. Seite 4

KIBBUZ

Meynard Creydt zeigte in seinem Artikel in der CONTRASTE vom Februar 2006 die Kibbuz-Grundlagen auf und wertete die Erfahrungen im Spannungsfeld eines sich umgreifenden Neoliberalismus, wo betriebsbornierte Effizienz und Spezialisierung, Konkurrenz und Wachstum geradezu vergöttert werden. Er wies am Rande auch daraufhin, dass seit gut einem Jahrzehnt Kibbuz-Leitbilder wie Gleichheit und Hierarchiefreiheit in der Praxis aufweichen. Zu seinem Artikel erreichten uns Anmerkungen von zwei langjährigen Kibbuzmitgliedern. Seite 5

SEVESO UND KEIN ENDE ?...

Die Chemiekatastrophe von Seveso im Jahr 1976 wühlte die Gemüter auf und trug erheblich zum Bewusstsein über das Handeln mit hochgefährlichen Materien bei. Dreißig Jahre danach bleiben wichtige Elemente in bezug auf die Hintergründe, das Entstehen und die Verwaltung des Unglücks im Dunkeln. Seite 6

TAUSCHRINGE

Der Zeit-Tausch wird derzeit ansatzweise in vielen Orten durch den Regionalgeld-Gedanken vereinnahmt. Hierbei wird der innovative und soziale Charakter der Zeit-Tauschringe vollkommen außer Kraft gesetzt und viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer ziehen sich enttäuscht zurück. Dennoch steckt hinter dem Gedanken des Zeit-Tauschens viel Potential. Nach wie vor werden neue Tauschringe gegründet. Unsere Autorin Dagmar Capell warnt vor der in so manchem Tauschring angestrebten Vermischung mit dem Regiogeld auf Seite 11.

www.contraste.org

UNTERSTÜTZUNGSSTRUKTUREN

GenoDach: Dachgenossenschaft für gemeinschaftliche Wohnungsinitiativen

Aufgabe einer Dachgenossenschaft ist das zur Verfügung stellen eines organisatorischen und rechtlichen Rahmens für Projekte gemeinschaftlichen Wohnens. Diesen wird so ermöglicht, die Vorteile einer Wohnungsgenossenschaft zu nutzen: Teilneutralisierung des Kapitals, Haftungsbegrenzung, wirtschaftliche Prüfung, demokratische Struktur, sozialer Förderauftrag, Einbindung externen Kapitals etc. Gleichzeitig können sie jedoch auch die Besonderheiten überschaubarer Wohnprojekte genießen mit Aspekten wie hohe Gruppenautonomie, Selbstorganisation, Eigenverantwortung, überschaubare Nachbarschaftsstruktur und Kostengünstigkeit.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Veranstaltungen zum Thema gemeinschaftliches Wohnen erweisen sich von der Zahl der BesucherInnen immer wieder als Erfolg. Zu Veranstaltungen dieser Art kommen jeweils zahlreiche Interessierte, um sich über die Möglichkeiten zu informieren, in genossenschaftlichen Wohnprojekten zu wohnen. Fragen zu stellen, erste Kontakte zu knüpfen oder sich selbst zur Gründung eines neuen Wohnprojekts anregen zu lassen, stehen dabei im Mittelpunkt. In Relation zum Interesse kommen allerdings vergleichsweise nur wenige gemeinschaftliche Wohnprojekte zustande.

Unterstützende Strukturen

Gründe hierfür liegen vor allem in dem erforderlichen hohen Aufwand, den zahlreichen Stationen, die zu gehen sind, bis der Bezug einer gemeinsamen Immobilie geschafft ist. Dieser wäre in vielen Fällen nicht in dem Maße erforderlich. Um ihn zu verringern, müsste nur ein Rahmen vorhanden sein, der den Interessierten einen Teil der Arbeit erspart. Gleichzeitig sollte er die Chance bieten, sich in einer eigenständigen Gruppe zu organisieren. Es ist also eine Struktur erforderlich, die die Möglichkeit der Nutzung einer stabilen Wohnungsgenossenschaft aufweist und diese verbindet mit den Vorteilen kleiner Wohninitiativen wie Selbstbestimmung und überschaubare Gemeinschaft, Wahlnachbarschaft und Kostenersparnis durch Eigenverantwortung.

Mit dem innovativen Ansatz einer eierlegenden Wollmilchsau für Wohnprojekte wird seit einiger Zeit in verschiedenen Städten wie Stuttgart, Hamburg, München, Zürich, Bielefeld und Dortmund experimentiert. Der dafür genutzte Begriff ist der der Dachgenossenschaft. Hinter dem Begriff steckt ein bisher in ihren einzelnen Facetten noch nicht ausgeklügelte Struktur. Unter dem rechtlichen Dach einer eingetragenen Genossenschaft werden die Vorteile professioneller Strukturen der Wohnraumerstellung und -verwaltung mit den Möglichkeiten des Wohnens in überschaubaren Gruppen mit Gleichgesinnten bzw. mit Menschen mit analogen Interessen und Bedarfen organisiert. Es wird insofern ein Spagat organisiert zwischen rationeller Organisation und kontinuitätssichernden Rechtsrahmen sowie dezentraler, selbstorganisierter, gruppenverantwortlicher Gestaltung des eigentlichen Wohnraums mit Überschaubarkeit und Nähe zu Gleichgesinnten.

Der Neubau Grether Ost ist ein Projekt im Verbund des Mietshäuser Syndikats, hier mit Transparent gegen den geplanten Wohnungsverkauf in Freiburg Foto: Mietshäuser Syndikat

Vielfältige Facetten

Im Themenschwerpunkt werden die Idee und bisherige Erfahrungen mit Dachgenossenschaften diskutiert. Hintergrund sind Forschungsergebnisse, die im Rahmen des Programms ExWoSt (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau) erarbeitet werden konnten. Barbara Crome und Gabriele Sterzenbach erläutern den Gesamtzusammenhang, der die fundierte Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten von Dachgenossenschaften überhaupt ermöglicht hat. Wolfgang Kiehle von der Wohnbundberatung NRW geht auf die unterschiedlichen Formen und Merkmale von Dachgenossenschaften ein. Ergänzend hierzu zeigt Britta Becher von der STATTBAU Hamburg Möglichkeiten auf, wie die Risiken der Projektentwicklung eines Wohnprojekts für eine Dachgenossenschaft klein gehalten werden können.

Anschließend werden zwei konkrete dachgenossenschaftliche Ansätze etwas ausführlicher dargestellt. Birgit Pohlmann-Rohr und Martina Buhl beschreiben den Weg der Beginen zu einer eigenen Dachgenossenschaft. Sie sind ebenso wie die Mitglieder des Mietshäuser Syndikats in Freiburg ein Zusammenhang, der auf ausgeprägten gemeinsamen Werten beruht. Das Syndikat versucht allerdings bewusst, eigene kooperative Strukturen zu entwickeln, die nicht auf den Grundlagen des Genossenschaftsgesetzes beruhen. Hinweise auf eine Qualifizierung und die Empfehlung, dachgenossenschaftliche Konzepte in möglichst vielen Regionen und Städten gezielt anzugehen, runden den Schwerpunkt ab.●

SCHWERPUNKTTHEMA

Genossenschaftspotenziale erschließen – Forschungsergebnisse nutzen
Dachgenossenschaften – Entstehungsschritte und Gestaltungsmöglichkeiten Seite 7
Wege der Risikominimierung
Beginen entwickeln Dachgenossenschaft Seite 8
Freiburger Mietshäuser Syndikat: Autonomie und Bindung
Finanzierung durch ein Fondsmodell Seite 9
Plädoyer für die Gründung von Dachgenossenschaften
Qualifizierung: ProjektentwicklerIn für die Gründung von Wohngenossenschaften Seite 10

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

KONGRESS »SOLIDARISCHE ÖKONOMIE IM GLOBALISIERTEN KAPITALISMUS« EIN RIESIGER ERFOLG

Kongress soll zur Institution werden

Mit 1.400 registrierten TeilnehmerInnen sind mehr als doppelt so viele Menschen zum Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« nach Berlin gekommen als erwartet. »Der Kongress war ein riesiger Erfolg«, sagte Dagmar Embshoff von der Bewegungsakademie in Verden, einem der Träger des Kongresses. »Eine neue Generation von jungen Menschen hat die Projekte und Ansätze Solidarischer Ökonomie für sich entdeckt.«

Redaktion Heidelberg ● Damit entstand eine Brücke zu schon lange bestehenden Projekten der älteren Generation. Neben verschiedenen Sektoren der Solidarischen Ökonomie waren viele Aktive aus sozialen Bewegungen vertreten, darunter zahlreiche internationale Gäste.

Solidarische Ökonomie ist mehr als ein Kind der Not – das wurde beim Kongress in über 100 Veranstaltungen deutlich. Es gehe nicht einfach darum, die neue Ungleichheit und Unsicherheit im Zuge der neoliberalen Globalisierung erträglicher zu machen, so die Überzeugung der VeranstalterInnen. Vielmehr eröffnen Projekte Solidarischer Ökonomie den beteiligten Menschen neue Handlungsspielräume, erfinden eine neue Form der Wirtschaft und fordern ihre sozialen Rechte ein.

Die politischen Rahmenbedingungen für diesen Wirtschaftssektor sind in Deutschland im internationalen Vergleich denkbar schlecht. Anders als in europäischen Ländern wie Frankreich, Italien oder Spanien oder in lateinamerikanischen Ländern wie Brasilien, Argentinien und Venezuela, fehle eine aktive politische Unterstützung, kritisierten die ReferentInnen bei verschiedenen Veranstaltungen. Genossenschaften werden im Vergleich zu anderen Rechtsformen sogar benachteiligt. Unterstützung für Betriebsübernahmen durch die Belegschaft gibt es weder von der Politik noch von den Gewerkschaften.

Initiiert durch diesen Kongress wird es ein erweitertes Bildungsangebot für Solidarische Ökonomie geben, hoffen die VeranstalterInnen. Auf dem Kongress haben sich Lehrende mehrerer Universitäten zusammengeschlossen, um entsprechende Angebote auf den Weg zu bringen.

Der Trägerkreis des Kongresses will seine Arbeit fortsetzen, die Diskussion zu Solidarischer Ökonomie verstetigen und in etwa zwei Jahren erneut eine Großveranstaltung organisieren. Der Kongress soll angesichts des großen Interesses zu einer Institution werden.

CONTRASTE plant für den Januar 2007 einen Themenschwerpunkt zu den Ergebnissen des Kongresses und in den nächsten Monaten wird eine Kongressdokumentation als Buch erscheinen. In der Folge soll eine Vortragstournee stattfinden und die Botschaft des Kongresses in die Regionen tragen. Die Internetseite www.solidarische-oekonomie.de wird zu einer Kommunikationsplattform ausgebaut und die dazugehörige E-Mailingliste weiterlaufen.●

Der Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« wurde getragen von: Bewegungsakademie, Attac Deutschland, Bundeskongress Internationalismus (BUKO), Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, CONTRASTE, DGB Berlin-Brandenburg, Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung, FDCL, Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Netzwerk Grundeinkommen, Netzwerk Selbsthilfe, Weltladendachverband, u.v.a.

D 8008

CONTRASTE-BILANZ

Geschafft. Es geht weiter!

Kurz vor Jahresende haben wir nun doch noch die Ziellinie überschritten. Zu verdanken haben das weiteren Spenden von insgesamt 2.849,40 EUR – darunter eine größere Einzelspende –, die im November auf unserem Spendenkonto eingegangen. Allen SpenderInnen und Mitgliedern des Fördervereins herzlichen Dank!

Redaktion Heidelberg ● Schön, das macht uns Mut und gibt uns Motivation für das kommende Jahr! Erfreulich sind auch drei neue Fördermitgliedschaften:

- Alois Wilhelm, Marburg (100 EUR)
- Oliver Schaub, Essen (80 EUR)
- Olaf Höppner, Wilsen (62 EUR)

Eingestellt wegen Nichtzahlens des Beitrages wurde eine Mitgliedschaft in Höhe von 62 EUR. Zusammen mit den eingegangenen Spenden verbleiben nun noch **1.277 EUR**, die wir schon für das zu erwartende Defizit in Höhe von **7.250 EUR** im Jahr 2007 einsetzen können. Nicht geschafft habe wir in diesem Jahr den weiteren Abbau unserer Altschulden in Höhe von 2.000 EUR, wir hoffen auf einen erhöhten Spendeneingang Jahr 2007, um auch dieses Problem bewältigen zu können.

Nachfolgend die im Monat November eingegangenen Spenden:

- Rolf Werner, München (10 EUR)
- Oliver Schaub, Essen (100 EUR)
- N.N., Österreich (120 EUR)
- Frieder Bayer, Waiblingen (1,40 EUR)
- Hella Hertzfeld, Berlin (55 EUR)
- Klaus-Peter Kurch, Lychen (20 EUR)
- Martin Esch, Köln (2.200 EUR!)
- Erasmus Schöfer, Köln (40 EUR)
- N.N., Berlin (20 EUR)
- Peter Streiff, Erdmannshausen (50 EUR)
- Rolf Schröder, Bremen (20 EUR)
- Uta Knischewski, Dresden (100 EUR)
- Werner Driehorst, Uslar (15 EUR)
- Wilfried Stegemann, N.N. (10 EUR)
- Hans-Georg Knierim, Portugal (88 EUR)

Nochmals herzlichen Dank!

Der Monat November bescherte uns 12 Aboküdigungen und 9 neue Abos, darunter ein Geschenkabo und ein aus einem gespendeten Schnupperabo resultierendes Neuabo. Zusammen mit den neuen Förderabos benötigt CONTRASTE nun 162 neue Abos, um auch ohne Spendenaufkommen überleben zu können.

JAHRESRÜCKBLICK

Insgesamt 57 Abos wurden gekündigt, 49 neue Abos wurden bestellt. 6 Fördermitgliedschaften wurden gekündigt und 9 neue kamen hinzu.

START DER AKTION 2007

Unser Spendenziel für 2007 liegt nun bei **5.973 EUR**.

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ab sofort ihre Rechnungen auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR beträgt. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2006

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2007: 5.973 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 162+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

Mit spitzer Feder hat der Karikaturist Thomas Plaßmann die Situation von Flüchtlingen kommentiert

»Was laufen Sie denn als Ausländer auch einfach so über die Straße?«, fragt eine Passantin vorwurfsvoll. Vor ihr liegt das Opfer einer Schlägerei auf dem Gehweg, im Hintergrund macht sich ein Skinhead unbehelligt aus dem Staub. Zum Glück ist das Szenario in diesem Fall nur Fiktion. Das Bild ist Teil einer Ausstellung, die an der Fachhochschule Münster noch bis zum 8. Dezember 2006 gezeigt wird.

Thomas Plaßmann, Karikaturist für verschiedene Tageszeitungen hat der UNO-Flüchtlingshilfe seine Zeichnungen zur Verfügung gestellt. Die Bilder der Wanderausstellung setzen sich kritisch und mit beißendem Witz mit ernsten Themen wie der Gewalt gegen Ausländer auseinander.

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

V.A.: Freiräume (Falling Down Records 025)

Das Umweltzentrum Münster ist tot! Lang lebe das Interkulturelle Zentrum Don Quijote! Nachdem sich das Kollektiv vom Umweltzentrum in Münster nach 25 Jahren gespalten hat, betreibt seit 2005 ein neues Kollektiv in dieser Tradition die Räume als Interkulturelles Zentrum (s.a.: www.muenster.org/quijote). Ihnen kommt der eine Teil der Einnahmen aus dem Verkaufserlös aus der mittlerweile 25. Veröffentlichung des kleinen, sehr engagierten Münsteraner D.i.Y.-Labels Falling Down-Records zu Gute. Der andere Teil des Erlöses fließt in die Kampfkasse des Vereins »Autonomie, Soziokultur und Kultur«, der sich für die Eröffnung ein Soziales Zentrums in Münster stark macht (s.a. http://ask.plentyfact.net).

Auf einer solchen Compilation dürfen natürlich keinesfalls der Liedermacher Baxi (»Wir pennen heute Nacht bei Alex«), die anarchistische Kabarettgruppe Blazer Schwock (»Großer, dicker Fascho«) und die Punkband Daddy Longleg (»Name«) fehlen. Sie leben und arbeiten selber in Münster und stehen auch im engen persönlichen Kontakt mit den Projekten. Neben ihnen finden sich auch über die eigene Szene hinaus bekannte Interpreten wie Guts Pie Earshot (»Manu«) – diesmal mit einem reinem Instrumental – und die musizierende, (ehemalige?) britische Anarcho-Kommune Chumbawamba (»bella ciao«) als Zugpferde. Sie präsentieren beide die poppige Seite dieses stilistisch sehr breit gefächerten Samplers. Die Hiphop-Fraktion wird diesmal von Chaoze One (»keinen Tag ohne«) und Lea-Won feat. Wilson Wicked (»reclaim«) vertreten. Traditionell dominiert wieder einmal der Punkbereich, der diesmal u.a. von Bands wie der Folkpunkband »Die Schnitter« (»Die Weber«) oder den Bambix (»Cry-o-Surgery«) repräsentiert wird. Beide Bands sind schon lange keine Unbekannten mehr. Besonders »Die Schnitter« hatten sich in den vergangenen Jahren durch ihre Solidarität mit dem Widerstand gegen die Castortransporte auch über die Punkszene hinaus einen Namen gemacht.

Eine bislang wenig bei Falling Down Records hervorgetretene musikalische Richtung stellen die Beiträge von René Binamé (»Juillet 1936«), ein französischsprachiges Minimalrockstück zum Spanischen Bürgerkrieg, Hookie und das Claricordeon (»Lomir sich iberbetn«) und der La Kinky Beat (»No es lo mismo«) – im Stil des spanischen Traditionals. Mit der »Internationale« – neben der Version von »Die Weber« und »Bella Ciao« – ist es der dritte linke Evergreen in der vorliegenden Zusammenstellung, klingt dieser Sampler aus und hinterläßt einen positiven Eindruck.

Die Veröffentlichungen von Falling Down Records haben nicht nur den Anspruch eine gute Sache zu unterstützen, sondern sind auch an sich gut. Das Label produziert nicht die für die Szene bereits symptomatischen Deutschpunk-gegen-Staat-und-Nazis-Sampler, die mensch sich aus Solidarität mit der Sache kauft und die dann nach ein-, zweimaligen Hören in einer hinteren Ecke im heimischen CD-Regal landen. Auf den Samplern des Labels findet sich ein breites Sortiment von Interpreten sehr unterschiedlicher musikalischer Ausrichtung, die sich allerdings immer noch im Bereich einer akzeptablen Toleranzspanne bewegen. Insgesamt handelt es sich bei »Freiräume« um einen für D.i.Y.-Verhältnisse sehr professionell aufgezogenen Sampler aus dem Hause Falling Down-Records zu Gunsten von zwei unterstützenswerten Projekten zu einem sehr fairen Preis.

Die Compilation ist für 8 Euro (+ RP / Verpakkung) über Falling Down Records, c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster
email: falling-down@gmx.de
http://projekte.free.de/bankrott/fdr.html
erhältlich.●

DJ Chaoz

NACHRUF

Herzlichen Dank an Peter Gingold.

Am 11. August fuhr Peter Gingold mit mir zum 15. Antifaschistischen Workcamp nach Buchenwald. Diesen Besuch hatte er den jungen Freunden bei seiner letzten Öffentlichen Lesung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Helle Panke, in Berlin am 23. Mai versprochen, als er aus dem Buch »Aus dem Leben von Peter und Eddi Gingold« las, das Karl Heinz Jahnke zu seinem 90. Geburtstag herausgegeben hat.

Von Heiner Fink ● In Buchenwald war ein ungewöhnlich kühler Tag, es regnete und Peter fror. Auf dem Ettersberg bemerkte er mit leiser Stimme: »Wir frieren hier an einem kühlen Sommertag. Was müssen unsere Kameraden bei Frost, Schnee und bitterer Kälte, beim stundenlangen Stehen auf dem Apellplatz gelitten haben.« Wir gingen in den Zellenbau. Dort blieb er vor der Zelle von Paul Schneider stehen, sah mich an und sagte: »Pfarrer Paul Schneider erinnert mich an ein Versagen unserer antifaschistischen Arbeit. Hätten wir doch am Ende der zwanziger Anfang der dreißiger Jahre doch zusammen gefunden und ein Bündnis geschaffen mit all den Kritikern gegen den Faschismus, dann hätten wir vielleicht die Nazis verhindern können. Das war ein großes Versäumnis in unserem nicht koordinierten Widerstand! Das müsst ihr heute schaffen! Gegen Neonazis zu demonstrieren, heißt für mich, viele dafür zu gewinnen unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung. Die Kameraden in Frankreich haben das geschafft! Warum schaffen wir das nicht?« Peter diskutierte mit mir Gründe. Ein Grund war für ihn der Antikommunismus, der tief im deutschen Volk verwurzelt war und ist. Dazu kommt noch der permanente Antisemitismus, die Stigmatisierung Andersdenkender, die Ausgrenzung von Fremden. An der Todeszelle von Ernst Thälmann wiederholte er noch einmal sein großes Bedauern: »Warum haben sich Ernst Thälmann, Paul Schneider, Rudolf Breitscheidt und Dietrich Bonhoeffer nicht vorher kennen gelernt oder die Kommunistische Partei Kontakt zur Bekennenden Kirche gesucht? Dieses folgenschwere Versäumnis hat sie dann alle vier in dieses KZ gebracht.« Diese bittere Feststellung in der Erinnerung von Peter Gingold hinterlässt er als Mahnung an uns.

Vor den jungen Leuten im Workcamp sprach Peter über politische Höhepunkte seiner Biographie. Über den langen Weg vom 8. März 1916, seinem Geburtsjahr, bis heute. Viele der dort Anwesenden hatten Peter in Erinnerung von der Antinazi-Demonstration am 8. Mai 2005 zum 60. Jahrestag der Befreiung. Er hat dort gegen die Neonazis, die durch die Innenstadt Berlins marschieren wollten, aus seinen Erfahrungen antifaschistischen Widerstands geredet. Er wurde dann von den antifaschistischen Demonstranten mit einem großen Blumenstrauß an die Spitze ihrer Demonstration gedrängt. Mit ihm gelang es, die Neonazis an ihrer Demonstration zu hindern.

Bei den Jugendlichen in Buchenwald berichtete er von der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung und dem tiefen Fall Deutschlands am 30. Januar 1933, als die Macht auf Hitler übertragen wurde, über seine Verhaftung schon 1933, seine Emigration nach Frankreich, die Gründung der überparteilichen Freien Deutschen Jugend (FDJ), seine Mitgliedschaft in der KPD und seine große Liebe zu Ettie Stein-Haller, einer Rumänin, die er in Frankreich gefunden hatte und mit der er seit 1940 zusammen lebte, kämpfte und glücklich war. Sie hatten zwei Töchter. Die große Spannung im Raum war durch Schweigen getragen, als Peter über die französische Resistance sprach, wie er 1943 in die Fänge der Gestapo geriet und wie ihm die Flucht gelang. Er berichtete von der großen Solidarität der Kämpfer untereinander. Mit der ihm eigenen fröhlich erhobenen Stimme berichtete er über den Aufstand 1944 in Paris und über den Tag der Befreiung am 8. Mai 1945, den er bei den italienischen Partisanen in Turin erlebte. Für ihn war dieser Tag »Das Morgenrot der Menschheit«. Nach der Befreiung hat es ihn keinen Tag länger in Frankreich gehalten. Er kehrte in seine Heimatstadt Frankfurt am Main zurück, gründete mit Ettie die *»Vereinigung der Verfolgten des Nazireg imes«* (VVN) in der Überzeugung für ein neues Deutschland, für das sie im Widerstand gekämpft haben, zu arbeiten. Doch als Widerstandskämpfer und Kommunist wird ihm viele Jahre die Staatsbürgerschaft verweigert und in Folge des KPD-Verbotes musste Peter zeitweilig erneut in die Illegalität. Aber das war für ihn keine Barriere sich weiter für eine Gesellschaft frei von Krieg und Ausbeutung einzusetzen.

Am 8. Mai 2005 war einer der letzten großen Auftritte von Peter Gingold in Berlin. Hier im Bild läuft er vor der antifaschistischen 8.-Mai-Demonstration vom Bertold Brecht Platz Richtung Alexanderplatz, um einen Naziaufmarsch in Berlin-Mitte zu verhindern. Die Blockaden von zehntausenden AntifaschistInnen waren erfolgreich – nach stundenlangem Ausharren auf dem Alexanderplatz mußten die Nazis unverrichteter Dinge wieder abziehen. Foto: Umbruch Bildarchiv

Peter Gingolds Botschaft an diesem Tag an die jungen Leute in Buchenwald war: Wir dürfen niemals resignieren! Wir müssen im Scheitern hoffen, dass wir bessere Argumente haben und weiter kämpfen. Wir haben die Aufgabe die Welt zu verändern. Gemeinsam haben wir es im letzten Jahr doch auch geschafft, zum Beispiel den Aufmarsch der Nazis in Wunsiedel zu verhindern, gegen das bajuwarische Gehabe der Gebirgsjäger in Mittenwald zu protestieren, am 8. Mai 2005 die Nazis in Berlin zu boykottieren und für morgen haben die Nazis, die gegen uns und die autonome Jungendeinrichtung in der Gerberstraße in Weimar demonstrieren wollten, abgesagt!

Das war die große Hoffnung aus der Peter Gingold lebte: »Wider das Vergessen aufzuklären und Menschen zu überzeugen, dass es möglich ist, die Welt zu verändern.« Er jedenfalls hat Menschen mit seiner Kraft verändert, ihnen immer wieder Mut gemacht und ihnen immer wieder Kraft gegeben.

Der Abschied von Peter Gingold am 11. November im Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main war eine Manifestation eines breiten Bündnisses von Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden und Christen, von autonomen und traditionellen Antifaschisten, von alten und jungen Kämpferinnen und Kämpfern gegen Rechtsradikalismus.

Der Dank an Peter ist in dem jiddischen Lied von Ester Beserano gesungen: » Mir lejbn ejwig« und in der gemeinsam gesungenen Internationalen deutlich geworden. Ich bin mit seinem Enkel Juri Czyborra überzeugt: »Peter ist im roten Himmel«.●

PATRIOTISMUS UND INTERNATIONALISMUS

Kein Schlussstrich per Schlusspfiff!

Wir dokumentieren ein Interview mit Peter Gingold – Bundessprecher der VVN-BdA – kurz vor seinem Tod zu Fragen von Patriotismus und Internationalismus nach der Fussball-WM.

Die WM ist zu Ende. Siehst Du mit dieser Fifa-Weltmeisterschaft ein gefährliches Anwachsen des Nationalismus, hat nun das nationalistische Gedankengut der Neonazis »Ich bin stolz eine Deutscher zu sein« einen mächtigen Auftrieb?

Peter Gingold: Natürlich waren die meisten Deutschfahnenschwenker keine Nationalisten. Es war da diese Freude am Spiel, die Identifikation mit der Nationalmannschaft wie wir sie in allen Ländern, aber auch in den Fußballgemeinden der deutschen Großstädte kennen: Die Freude an unserer Mannschaft, ob nun in der Stadt oder im Land. Das war eher Love-Parade, Karneval, raus aus dem Alltagsleben.

Also Entwarnung? Da war nur Partyotismus, wie manche Beobachter es nannten, weniger Patriotismus?

Dies auch nicht. Denn zusätzlich kräftig von den Medien gestärkt wurde das, was längst da war: Die Kampagne für die deutsche Leitkultur, die Kampagne von Prominenten »Du bist Deutschland«. Man wollte volksgemeinschaftliche patriotische Gefühle wecken, sich zu diesem Deutschland zu bekennen. Das wurde natürlich mit der WM gefördert, das Wir-Gefühl, wir in einer Volksgemeinschaft, endlich ohne Beklemmung sich zu Deutschland zu bekennen. Und dann, immer wieder das Deutschlandlied zu singen, doch nun stolz sein zu können, ein Deutscher zu sein. Das muss schon Beklemmung auslösen.

Aber knüpft das nicht an ein verständliches wachsendes Bedürfnis vieler Menschen an, in einer Gemeinschaft Geborgenheit zu empfinden angesichts von diffusen und tatsächlichen Bedrohungen?

Ja, die Globalisierung wird als Bedrohung empfunden. Es gibt das Gefühl, beherrscht zu sein von einer Fremdbestimmung, von einer anonymen europäischen Macht. Da will man im eigenen Land, in seiner Nation geborgen sein. Natürlich hat die WM dem einen neuen Auftrieb gegeben, wenn auch nicht alles nachhaltig sein wird im Rückkehr in den tristen Alltag.

Wie sollten die Linken, die Antifaschisten, die VVN-BdA dem Rechnung tragen?

Wir dürfen uns jetzt nicht in unserer Reaktion in die Ecke der »Antideutschen« drängen lassen. Diese Losung »Nie wieder Deutschland«, das kann nicht die unsere sein. Deutschland ist eine Realität. Wir gehören zu diesem Land, wir haben in ihm Verantwortung zu tragen. Wir sollten eine positive Antwort geben, wie wir zu Deutschland stehen. Antwort auf diese Frage wird mir immer wieder von Jugendlichen abverlangt. Wenn wir uns nicht ins Abseits gestellt sehen wollen, dann stellen wir uns der Frage, was für uns das eigene Land bedeutet, in dem wir leben und kämpfen, was für uns national und nationalistisch ist, wie wir mit den Begriffen Vaterland, Vaterlandsliebe, Heimatliebe und Patriotismus umgehen..

Und wie antwortest Du auf Deinen vielen Veranstaltungen? Auch in der WM-Zeit hast Du ja vor Jugendlichen gesprochen, die sind durchaus zahlreich erschienen.

Zunächst halte ich den »Antideutschen« immer wieder entgegen: Von Karl Liebknecht kam nicht der Spruch: »Der Feind ist das eigene Land«. Sondern: »Der Hauptfeind steht im eigenen Land!«. Das heißt, alles Reaktionäre, die Kriegstreiber im eigenen Land zu bekämpfen. Oft werde ich gefragt, wie konntest Du in dieses Land wieder zurückkehren, gleich nach der Befreiung, nach all dem, was dies der Welt, der jüdischen Bevölkerung angetan hatte, – fast meine gesamte Verwandtschaft wurde ja ausgerottet, vor jenem Deutschland musste ich damals mein zweijähriges Kind verstecken. Ich bin deshalb zurück gekommen, um mit allen anderen überlebenden Opfern mitzuhelfen, damit ein anders Deutschland entsteht, wie es Johannes R. Becher und Bert Brecht in ihren Nationalhymen ausdrückten. Das sah ich als Deutscher als meine nationale Pflicht an. Zugleich war es und ist es eine Pflicht des Internationalismus, dass von diesem Land keine Bedrohung anderer Völker ausgehen kann. Da kann es keinen Widerspruch geben zwischen Nationalem und Internationalismus. Wenn ich es als Pflicht als Deutscher, als Kommunist aus jüdischer Familie begreife – meinetwegen als nationale Pflicht begreife –, im eigenen Land für den Fortschritt zu kämpfen, ist es zugleich meine internationalistische Pflicht. Andererseits ist es zum Wohle des eigenen Landes, dass wir alles, was es in anderen Ländern an fortschrittlichen Bewegungen gibt, unterstützen. Das zeichnete die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien aus.

Woran denkst Du im besonderen?

Die Deutschen in den Internationalen Brigaden in Spanien mit ihrem Spanienlied »Die Heimat ist weit«, sie kämpften zugleich für die Heimat, auch die Deutschen in allen nationalen Befreiungsbewegungen in den von der Hitlerarmee besetzten Ländern Europas. Als ich bei der Zeremonie zum 60. Jahrestag der Landung in der Normandie eingeladen war und ich den ebenfalls eingeladenen ehemals deutschen Offizieren sagte, unter ihnen sei mit mir ein Deutscher, der jene vertritt, die an der Seite der Résistance kämpften, bekam ich zur Antwort: »Da haben Sie gegen Deutschland gekämpft!« Ich antwortete ihnen: Für uns war es zugleich ein Kampf, um Deutschland vom Krieg und von Hitler zu befreien. Die meisten von uns, die wir in den nationalen Befreiungsbewegungen Europas den Internationalismus praktizierten, hatten Sehnsucht nach unserer Heimat. Man kann es Heimatliebe nennen. Als ich, zurück in meiner Geburtsstadt Aschaffenburg, in der ich meine Kindheit verbrachte, nur einen Trümmerhaufen sah, das so herrliche, majestätische Schloss, vor dem ich so gerne verweilte, in Ruinen, da war ich erschüttert und schämte mich meiner Tränen nicht. Ich erinnere mich der berühmten Rede von Anna Seghers auf dem internationalen Schriftstellerkongress in Paris 1935 über Heimat- und Vaterlandsliebe, über unsere Landschaften, über das Gefühl, endlich um uns herum die Laute der deutschen Sprache zu vernehmen, den Geruch der Erde zu spüren.

Als Du an der Spitze der Demonstration von fünfzehntausend zumeist Jugendlichen am 8. Mai voriges Jahr zum Alex gingst, um den Aufmarsch der Neonazis in Berlin zu verhindern, die Unter den Linden marschieren wollten, Du vorneweg mit einem herrlichen Blumenstrauß, den man dir wegen deiner Rede in die Hand gedrückt hatte, hinter dir eine Kolonne von »Antideutschen« mit ihrer Losung »Nie wieder Deutschland!«, was war da dein Eindruck?

Das fragten mich auch Journalisten und Fernsehleuten in der Annahme, dass ich mich mit denen identifiziere. Sie fragten, wie ich zu Deutschland stehe. Meine Antwort war, dass ich für die jungen Leute viel Verständnis habe, wenn sie damit meinen, nie wieder ein Deutschland, das soviel Schrecken über die Welt brachte, zuzulassen. Schade, dass sie es nicht so ausdrücken. Ich selber steh zu dem Deutschland der großen Dichter und Denker, das von Goethe und Schiller, von Feuerbach und Marx und Engels, der großen Komponisten, dieses Deutschland, das die Welt um soviel an Kultur und Wissenschaft bereicherte, das der Bauernkriege, der Revolution von 1848, der Novemberrevolution von 1918 und vor allem des deutschen antifaschistischen Widerstandes. Das ist für mich das Deutschland. Soweit meine Antwort.

Also bist Du doch ein deutscher Patriot?

Ich bin kein deutscher Patriot, auch wenn Frau Merkel es nun noch so sehr von uns allen wünscht. Mit der Entstehung Deutschlands war der Patriotismus im Unterschied zu dem anderer Nationen geprägt vom Nationalismus, vom Hass, von Überheblichkeit und Aggression gegen andere Völker, geprägt vom Rassismus, der unter Hitler seinen Höhepunkt fand als das Vorrecht einer Eliterasse, sich verbrecherisch gegenüber allen anderen Völkern verhalten zu können, sie auszuplündern, zu versklaven, sie mit Massenmord vom Erboden verschwinden zu lassen. Doch einmal konnte ich im Krieg Patriotismus in den Mund nehmen, als ich sagte, der einzige legitime Patriotismus ist der, dem eigenen Land die Niederlage zu bereiten. In anderen Ländern, auch auf Grund ihrer Geschichte, hat der Patriotismus einen ganz anderen Klang.

Dies gilt besonders für Frankreich und Italien? Du hast ja sowohl in Deutschland als auch in Frankreich und Italien am antifaschistischen Widerstandskampf teilgenommen.

Ja. Die Deutschen die dort in der Résistance und bei den Partisanen kämpften, waren als Ausländer die Patrioten ihres Landes. Als ich während des Aufstands in Paris in dem bereits befreiten Viertel unsere damalige Wohnung aufsuchte, die Concierge (Hausmeisterin) mir als Erste begegnete, die wusste, dass ich an der Résistance teilnahm, da empfing sie mich als Ausländer mit den Worten: »Vous êtes un grand Patriot!«. Zum 60.Jahrestag der Landung in der Normandie gab »Le Monde« eine Sonderausgabe heraus, mit dem Titel: »Die Patrioten und Befreier Frankreichs«, darunter das Porträt von drei Deutschen, u.a. auch meines. Auch als vor einiger Zeit in ARTE der Film über die Deutschen in der französischen Résistance lief, hatte er den Titel »Fremde als Patrioten in Frankreich«.

Frankreich hat die Weltmeisterschaft ebenso wenig gewonnen wie Deutschland, aber dennoch will man

Fortsetzung auf Seite 4

GENOSSENSCHAFT INSOLVENT, TRÄGERVEREIN GIBT »NEUE GÖTTINGER WOCHENZEITUNG« HERAUS

Reicht die Kondition für einen zweiten Anlauf?

Seit dem 2. September 2006 erscheint in der niedersächsischen Universitätsstadt Göttingen wieder ein linksliberales Wochenblatt mit Namen »Neue Göttinger Wochenzeitung«. Es ist der zweite Anlauf eines ambitionierten Projektes, über das CONTRASTE bereits in den Ausgaben 238/239 und 261 berichtete.

Kai Böhne, Redaktion Göttingen ● Nach einem Planungsvorlauf von über zwei Jahren und vier Probeausgaben, lag am 3. Februar 2006 die erste »Göttinger Wochenzeitung« an den Kiosken.

Bei öffentlichen Vorstellungen des Projektes hatten stets die angestrebte Professionalität und die bezahlten Stellen im Vordergrund gestanden. Es ging weniger um die Vision einer – für alle sozialen Gruppen offenen – lokalen Gegenöffentlichkeit. Politischen und sozialen Gruppen billigte man wöchentlich zwei Forumsseiten zu, auf denen sie ihre Arbeit – in eigener presserechtlicher Verantwortung – darstellen konnten. Die beiden Initiatoren, ein ehemaliger Buchhändler und ein ehemaliger Mitarbeiter des Göttinger Stadtradios, die später von der Genossenschaft als Geschäftsführer und Redakteur eingestellt wurden, fürchteten möglicherweise um ihren Einfluss bei zu offenen Strukturen.

»Euer Finanzkonzept ist für die Startphase ausreichend«, hatte Günter Schäfer, Betreiber des Göttinger Online-Stadtinfos »goest«, bereits auf einer öffentlichen Veranstaltung im November 2003 geäußert. »Doch der laufende Betrieb ist nicht gewährleistet, denn die Kalkulation operiert mit völlig unrealistischen Einnahmen.« Doch die Initiatoren der Wochenzeitung nahmen diese Bedenken nicht ernst. Die Finanzprobleme vergangener Alternativmedien wurden auf fehlende journalistische Fachkompetenz der beteiligten Schreiber zurückgeführt. Man ging davon aus, dass eine Wochenzeitung, wenn sie sich nur professionell genug darstellen würde, schon ihre Leser und Anzeigenkunden fände.

Hoher Finanzbedarf

Zum Zeitpunkt der Startentscheidung, im November 2005, hatten 294 Genossenschaftsmitglieder 446 Anteile zu je 100 Euro gezeichnet. Weiteres Startkapital stand in Form von Krediten und Fördermitteln zur Verfügung. Doch dieses war schnell aufgebraucht. Die Initiatoren hatten sich für ein Büro in der Innenstadt, fünf Redakteursstellen und zwei Verwaltungsstellen entschieden. Hinzu kamen Druck- und Vertriebskosten sowie Honorare für Layouter und freie Journalisten.

Die Zeitung überstand ihr erstes Halbjahr nicht. Vor allem im Anzeigengeschäft ließen sich die vorab in Zusammenarbeit mit einem Existenzgründer-Verein errechneten Erlöse nicht erzielen. Am 7. Juli 2006 erschien die 23. und letzte – von der Verlagsgenossenschaft herausgegebene – Zeitung. Drei Tage später beantragte der Genossenschaftsvorstand die Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Für ein fünfmonatiges Zeitungsexperiment war ein annähernd sechsstelliger Eurobetrag – genaue Zahlen wurden nicht genannt – ausgegeben worden.

Späte Information

Leser, die die Wochenzeitung freitags am Kiosk erwarben, konnten die prekäre Finanzsituation nur erahnen. Erst relativ spät – in der 22. Ausgabe vom 30. Juni 2006 – meldete die Redaktion, dass der Vorstand der Genossenschaft aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten die Einstellung der Zeitung beschlossen habe, sofern »nicht noch ein Wunder geschieht«. Das Wunder müsse bis zum 5. Juli in Form von 15.000 Euro Unterstützungsgeldern auf ein Sonderkonto erfolgen. Von vielen Klein- und Kleinstspendern gingen die erbetenen Gelder ein.

Doch die Geschäftsführung hatte sich verrechnet. Die eingegangenen Spenden hätten den Fortbestand der Zeitung nicht dauerhaft gesichert, sondern nur ein kurzfristiges Weitererscheinen ermöglicht. So verblieben die Gelder auf dem Sonderkonto und man legte eine Sommerpause ein.

Verein als Herausgeber

Berechnungen im August 2006 ergaben, dass bei der ungewissen Anzeigenentwicklung selbst eine reduzierte Redaktion mit drei Redakteuren und einer Verwaltungskraft nicht finanzierbar ist. Um dennoch ein Weitererscheinen der Zeitung zu ermöglichen, erklärten sich zwei Redakteure bereit, ohne Vertrag und ohne feste Lohnzusage bis zum Jahresende eine 16-seitige »Neue Göttinger Wochenzeitung« zu produzieren. Die alte »Göttinger Wochenzeitung« hatte 32 Seiten. Wenn am Ende Überschüsse vorhanden sind, werden diese an die Redakteure ausgeschüttet. Der frühere Förderverein der Genossenschaft übernahm die Herausgabe der neuen Zeitung.

Auf die Spendengelder des Sonderkontos soll erst zugegriffen werden, wenn ein tragfähiges Konzept für eine mittelfristige Weiterführung vorliegt. »Prognosen über den Fortbestand der Zeitung im kommenden Jahr sind, wegen der Ungewissheit über die Höhe der Anzeigenerlöse, derzeit nicht möglich«, meint Friederike Rüll vom Vorstand des Trägervereins. Dieser zweite Anlauf sei nur möglich gewesen, »weil mehrere Leute bereit waren, sich selbst auszubeuten«, ergänzt Rüll. Sie habe Verständnis, dass ehemals Aktive aussteigen, weil ihnen die Kraft ausgehe, und ergänzt: »Zuversichtlich stimmt mich, dass zu unseren Aktiventreffen stets neue Leute nachwachsen.«●

DIE EVOLUTION DER MITBESTIMMUNG AUF DEM JUGENDUMWELTKONGRESS

Vereinbaren statt entscheiden

Schon seit Jahren beschäftigen sich Menschen damit, die Organisationsstrukturen auf dem JugendUmweltKongress (Jukss) so zu gestalten, dass alle Menschen sich gleichberechtigt beteiligen können, ohne dass jemand übergangen oder zu etwas gezwungen wird. Dabei sollen Dominanzen (z.B. durch Menschen mit längerer Erfahrung, geübter Rhetorik, aus dem Orgateam etc.) vermieden werden. Außerdem soll die Organisation aber auch effektiv und ohne Frust für die Beteiligten laufen. Einige Ergebnisse dieser Überlegungen versucht dieser Text widerzuspiegeln – in der Hoffnung, dass die auf dem Jukss gewonnenen Erfahrungen auch in anderen Zusammenhängen nützlich sind.

Philipp Grunwald ● Entscheidungen oder Beschlüsse, die für alle zwingend sind, kann es auf dem Jukss nicht geben – es gibt ja auch keine Strukturen, um sie durchzusetzen (»Kongresspolizei« etwa). Der Jukss ist ein Freiraum, in dem prinzipiell jedeR tun und lassen kann, was er/sie will. Klar ist jedoch, dass mehrere sich widersprechende Interessen einer Lösung bedürfen. Diese Lösung kann immer nur eine Vereinbarung zwischen den jeweils Betroffenen sein. In den meisten Fällen muss dafür auch nicht eine Seite nachgeben: oft gibt es kreative Lösungen, die alle Interessen mit einbeziehen. Eine solche Lösung ist dann für diejenigen, die nicht an der Diskussion beteiligt waren, lediglich ein Vorschlag, wie mit dem Problem umgegangen werden kann, und offen für Weiterentwicklungen. Die zur Lösung des Problems bereits investierte Mühe sollte aber respektiert werden.

Direkte Intervention

Wenn ich ein Problem mit einer bestimmten Handlung, Verhaltensweise o.ä. eines anderen habe, ist das Naheliegendste, denjenigen direkt darauf anzusprechen. Oft geht es um Dinge, auf die jemand einfach nicht geachtet hat, oder derjenige ist froh über einen Verbesserungsvorschlag. Wer sieht, dass etwas getan werden müsste, kann das einfach machen – dafür bedarf es keiner gemeinsamen Entscheidungen, sondern Eigeninitiative und Kommunikation mit anderen. (Das kann aber auch heißen, die »Party-Clique« darauf aufmerksam zu machen, dass morgen die Schule wieder leer und sauber sein muss.)

Aufgabengruppen

Für die einzelnen Bereiche der Jukss-Organisation bilden sich sogenannte »Aufgabengruppen«, z.B. für Infothek, Computerpool, Finanzen, Klozeitung etc. Sie sind autonom, d.h. sie können in ihrem Bereich frei entscheiden. Wichtig ist dabei, Treffen und Entscheidungen transparent zu machen und sich mit anderen, »verwandten« Aufgabengruppen abzusprechen. Sie sind offen, d.h. jedeR kann sich an ihrer Arbeit und Entscheidungen beteiligen.

Interessentreffen

Wenn es nicht möglich ist, direkt eine Vereinbarung zu treffen, mit der alle Beteiligten leben können, oder das Thema noch mehr Leute etwas angeht, kann mensch ein Interessentreffen einberufen. Das sollte möglichst einen Tag vorher angekündigt werden, damit jedeR davon erfahren kann. Den Interessentreffen steht es frei, wie sie Diskussionen führen – denkbar sind Runden, in denen der Reihe nach jedeR etwas sagt, »Fishbowl/ Blüte«, Kleingruppendiskussionen etc.

Blüte

Eine besondere Form von Interessentreffen ist die »Blüte«: In der Mitte gibt es einen Kreis von SprecherInnen. Hinter jedeR SprecherIn sitzt eine dazugehörige »Bezugsgruppe« im Kreis (daraus ergibt sich die Form einer Blüte). Die SprecherInnen tragen die Meinungen aus den Gruppen zusammen und versuchen daraus einen Vereinbarungsvorschlag zu machen. Auf diese Weise reden wenige Menschen direkt und konstruktiv miteinander, statt aneinandergereihte Reden zu halten wie im Plenum. Zwischendurch drehen sich die SprecherInnen einfach um und diskutieren innerhalb der Bezugsgruppe. Die SprecherInnen können jederzeit von ihrer Gruppe abgelöst werden.

Transparenz

Bei allen Vereinbarungen ist es wichtig, sie transparent zu machen, d.h. durchschaubar und nachvollziehbar für alle, die sich dafür interessieren. Dafür gibt es die zentrale Infowand, an der Treffen und Ergebnisse ausgehängt werden. Eine Aufgabengruppe kümmert sich darum, dass sie übersichtlich bleibt. Menschen, die nicht lesen wollen, können andere um Hilfe bitten. Um Probleme u.a. Dinge noch bekannter zu machen, kann mensch auch das offene Mikrofon oder die Klozeitung nutzen. Es können auch Treffen initiiert werden, die lediglich der Ankündigung von Workshops und Weitergabe von Informationen dienen (Infotreffen).

Der Verzicht auf zentrale Entscheidungen und ein verpflichtendes Treffen aller soll nicht zu Vereinzelung und Nebeneinander führen. Vielmehr soll er fördern, dass Menschen aufeinander zugehen und direkt kommunizieren.

Da dies alles nur Vorschläge sind, darf mensch allerdings gespannt sein, was auf dem Jukss tatsächlich passiert... Viel Spaß beim Experimentieren!●

Auf dem JUKss treffen sich jedes Jahr etwa 400 junge und ältere Menschen. Vom 23.12.06 bis 6.1.07 findet er zum 14.Mal statt. Einige der Themen in diesem Jahr sind: Globalisierung, Umweltschutz von unten, Direct Action, Tierrechte und Kritik an Geschlechterrollen. Preise nach Selbsteinschätzung.
www.jukss.de
Mail an info@jukss.de oder Tel: (03 91) 557 07 53

FORTSETZUNG VON SEITE 3

uns nun einreden, wir seien die Größten und Besten. Gewonnen hat Italien. Woran denkst Du da?

Zunächst mal ist allen zu gratulieren, die gewonnen haben und allen die faire und schöne Spiele boten. Mir fällt auf, dass viel freundliches über Italien geschrieben und gesagt wird, aber es ist wie in der Innenpolitik, in der man hinter dem schönen Schein uns während der WM schlimme soziale Verschlechterungen bescherte. Auch gegenüber Italien wird verschwiegen, dass noch manche berechtigte Rechnung aus dem Süden offen ist. Zum Beispiel mussten die Massen, die in Dortmund zum Italienspiel gingen, an der Westfalenhalle vorüber. Dort hat man bisher versäumt, ein Schild anzubringen, das darauf hinweist, wie sehr auch italienische Sklavenarbeiter im Stalag in der Westfalenhalle gelitten haben. Viele kamen während der Bombardierungen ums Leben. Die italienischen Überlebenden wurden leider von der Bundesregierung zu Kriegsgefangenen erklärt, und – da kriegsgefangene Zwangsarbeiter nicht berechtigt seien, Entschädigung zu empfangen – von der Zwangsarbeiterentschädigung ausgeschlossen.

Zudem blieben bis heute bei uns alle während des Krieges von Deutschen an Italienern verübten Kriegs- und NS-Verbrechen ungesühnt, so dass die italienischen Gerichte nun dazu übergingen, die betreffenden ehemaligen SS- und Wehrmachtssoldaten in Italien vor Gericht zu stellen. Die dortigen Gerichte sprachen Höchststrafen aus; da aber die Angeklagten nicht ausgeliefert wurden, leben sie noch immer unter uns. Wir haben kürzlich vor den Häusern der in Italien Verurteilten demonstriert und ihre Bestrafung bzw. Überstellung an die italienische Justiz verlangt. In Dortmund sitzt auch die Zentralstelle der Staatsanwaltschaft für NS-Massenverbrechen, die zuständig ist für die Verfolgung der Morde an 5.000 italienischen Kriegsgefangenen im September 1943 auf der griechischen Insel Kephallonia, – auch dieser Fall kommt nicht voran. Ich frage: Soll mit dem »positiven Patriotismus«, der »nicht mit dem Endspiel vorbei sein« darf, so die Politiker und viele Medien, nun endgültig die Geschichte im schwarz-rot-goldenen Fahnengetümmel untergehen? Schlussstrich per Schlusspfiff? Das dürfen wir nicht zulassen.●

Das Interview führte Ulrich Sander

CD-VORSTELLUNG

YOK »Lieselotte Meyer lebt!«

»Lieselotte Meyer lebt!« lautet die freudige Nachricht aus dem Hause Quetschenpaua. Lieselotte Meyer aus der Rosenstraße 8 dürfte allen ein Begriff sein, die sich seit Ende der 80er Jahre für links-autonomes Kulturgut interessiert haben. Die fiktive alte Dame, die aus ihrer Wohnung geworfen wird und sich daraufhin mit den Hausbesetzern anfreundet, wurde von Yok Quetschenpaua bereits in mehreren Songs besungen und findet sich sowohl in einem Stück als auch im oben genannten Titel seiner Mitte diesen Jahres neu erschienen CD wieder.

Seinen Künstlernamen hat der selbsternannte »Volxmusiker« inzwischen auf ein kurzes und griffiges »YOK« verkürzt, aber seine Qutesche (Akkordeon) ist immer noch mit von der Partie und auch seine Power scheint ihm nicht sonderlich abhanden gekommen zu sein. 2002 veröffentlichte Yok als NEW YOK die experimentierfreudige CD »Drum and Quetsch« und zwei Jahre später unter dem Namen OLD YOK die CD »Schwarzer Stern auf schwarzem Grund«. Die nun erschienene neue Scheibe ist wieder »Old School-Yok«, wobei er nicht wie in seinen Anfangszeiten als Ein-Mann-Kapelle auftritt, sondern sich Unterstützung aus seinem Freundeskreis geholt hat. Neben vielen anderen sind auch Yens und Hella wieder dabei, die auch schon an der OLD YOK-CD beteiligt waren. Mit Hella gibt er darüber hinaus auch gelegentliche gemeinsame Auftritte unter dem Namen »YOK'n'HELL«. Mit dem Stück »Spurrillen« ist die Bassistin, Geigerin und Sängerin auf »Lieselotte Meyer lebt« sogar mit einem Gastsong vertreten.

Textlich und inhaltlich beschäftigt sich Yok ansonsten wie gehabt mit dem Militanzbegriff der radikalen Linken, den Auswirkungen sozialer Armut und mit Menschen, die zeigen, dass ziviler Ungehorsam keine hohle Floskel sein muss, was in Zeiten, in denen sich Rassismus, Sexismus und Konsumwahn immer mehr im Alltag breit machen, aktueller denn je zu sein scheint. Dabei bleibt er seinem Stil treu das politische in persönlich-poetische Geschichten zu verpacken und mit einer guten Portion (Selbst-) Ironie zu würzen. Einen besonderen Leckerbissen für's autonome Selbstverständnis stellt der ironisch-plaktive Mitsingsong »Kurz und Klein« dar, der auf der CD gleich in zwei Folgen vertreten ist: *»Kurz und klein schlagen, alles kurz und klein schlagen und dabei immer freundlich bleiben. Auf dem Potsdamer Platz, in der Mc Donalds-Filiale, an der Castorstrecke, in der NPD-Zentrale, da lass uns gerne alles kurz und klein schlagen, alles kurz und klein schlagen ... und dabei immer freundlich bleiben. Aber nicht das Telefonhäuschen, das ist doch sinnvoll irgendwie, da kannste telefonieren, wenn du mal einsam bist...«* (Kurz und klein 1)

Zu beziehen ist die CD bei verschiedenen Punkmailordern wie www.jump-up.de, www.plastic-bomb.de oder www.amoebenklang.de. Allein schon für das ausführliche Booklet mit den Texten und kurzen Kommentaren zu sämtlichen Stücken lohnt sich die Anschaffung.●

Uwe Ciesla

ANMERKUNGEN

Kibbuz heute

Anders arbeiten und leben, fußend auf Gemeinschaftsbesitz, dafür standen lange die vielen Kibbuzim in Israel. Weitgehende Gleichheit im Gehalt, Rotation und Gemeinschaftseinrichtungen wie der Speisesaal oder das Kinderhaus waren usus. Viel ist dazu untersucht, geforscht, beschrieben und veröffentlicht worden. In den Neunziger Jahren kamen die ersten Stimmen, die von Aufweichung, gar von Niedergang der Kibbuzgrundlagen berichteten.

von Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Meynard Creydt zeigte in seinem Artikel in der CONTRASTE vom Februar 2006 die Kibbuz-Grundlagen auf und wertete die Erfahrungen im Spannungsfeld eines sich umgreifenden Neoliberalismus, wo betriebsbornierte Effizienz und Spezialisierung, Konkurrenz und Wachstum geradezu vergöttert werden. Er wies am Rande auch daraufhin, dass seit gut einem Jahrzehnt Kibbuz-Leitbilder wie Gleichheit und Hierarchiefreiheit in der Praxis aufweichen. Zu seinem Artikel erreichten uns Anmerkungen von zwei langjährigen Kibbuzmitgliedern, die sich bei der international ausgerichteten Gemeinschaftszeitung CALL engagieren. (Kontakt Sol Etzioni, www.communa.org.il)

Darin heißt es: *»Meinhard Creydt beschreibt die sozialen Werte des Kibbuz bis Mitte des 20. Jahrhunderts korrekt. Er stützt sich auf Quellen, die gegen Ende dieser Periode von Kibbuzniks geschrieben wurden, die immer noch hofften, die damals aufgetauchten Veränderungen stellten nur eine vorübergehende Krise dar. Er behauptet, die Manager-Gehälter seien ebenso hoch wie die der Arbeiter und die Manager würden sich am Küchendienst beteiligen. Und dies in einem Artikel, der 2006 veröffentlicht wird! Diese Aussagen treffen für den Großteil der Kibbuzim nicht mehr zu. Im Zuge der – wenn auch teilweisen – Privatisierung der meisten Kibbuzim erhalten Manager ein höheres »persönliches Budget« (= Gehalt), häufig beträchtlich höher als das der Arbeiter. In vielen Kibbuzim existiert gar kein Speisesaal mehr oder höchstens für die, die ihr »persönliches Budget« aufbessern wollen – aber nicht für die Manager.*

Weiter vertritt Creydt die Meinung, der Grund für die Abschwächung der sozialen Werte sei vor allem der Tatsache zuzuschreiben, dass der Kibbuz eine einsame Insel in einer feindlichen kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft wäre. Das stimmt zwar, ist jedoch keineswegs der einzige Grund. Es ist eine bequeme Simplifizierung.«

Zur Verdeutlichung der neueren Entwicklung veröffentlichen wir die Eindrücke zweier Kibbuznik über den Wandel in ihrem Dorf, entnommen der jüngsten CALL vom Sommer 2006 – übersetzt von Ariane Dettloff. Aber auch ganz neue Gemeinschaftsprojekte sind in den letzten Jahren in Israel entstanden, die sich vom Privatisierungstrend bewusst absetzen wollen. Eine Vorstellung folgt in einer der nächsten Ausgaben.●

PALMACHIM

Der Kibbuz Palmachim liegt am Mittelmeer südlich von Tel Aviv. Gegründet wurde er 1949. Die jungen Siedler betrieben Landwirtschaft und Fischerei. Gegenwärtig hat Palmachim rund 260 Mitglieder, 150 Kinder und einige Bewohner, die zur Miete wohnen. Die Fischerei gibt es nicht mehr. Der Kibbuz lebt von etwas Landwirtschaft, einer Beton-Fabrik und vielen Gehältern, die außerhalb arbeitende Mitglieder einbringen. Der Kibbuz ist privatisiert worden und verfügt über ein »soziales Sicherheits-Netzwerk«.

Palmachim will etwa 50 Familien, die aus dem Gazastreifen evakuiert worden sind, bei sich aufnehmen. Das wird als positiver Schritt betrachtet, der gewisse soziale und wirtschaftliche Möglichkeiten bietet, wenn auch nicht frei von Risiken.

KIBBUZ PALMACHIM

Wandel durch Privatisierung

Die große Krise von Palmachim ereignete sich, als unsere Haupteinnahmequelle aufgrund einer landesweiten Rezession versiegte und keine Alternative gefunden wurde. Wir machten viele Schulden und wussten keinen Ausweg aus unserer Lage. Es war ein Prozess, der sich über mehrere Jahre hinzog. Es gab keine allgemeine Diskussion der Mitglieder, um etwa neue Wege zu finden, wie wir unseren Lebensunterhalt verdienen könnten. Die Beziehungen der Mitglieder untereinander wurden zunehmend gespannt.

Tzvi Zahavi, Kibbuz Palmachim ● Einige Versuche, Veränderungen einzuführen, trafen auf Schwierigkeiten, Uneinigkeit und Opposition. Kritik an der Kibbuzführung stieß auf Intoleranz, Flexibilitätsmangel und Kompromisslosigkeit. Schließlich fingen wir an, aus Finanznot Kürzungen vorzunehmen, was wiederum jede Menge Spannungen und Ängste hervorrief. Trotzdem das Gemeinschaftsvermögen schrumpfte, füllten sich plötzlich die Haushaltskassen einzelner Mitglieder, weil sie über zuvor nicht deklarierte Geldquellen verfügten. Die egalitäre Ideologie bekam starke Risse. Und niemand ergriff die Initiative, die Situation zu analysieren und eine allgemeine Diskussion zu beginnen, wo die Meinungen aller gefragt gewesen wären und wo man vor allen Dingen praktische Konsequenzen aus der neuen Lage hätte ziehen können.

So herrschte die Stimmung vor, dass wir unseren Lebensstil vollkommen ändern und dringend Einkommensmöglichkeiten finden müssten, bevor die Banken uns den Geldhahn zudrehten. Hinzu kam, dass uns aufgrund der Gespräche mit vielen unserer erwachsenen Kinder klar wurde: wir müssen ein paar grundlegende Änderungen vornehmen, wenn wir wollten, dass sie zum Kibbuz-Leben zurückkehren. »Entweder radikale Veränderung oder wir werden zu einer Rentner-Einrichtung«, so empfand ich die Situation damals.

Foto: www.palmachim.org.il

Schließlich wählten wir ein Team, das den Veränderungsprozess einleiten sollte. Dieses Team wurde von professionellen Beratern unterstützt und trotz vieler Mühen und allerlei Anfeindungen wurden die vorgeschlagenen Änderungen dann von der Mehrheit angenommen. Unter anderem wurden unterschiedliche Gehälter eingeführt, womit wir uns von unserem Gleichheitsprinzip verabschiedeten. Wir langjährigen Mitglieder hätten uns nie träumen lassen, dass dies je passieren könnte. Eine weitere Konsequenz war, dass jede Einzelperson für den eigenen Lebensunterhalt verantwortlich wurde. Wir haben aber ergänzend ein soziales Netzwerk und eine Gemeinschaftssteuer geschaffen, um die Aufrechterhaltung der Bildung, der Krankenversorgung, der Versicherungen u.a. zu gewährleisten, die sich aus dem Zerfall unseres traditionellen Wertesystems ergaben.

Einzelheiten und ungelöste Probleme will ich hier nicht thematisieren. Der Wandlungsprozess ist auch bisher nicht abgeschlossen. Er braucht stetige Kommunikation in der Gemeinschaft, eingehende Information und Erläuterung, die jeden einzelnen erreichen müssen, jede Familie, auch die Jugendlichen und die Kinder. Wir brauchen Diskussionszirkel gemeinsam mit Beratern. Mit Sicherheit haben wir einige der guten Dinge verloren, die wir früher hatten. Doch einige davon hatten wir schon vor dem großen Wandel verloren. Dass die Menschen ihr Privatleben und ihr Familienleben in den Mittelpunkt stellen, ist nichts, was erst kürzlich als Ergebnis des Wandels eingetreten wäre.

Die Mitglieder des Kibbuz Palmachim, der sich als Kibbuz neuen Typs bezeichnet, haben aus meiner Sicht jedoch die Pflicht, weiterhin die Balance zwischen sozialem Zusammenhalt und Sorge für die Individuen und ihre Probleme zu suchen. Wir müssen weiterhin gesellschaftliche Solidarität anstreben, sie als kostbare Errungenschaft betrachten, dürfen sie nicht preisgeben, weil ein Ungleichgewicht zweifellos Schaden anrichten würde. Moses hat gesagt: »Der Mensch lebt nicht vom Brot allein«, und die Weisen des Talmud drückten es so aus: »Wenn es kein Mehl gibt, wird es keine Tora geben (keine Bildung), und wenn es keine Bildung gibt, kein Mehl«. Hillel der Ältere sagte: »Wenn ich nicht für mich selbst da bin – wer wird es sein? Und wenn ich nur für mich selbst da bin, was bin ich dann? Und wenn nicht jetzt, wann dann?«.

Privatisierung ist keine Vision. Palmachim ist damit als Notwendigkeit konfrontiert worden. Nun steht es an, das Scheitern des alten Systems zu analysieren und eine neue realistische Vision von Gemeinschaftlichkeit zu schaffen.●

Tzvi Zahavi ist Gründungsmitglied des Kibbuz Palmachim, lehrte die Töpferei und arbeitete als Erzieher. Er ist weiterhin aktiv im lokalen Archäologisichen Museum.

KIBBUZ PALMACHIM

Alltagsleben in einem privatisierten Kibbuz

Ein Außenstehender, der zufällig in einen privatisierten käme, würde den Unterschied zu einem traditionellen Kibbuz wahrscheinlich nicht einmal bemerken. Doch das würde nur auf den ersten Blick so sein, denn schon bald würde ihm auffallen dass die Einrichtung, die einst das Kernstück des Kibbuz bildete, der Speisesaal, leer ist. Niemand ist zum Essen erschienen. Höchstens zum Mittagessen hat der Speisesaal noch geöffnet, und die meisten Gäste sind Fremde – Touristen und Arbeiter, die in den verschiedenen Teilbetrieben des »Dorfs« angestellt sind (die Bezeichnung »Kibbuz« kann ich kaum noch dafür verwenden).

von Eli Avrahami, Kibbuz Palmachim ● Gewöhnlich wird man in einer Ecke noch eine Handvoll Kibbuz-Veteranen entdecken – die Alten, die es mühsam finden, ihre Hauptmahlzeit zuhause zu kochen. Sie erscheinen zu der einen gemeinsamen Mahlzeit, auch weil sie Hunger auf ein wenig sozialen Austausch haben.

Vollversammlungen sind selten, in großem Abstand, und wenn sie stattfinden, ähneln sie eher einer Aktionärsversammlung, wo das Direktorium den Jahresbericht abliefert. Debatten und Ideenaustausch sind da zur Seltenheit geworden. Auch das Clubhaus ist geschlossen. In einigen »Dörfern« steht vormittags ein Kulturklub den Senioren offen – aber auch hier gibt es keine generationenübergreifenden Kontakte, es ähnelt mehr einem Senioren-»Reservat«, abgeschottet vom Rest der Gesellschaft.

Die übrige Bevölkerung des Kibbuz kann man nicht mehr als miteinander verbundene Unterstützungs-Gemeinschaft verstehen. Die Mehrheit der Einwohner im erwerbsfähigen Alter ist aus ihrer Heimstatt – ihrem Dorf – vertrieben worden und gezwungen, andernorts Beschäftigung zu finden, wo dann neue Beziehungen geknüpft werden, die den früheren sozialen Zusammenhalt ersetzen, den es in ihrem Kibbuz-Zuhause gegeben hatte.

Die privatisierten Kibbuz-Gelände sind durch viele große Parkplätze gekennzeichnet. Diese müssen die Überfülle von Privatfahrzeugen aufnehmen, die die außerhalb arbeitenden Mitglieder jeden Morgen zur Arbeit bringen. Wenn deren Prozession morgens den Kibbuz verlässt, tröpfeln ein paar Eltern aus den Nachbardörfern aus der entgegengesetzten Richtung. Sie bringen ihre Kinder in die Bildungsstätten des Kibbuz, vor allem in den Kindergarten. Selbst der gewandelte Kibbuz scheint seinen Ruf als hervorragende Erziehungseinrichtung gewahrt zu haben.

Am Rand des Parkplatzes kann man eine kleine Gruppe von Menschen sehen – wiederum vorwiegend Ältere –, die auf eine Mitfahrgelegenheit zur Klinik in der Nachbarstadt warten. Dieser Transport ist eine der wenigen Dienstleistungen, die die Gemeinschaft noch für die paar Mitglieder erbringt, die sich kein eigenes Auto leisten können. Dennoch müssen diese Mitglieder für den Service zahlen – entweder den vollen oder einen subventionierten Preis.

Foto aus der Gründungszeit Palmachims

Privatisierte Kibbuzim, die immer noch in der Lage sind, eine Gemeinschaftssteuer von ihren Mitgliedern einzunehmen (eine progressive Steuer entsprechend ihrem Einkommen gestaffelt, obwohl diese progressive Besteuerung vielerorts sehr eingeschränkt gilt), pflegen weiterhin Gärten und halten die Gemeinschaftsflächen sauber. Dort sieht man keine Verwahrlosung wie in den Kibbuzim, die keine Gemeinschaftssteuer mehr einnehmen können oder wo diese sehr gering ist. Es ist hingegen nicht selten, dass an Orten, wo die Gemeinschaftsflächen stark vernachlässigt sind, auf den Privatgrundstücken kräftig gebaut wird: Individuen erweitern ihre Häuser entsprechend dem, was sie sich jeweils leisten können und je nachdem, was sie brauchen oder was sie wollen. Neben den Wohnungen oder in einem Extra-Raum in den erweiterten Häusern steht eine Waschmaschine. Wenn man an einem Samstagvormittag durch die Wohngebiete spaziert, wird man den Seifengeruch und die Trocknergeräusche wahrnehmen. Dieser »Geruch« ersetzt den köstlichen Samstag-Morgen-Duft von French Toast, der einmal so charakteristisch für den altmodischen traditionellen Kibbuz-Speisesaal gewesen ist.●

Eli Avraham ist langjähriges Mitglied des Kibbuz Palmachim, Sozialwissenschaftler und Mitglied des Yad Tabenkin Kibbuz-Forschungs-Instituts und Mitherausgeber der hebräischen Zeitschrift »Mifne – Forum für Soziale Themen«.

DIE »FABRIK DER DÜFTE«

Seveso und kein Ende ?...

Es gab vorher schlimmere Chemiekatastrophen (1), aber die »von Seveso« wühlte die Gemüter auf und trug erheblich zum Bewusstsein über das Handeln mit hochgefährlichen Materien bei (2). Dreißig Jahre danach bleiben wichtige Elemente in bezug auf die Hintergründe, das Entstehen und die Verwaltung des Unglücks im Dunkeln. Nicht mehr ganz nach der Lektüre folgender Kolumne!

René Hamm aus Mittelbergheim (Elsass) ● Am Samstag, dem 10. Juli 1976 um 12 Uhr 37, explodierte im Lager B der *ICMESA*-Fabrik (*Icmesa* ist ein Tochterunternehmen von *Givaudan*, und diese wiederum eine Tochter von *Hoffmann-La Roche*) in Meda, etwa zwanzig Kilometer nördlich von Mailand, der Kessel 101 des Trichlorphenol-Reaktors. Durch die zu hohe Temperatur (über 230 Grad) platzte wegen des Überdrucks die Berstscheibe eines Sicherheitsventils. Ein Operateur hatte (aus Versehen?) das Rührwerk des Autoklaven abgeschaltet. Eine mit Natrium-Hydroxyd, Natrium-Trichlorphenolat, Polyethanol, Glycol und Dioxin geladene Wolke verpestete 1.810 Hektar Boden in der Brianza-Ebene. Paolo Paoletti, der Produktionsdirektor, und Clemente Barni, dessen Stellvertreter, warnten Fabrizio Malgratti, den Bürgermeister des Standorts (19.000 Einwohner) und Francesco Rocca, jenen von Seveso (17.000 Seelen), der Gemeinde, die am meisten von dem Zeug abkriegte, vor der vermutlichen Giftigkeit des »Aerosols«. Auch die Gemeinden Desio und Cesano Maderno wurden verseucht.

Abscheuliche Arbeitsbedingungen

Siebenundsiebzigtausend Tiere (vor allem Katzen, Hunde, Kaninchen, Hühner, Schafe...) starben oder mussten notgeschlachtet werden, zahlreiche Menschen wurden medizinisch betreut, insbesondere Kinder, die an Chlorakne erkrankt waren. Die Fotos von Stefania Senno, drei Jahre alt, und deren Schwester Alice, fünf, schreiend vor Schmerz, mit dem entstellten Gesicht, gingen um die Welt. Die erst zitierte ließ sich (viermal) operieren. Trotzdem sind die Spuren des Elends immer noch sichtbar. *»Das schlimmste war, als meine Kameraden der Abschlussklasse die Rangliste mit den Schönsten verkün-*

© Zeller / Greenpeace

deten. Ich fühlte mich zu etwas schrecklichem, unbeschreiblichem degradiert«. Um die hundert Frauen trieben aus Angst um Missbildungen ab. Das hochgiftige Dioxin TCDD greift auch die Leber, die Nieren, die Schilddrüse, das Immun- und Nervensystem an, schwächt die sexuelle Potenz, beeinträchtigt die Fruchtbarkeit, und kann Krebs auslösen. In einem Jahrzehnt verdoppelte sich die Leukämie-Rate, die Hirntumorfälle verdreifachten sich. Zweihundert Familien verloren für immer ihr Zuhause. Am 16. Juli besichtigte Mario Galimberti, der Lokalredakteur der überregionalen Zeitung *Il Giorno*, das verwüstete Areal und enthüllte das ganze Ausmaß des Desasters. Am übernächsten Tag, nach einem wilden Streik der Belegschaft, schlossen die Behörden die Fabrik. Aber erst am 24. Juli ordneten sie die Evakuierung der kontaminierten Zone an.

Die 1921 in Neapel gegründete *»Industrie Chimiche Mendionali Società Azionaria«* (Icmesa) zog 1946 in die Lombardei um. 1963 kaufte sie der Basler Multi *Hoffmann-La Roche* auf, berühmt durch das Valium und seit vergangenem Winter für das Tamiflu gegen Vogelgrippe. Der Pharma-Riese platzierte sie in den Schoß seiner Tochterfirma, die *Givaudan* in Vernier bei Genf, spezialisiert auf Parfüms und Aromen. 1976 war die ICMESA das weltweit einzige Unternehmen das Trichlorphenol (3) anbot, den Grundstoff für das im Vietnamkrieg durch die Yankees zerstäubte Entlaubungsmittel »Agent Orange«.

Schon am 11. Juli 1976 schickte Jörg Sambeth, der technische Direktor bei Givaudan, Entnahmen von Proben ins Dübendorfer Labor in die Schweiz. Als er am 14. das Ergebnis der Analysen bekam, alarmierte er seinen Vorgesetzten Herwig von Zwehl über die Präsens von Dioxin. Am 15., in Abwesenheit von Adolf W. Jann, der sich auf Dienstreise in Brasilien befand, rief Alfred Hartmann, der Vize von *Hoffmann-La Roche*, eine Krisensitzung in der Zentrale am Rhein-Ufer aus. Dieser befahl brüllend seinen Kollegen, alles zu vertuschen. Dem guten Ruf des

Fotos auf dieser Seite: Archiv

Konzerns sollte nicht geschadet werden! Hans Fehr, der damalige Pressesprecher, beschreibt in seiner Biografie, *Eindrücke* (4), den Verlauf des Meetings. Aber er blickt ganz unkritisch auf diese Phase seiner Karriere zurück und klammert sich unentwegt an die Prodomo-Auslegung der Geschehnisse.

Jörg Sambeth empfand Stolz, seine Tätigkeiten in einer Firma, die solch einen Nimbus genoss, auszuüben. Gleich nach seiner Einstellung, am 1. Juni 1970, erteilte ihm der Generalstab die Kompetenz über die ICMESA. Was er dort entdeckte, erschreckte ihn zutiefst: vernachlässigte, sich in einem miserablen Zustand befindende Werkstätten, wie im neunzehnten Jahrhundert, abscheuliche Arbeitsbedingungen. Der in Bad Mergentheim (Baden-Württemberg) geborene Jörg Sambeth empfahl eine komplette Renovierung – oder die sofortige Schließung. Er legte ein Budget von zwölf Millionen Schweizer Franken vor, das die Basler Bosse formal bewilligten. Im Endeffekt investierten diese aber sehr wenig in die vorgeschlagenen Verbesserungen. Sie sparten an teuren Messgeräten und strichen ein notwendiges Auffanggefäß. Dieses Equipment hätte verhindert, dass das fünf Tonnen und zehn Meter hohe Monster aus Chrom, Molybdän und Nikkel seinen giftigen Brei in die Atmosphäre spuckte.

Wirklich starker Tobak

In Sabine Gisigers langem Dokumentarfilm (107 Minuten), *Gambit* (5), schildert Jörg Sambeth ganz offen seine Wahrnehmung über die Ereignisse, ohne seine eigene Verantwortung zu leugnen, im krassen Gegensatz zu den Herren der Hoffmann-La Roche-Chefetage, die sich weißwuschen (6). Außerdem beschreibt das bemerkenswerte Werk nicht nur, wie der integre und vielleicht ein wenig naive Mann zum designierten Sündenbock wurde, sondern legt auch die dramatischen Konsequenzen für das Leben des ungerecht Geschmähten sowie auf das seiner Verwandten dar. Nach einer qualvollen, dreijährigen Krankheit starb seine Frau Gabrielle (am 2. August 1983) an Krebs. Seine Kinder, Brigitte und Ulrich, standen ihm konstant bei. Heute teilt er seine Zeit mit seiner Gattin Caroline zwischen Zug (Schweiz) und Cabris (Alpes-Maritimes).

Jörg Sambeth und Herwig von Zwehl, der Manager der ICMESA, waren von den fünf Angeklagten, die am 24. September 1983 durch das Strafgericht in Monza verurteilt wurden, die einzigen, die auch am 14. Mai 1985 vor dem Mailänder Appellationsgericht eine Strafe mit Bewährung aufgebrummt bekamen, anderthalb, beziehungsweise zwei Jahre. Guy Waldvogel, die Nummer eins bei *Givaudan*, Fritz Möri, der die beanstandete Installation gebaut hatte, und Paolo Paoletti (7) wurden in zweiter Instanz freigesprochen. Dass man Jörg Sambeth »Fahrlässigkeit« und »Unterlassung von Sicherheitsmassnahmen« vorwarf, war wirklich starker Tobak. Hatte er nicht gleich nach seiner ersten Besichtigung bei Dienstantritt auf den fast in Trümmer fallenden Betrieb aufmerksam gemacht? Sein Memorandum, in dem er die gravierenden Mängel auflistete, wurde während des juristischen Verfahrens gar nicht in Erwägung gezogen...

Im Herbst 1984 kehrte er *Givaudan* den Rücken und gründete die *»Sambeth Management Consulting«*. Bis Ende 2000 beleuchtete er für seine Kienten alle Facetten der Chemieindustrie. In seinem »Tatsachenroman«, *Zwischenfall in Seveso* (8), schildert Anton, die Hauptfigur und Alter Ego des Autors, die verdorbenen Sitten oben in der Hierarchie, *»das Karussell der Intrigen«*, die perversen Machtspielchen, und formuliert einige Hypothesen. Die Anlage hat wahrscheinlich *»deshalb gefallen, weil man schmutzige Chemie machen konnte«*. Keine Beobachtung, keine Kontrolle, willfährige Umgebung, billige Arbeitskräfte (153 Leute).

Der Professor Giulio Alfredo Maccacaro (8. Januar 1924-16. Januar 1977), der ab Anfang 1974 die Monatszeitschrift *Sapere* (Wissen) leitete, formulierte die Hypothese, ein Teil der Bestellungen die zur ICMESA flossen, stammten von der Armee? Der italienischen oder der NATO? Der Mailänder Biologist Sergio Angeletti behauptet, dass die einundvierzig Fässer, welche am 19. Mai 1983

auf dem nicht mehr benutzten Schlachthof des pensionierten Metzgers André Droy in Anguilcourt-le-Sart (Aisne) auftauchten, nicht die sind, die am 10.September 1982 das Areal in Meda verließen und die Grenze in Vintimille passierten. Der französische Journalist Fabrice Nicolino recherchierte gründlich um die Deponie in Montchanin (Saône-et-Loire). Seine feste Überzeugung: die Container mit dem Inhalt des Reaktors wurden dort am 4. November 1982 in einer Grube unter fünf Metern Ton, im Rahmen eines genehmigten »experimentellen Programms« für ein Gesamtvolumen von hundertfünfzig Tonnen, verscharrt.

Stank das nicht zum Himmel?

Mannesmann Italiana, von *Givaudan* beauftragt, überließ für fünfhunderttausend DM den Transport Bernard Paringaux, dem Inhaber der *Spelidec* in Marseille. Dieser leitete ihn der *SATM* aus Chambéry (Savoie) weiter. Die *Trajora* aus Saint-Martin-du-Fresne (Ain) erledigte die Mission der Fracht, nach deren Entzollung und sechs Wochen Zwischenlagerung in dem heimlichen Depot der Gesellschaft *Euro-Deal* von Bernard Paringaux, 106 rue de la Fère in Saint-Quentin, in die Bourgogne zu befördern. Der ehemalige Militär hortete allerlei industrielle Rückstände, mit denen er Unsummen von Gewinnen einheimste. Die den Medien vorgeführten Behälter kamen aus demselben Sammelsurium.

Fabrice Nicolino, vom Wochenmagazin *Politis* (9), vermutet, dass die berüchtigte Ladung die letzte einer ganzen Serie war. Die Bürokraten des französischen Umweltministeriums und *Hoffmann-La Roche* inszenierten in dem kleinen Dorf ein grobes Theater. Der skrupellose Müllhändler wurde am 30. März 1983 verhaftet. Fünf Tage davor war in *Science et Vie* ein beeindruckender Artikel von Jacqueline Denis-Lempereur und Katia Kanas mit dem abrupten Titel *»Wo ist das Dioxin?«* erschienen, der für viel Wirbel sorgte. Sechseinhalb Wochen später brach der zwielichtige Geschäftsmann sein Schweigen und lieferte Informationen über den Ort, wo sich die fast überall gesuchten Fässer befänden. Der »Top Agent« Werner Mauss, der im Namen des Bonner Innenministeriums ermittelte und Gelder vom Schweizer Trust kassierte, schwor der erste gewesen zu sein, der die Objekte des Streites entdeckte.

Dann wurden sie nach einem Zwischenstopp in der französischen Kaserne Sissonne am 4. Juni 1983 nach Basel gebracht. Diese Container, die zwischen dem 27. November 1984 und dem 21. November 1985 im Ciba-Geigy-Spezialofen in Kleinhüningen verbrannt wurden, maßen dreieinhalb Zentimeter weniger als die aus Meda. Als Gewicht registrierte man 8,252 Tonnen. Die Palette, die in der Lombardei auf den Lastkraftwagen geladen wurde, wog 6,5 Tonnen... Stank das nicht zum Himmel?...

Als Ekkehard Sieker, freier Mitarbeiter des Westdeutschen Rundfunks und Physiker, sich mit der Deponie Schönberg (DDR, heute Mecklenburg-Vorpommern) beschäftigte, stieß er auf Dokumente, in denen Hinweise auf die ICMESA standen. Am 15.Oktober 1993 strahlte die ARD seine Reportage »Das Geheimnis von Seveso« aus. *Mannesmann Italiana* bat die Stasi-Firma *Intrac*, unter dessen Obhut die Halde lag, zur Beseitigung des am 10. Juli 1976 angehäuften Drecks.

Der hartnäckige Free Lance legte Guido Richterich, dem Vizepräsidenten des Verwaltungsrates von *Hoffmann-La Roche*, ein offizielles Papier vor, in dem man zweihundert Grad Celsius als durchschnittliche normale Temperatur erwog. Ab dieser Hitze entsteht schon eine Menge Dioxin! Wurde also tatsächlich an den Wochenenden waffentaugliches Trichlorphenol hergestellt?

Der Professor Pier Alberto Bertazzi, Direktor der Abteilung Arbeitsmedizin bei der Uni Mailand schätzt, dass allein in der Zone A über dreißig Kilo Dioxin herunterfielen. Das Konsortium sprach von insgesamt sechshundert Gramm... Wahrscheinlich sind die Seveso-Abfälle in verschiedene Richtungen zerstreut worden. Sogar Hansjörg Renk, ein Wortführer von *Hoffroche*, der 1986 eine »Chronologie der Entwicklung« veröffentlichte, bestätigte im April 1984, dass von 1976 bis 1982 Material aus dem zerstörten »reparto B« ins Ausland verschleppt wurde. Manche vermuten dass zig Tonnen vom Hafen La Spezia (Ligurien) in Länder der Dritten Welt (zum Beispiel Somalien oder Äquatorialguinea) versendet wurden. Diese Stadt, mit einem Marinestützpunkt und dem bedeutenden Arsenal Italiens, gilt als eine Drehscheibe für die internationale Mafia.

Dort wo die *»Fabrik der Düfte«* stand, gibt es jetzt ein Sportzentrum. Über dem am meisten verschmutzten Gebiet wächst seit dem Sommer 1984 der »Bosco delle Querce« (»Der Eichenwald«). Am 10. Juli 1996 wurden die 42,76 Hektar dieser wunderschönen grünen Oase dem Publikum zugängig gemacht. Am 16. Mai 2004 weihte Clemente Galbiati, der Bürgermeister von Seveso, »die Brücke der Erinnerung« feierlich ein. Der einheimische Historiker Massimiliano Fratter hat diese »Gedenkstätte« mit der Stiftung der Mailänder Tageszeitung *Corriere della Serra* initiiert.●

Anmerkungen:

1) Unter anderem die Explosion am 21. September 1921 eines mit Ammoniumnitrat gefüllten Silos in einem Zweigwerk der BASF in Oppau bei Ludwigshafen (fünfhunderteinundsechzig Menschen kamen ums Leben), oder, am 4. Januar 1966, die der Ölraffinerie in Feyzin in der Nähe von Lyon (achtzehn Tote).

2) Die sowieso unzureichenden EU-»Seveso«-Richtlinien von den 24. Juni 1982, 9. Dezember 1996 und 16. Dezember 2003 wurden ziemlich lasch in den Mitgliedsländern umgesetzt.

3) Ein Vorprodukt für das Desinfektionsmittel Hexachlorophen.

4) 94 Seiten, Basler Schriften, Pharos Verlag, Hansrudolf Schwabe AG, 1995. Das vergriffene Essay ist in Bibliotheken ausleihbar.

5) »Schweizer Filme zum Nachdenken« über die 41.Solothurner Filmtage in CONTRASTE von April 2006. Eine auf neunzig Minuten gekürzte Version des Filmes lief am 29. August 2006 im WDR sowie am 29. Oktober 2006 bei 3Sat.

6) Sie verkauften als bloße Großzügigkeit die Zahlung von ungefähr 300 Millionen Franken (183,2 Millionen Euro) Entschädigung.

7) Am 5. Februar 1980 exekutierte ihn ein Prima Linea-Kommando vor seinem Haus in Monza.

8) 318 Seiten, Unionsverlag in Zürich, April 2004, 19,90 SF. Achtzig Prozent basieren auf Fakten, zehn auf Quellen Dritter, zehn entsprechen seinen Mutmaßungen.

9) Das sechsteilige Dossier erschien in den Ausgaben vom 14. und 21. Dezember 1989, 4. Januar, 1. Februar, 15. März und 12. April 1990.

WOHNUNGS- UND STÄDTEBAU

GenoDach

Genossenschaftspotentiale erschließen – Forschungsergebnisse nutzen

Die Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften hat eine Reihe Empfehlungen ausgesprochen. Diese wurden vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gemeinsam mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in dem Forschungsfeld »Modelle genossenschaftlichen Wohnens« im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) aufgegriffen. Politisches Anliegen ist dabei, das genossenschaftliche Wohnen als dritte tragende Säule neben dem Wohnen zur Miete und dem Wohneigentum weiter zu entwickeln.

Barbara Crome/Gabriele Sterzenbach, Red. Genossenschaften ● Die Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften ermittelte bei ihrer Analyse der rechtlichen und wirtschaftlichen Situation der Wohnungsgenossenschaften in Deutschland zahlreiche Potenziale. Sie können deren Wettbewerbsfähigkeit auch auf sich differenziert entwickelnden Wohnungsmärkten sichern und stärken. Mit Blick auf den demografischen und strukturellen Wandel standen dabei auch Kooperationspotenziale im Focus, die insbesondere kleinen Genossenschaften und Gründungsinitiativen effizientes Wirtschaften ermöglichen, ohne ihre autonome Selbstverwaltung in überschaubaren Gemeinschaften einschränken zu müssen.

21 Modellvorhaben

Anhand von 21 Modellvorhaben wurden verschiedene Wege, Ansätze und Strategien im ExWoSt-Teilprojekt »Erschließen von Genossenschaftspotenzialen« erprobt, die geeignet sind, Potenziale von Genossenschaften zu erschließen. Schwerpunktthemen in den Modellvorhaben waren:

- Wohnraumversorgung von unterschiedlichen wohnungspolitischen Zielgruppen durch bestehende Wohnungsgenossenschaften, Neugründungen oder Kooperationen;
- Besondere Leistungen von Genossenschaften zur Quartiersentwicklung und -stabilisierung;
- Rahmenbedingungen und förderliche Strukturen zur Implementierung von Modellen genossenschaftlichen Wohnens.

Im Themenfeld Rahmenbedingungen und förderliche Strukturen wurden die Rolle und die Potenziale von Dachgenossenschaften besonders beleuchtet. Kooperationen zwischen Wohnungsgenossenschaften werden als spezifische Form genossenschaftlicher Selbsthilfe charakterisiert. Vermutet wurde, dass diese in der »Dachgenossenschaft« stärker institutionalisiert werden könnten, da deren Möglichkeiten nicht zuletzt aufgrund mangelnder Information und Erprobung nicht ausgeschöpft seien. Eine eigene Rechtsform »Dachgenossenschaft« sieht das Genossenschaftsgesetz allerdings nicht vor. Es handelt sich vielmehr um Beteiligungsstrukturen, wie sie z.B. im Bankensektor als Zentral- bzw. Sekundärgenossenschaften organisiert sind. Im Wohnungssektor bilden verschiedene Unterstützungsleistungen für Wohnprojekte den Hintergrund für dachgenossenschaftliche Strukturen.

Erste Beispiele für Dachgenossenschaften entstanden zunächst als Nischenphänomen der Hausbesetzerszene und alternativer Wohnprojekte zu Beginn der 1980er Jahre vornehmlich in Hamburg. Zielgruppen waren und sind auch heute Wohngruppenprojekte sowie Hausgemeinschaften. Das »Dach« erfüllt vielfältige Aufgaben wie z.B. Bewirtschaftung der Häuser, Unterstützung bei der Planungs- und Bauphase oder auch das Einwerben von Kapital für bestimmte Bauvorhaben. In Hamburg sind diese Strukturen schon weit entwickelt, schwieriger wird es mit der Umsetzung in Flächenländern oder in Bundesländern, in denen es weniger staatliche Unterstützung bzw. Förderung gibt.

Übergreifendes Sondergutachten

Wie können nun Dachgenossenschaften sinnvoll und effektiv gestaltet werden? Dazu liegen mittlerweile Ergebnisse einer Reihe von wissenschaftlich begleiteten Modellvorhaben vor: Die Dachgenossenschaft *stattvilla* in Bielefeld, die bundesweite Dachgenossenschaft für Beginenprojekte sowie die dachgenossenschaftlichen Strukturen in Hamburg. Bei allen Projekten wird deutlich, dass es ganz spezifische Anforderungen an das »Dach« gibt. Daher werden zurzeit ergänzend zu den Modellvorhaben Musterverträge und Mustersatzungen entwickelt, die diese spezifischen Anforderungen insbesondere unter steuerrechtlichen und haftungsrechtlichen Gesichtspunkten einbeziehen.

Die Wanderausstellung »Modelle genossenschaftlichen Wohnens« kann kostenlos beim BBR ausgeliehen werden Foto: Dirk Michael Deckbar

Ziel ist, die Umsetzung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten zu erleichtern. Dies entspricht den Intentionen der Reform des Genossenschaftsgesetzes. Die am 18. August 2006 in Kraft getretene Novelle enthält verschiedene Regelungen, die insbesondere kleinen Genossenschaften und Neugründungen entgegenkommt. Auswirkungen sind derzeit noch nicht absehbar. Ungeachtet dessen dürften dachgenossenschaftliche Strukturen den Kooperationsbedarf kleiner Genossenschaften und gemeinschaftlicher Wohnprojekte in vielen Fällen decken helfen.

Broschüre »Genossenschaftspotenziale«

Die Ergebnisse aus den Modellvorhaben wurden am 19. und 20. Oktober 2006 in Berlin präsentiert. Informationen zum Forschungsfeld »Modelle genossenschaftlichen Wohnens: Erschließen von Genossenschaftspotenzialen« sowie die Broschüre »Genossenschaftspotenziale« können unter www.bbr.bund.de in der Rubrik Forschungsprogramme/ExWoSt abgerufen werden. Erstmals gezeigt wurde in Berlin auch die Wanderausstellung zum gesamten Forschungsfeld »Modelle genossenschaftlichen Wohnens«, die kostenlos beim BBR ausgeliehen werden kann.●

VORGEHENSWEISE

Dachgenossenschaften – Entstehungsschritte und Gestaltungsmöglichkeiten

Nachbarschaftliche und gemeinschaftliche Wohnprojekte, die ihr Projekt in genossenschaftlicher Rechtsform realisieren möchten, können dies entweder in einer Projektgenossenschaft tun oder sich einer Dachgenossenschaft »anschließen«. Der Vorteil der Dachgenossenschaft liegt für das Projekt darin, dass sie einen organisatorischen Rahmen vorfinden, der ihnen die Realisierung erleichtert und bei der Bewirtschaftung professionelle Hilfestellungen anbietet. Gleichzeitig können sie die inneren Angelegenheiten ihres Projektes selbst bestimmen.

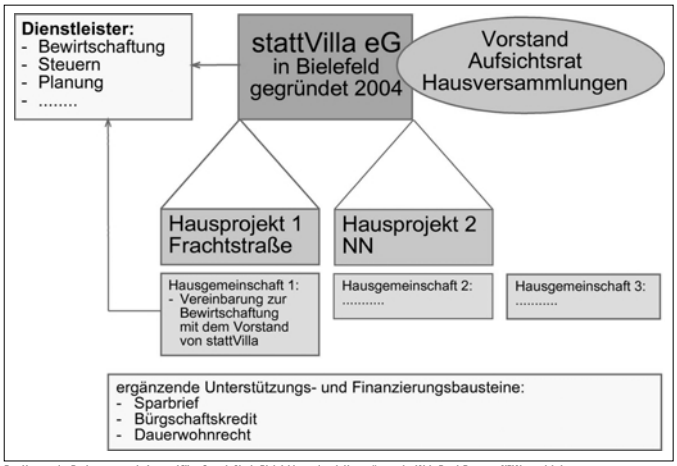
Wolfgang Kiehle, Red. Genossenschaften ● Wie kommt man nun zu einer Dachgenossenschaft, wenn es nicht schon eine gibt? Bei der Initiierung, Gründung und Aufbau einer Dachgenossenschaft sind grundsätzlich zwei Varianten möglich. Eine Variante besteht darin, dass sich eine Projektgruppe, die ein genossenschaftliches Wohnprojekt gründen und aufbauen möchte, zu dem Kern einer Dachgenossenschaft weiterentwickelt. Zentrale Voraussetzung ist dabei, dass bei der Projektgruppe die Bereitschaft besteht, weitere Projektgruppen »aufzunehmen« und das Risiko des Wirtschaftens in einem Unternehmen mit neuen Projektgruppen zu tragen.

Eine andere Möglichkeit liegt darin, eine Dachgenossenschaft ohne ein erstes Projekt als »Hülle« zu gründen. Als Initiativgruppe kommen hier wohnungspolitisch Interessierte in Frage, die nach Gründung der Dachgenossenschaft aktiv ein Projekt suchen bzw. offen sind für Projektgruppen, die eine genossenschaftliche Trägerschaft suchen.

Neben den unterschiedlichen Varianten der Entstehung einer Dachgenossenschaft gibt es insbesondere die Merkmale:

- räumliches Bezugsgebiet;
- sozio-kulturelle Orientierung;
- Finanzierungsmodelle.

Die Größe der räumlichen Ausdehnung des Geschäftsbereiches hängt von der Bereitschaft der Aktiven (Vorstand, Aufsichtsrat) ab, den notwendigen Kontakt (z.B. bei der Gründung und der »Aufnahme« des Projektes, bei der Beurteilung von Baufragen vor Ort oder der Beteiligung an der Lösung von Konflikten) zu den einzelnen Objekten mit hohem Fahrt- und Zeitaufwand leisten zu wollen und langfristig finanzieren zu können. Ähnliches gilt für die einzelnen Projekte untereinander, da alle Bewohner und Bewohnerinnen auch Mitglied der Dachgenossenschaft sind und im Rahmen der Zuständigkeit der Generalversammlung eine Grundkenntnis über die Objekte haben sollten. Zudem ist zu berücksichtigen, dass sich bei räumlicher Nähe der Projekte eher Synergieeffekte bei der Projektentwicklung (z.B. durch bekannt werden der Dachgenossenschaft, durch Kenntnis der lokalen bzw. regionalen Strukturen) und bei der Bewirtschaftung ergeben als bei einem größerem Abstand.



Das Konzept der Dachgenossenschaft »stattVilla eG«, mit Sitz in Bielefeld, wurde mit Unterstützung der WohnBund-Beratung NRW entwickelt

Wichtig ist zudem, ob es eine gemeinsame sozio-kulturelle Orientierung gibt. Eine Nähe der einzelnen Wohnprojekte zu einem ähnlichen Milieu schafft gute Voraussetzungen für eine Übereinstimmung in Grundsatzfragen. Zu große sozio-kulturelle »Abstände« zwischen den einzelnen Projekten erhöhen die Gefahr von Konflikten. Wichtige Klammer aller Wohnprojekte in einer Dachgenossenschaft ist ein ähnliches Verständnis von genossenschaftlicher Selbstverantwortung und Solidarität.

Als von großer Bedeutung für die Gestaltung einer Dachgenossenschaft erweist sich die Finanzierung. Im Wesentlichen sind zwei Varianten hervorzuheben:

- die einzelnen Wohnprojekte sind eigenständig für ihre Finanzierung verantwortlich;
- die einzelnen Wohnprojekte werden zu einem größeren Teil von nicht in dem Projekt wohnenden Mitgliedern finanziert.

Für die konkrete Ausgestaltung einer bestimmten Dachgenossenschaft sind grundsätzlich alle Merkmale möglich, einschließlich der genannten Formen der Entstehung.

Kern einer Unterstützung

Es stellt sich die Frage, wie das Verhältnis der Dachgenossenschaft zu den einzelnen Hausgemeinschaften aussieht und wie es in der Satzung der Genossenschaft fixiert werden kann. Vor allem mit der Einführung der Hausversammlung als Satzungsorgan wird die Eigenständigkeit der Wohnprojekte ermöglicht und betont. In Beschlüssen über Grundsätze zur Bildung von Hausgemeinschaften,

Fortsetzung auf Seite 8

ÜBERSCHAUBARKEIT ODER WACHSEN

GenoDach

Wege der Risikominimierung

– Wie Wohnprojekte unter ein gemeinsames Dach kommen

Für Menschen, die gemeinschaftlich wohnen wollen, ist die Genossenschaft in erster Linie ein Mittel zum Zweck. Das eigentliche Ziel ist das gemeinschaftliche Wohn-Projekt. In der Vergangenheit und aktuell bietet die Umsetzung dachgenossenschaftlicher Konzepte ein flexibles Instrument zur Umsetzung gemeinschaftlicher Wohnformen. Dabei ist die Form der Genossenschaft aufgrund der mit ihr verbundenen Werte (Solidarität, Selbsthilfeansatz, Mitgliederorientierung, Demokratieprinzip) eine sympathische. Sie darf aber nicht zu Gefährdungen der darin zusammengeschlossenen Wohnprojekte führen.

Britta Becher, Red. Genossenschaft ● In Hamburg hat die Suche nach einer Trägerform für gemeinschaftliches Wohnen in den vergangenen 20 Jahren zur Neugründung von über 20 Genossenschaften geführt! Dabei sind kleine Genossenschaften mit einem Wohnungsbestand von nur sechs Wohnungen entstanden und auch größere, wie die Wohnungsbaugenossenschaft Schanze eG. Sie wurde in den 19 Jahren ihres Bestehens ein Dach für über 20 gemeinschaftliche Wohnprojekte mit rund 310 Wohneinheiten. Die STATTBAU Hamburg Stadtentwicklungsgesellschaft mbH hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten vielfältige gemeinschaftliche Wohnprojekte beraten und bei der Realisierung betreut. Dachgenossenschaften waren deshalb auch der Schwerpunkt des ExWoSt-Modellvorhabens Hamburg und Schleswig-Holstein.

Die Organisationsform der Träger- oder Dachgenossenschaft bedeutet, dass es als Trägerstruktur eine Genossenschaft gibt, unter deren Dach verschiedene Projekte organisiert sind, die je nach Modell unterschiedlich weitgehende Selbstverwaltungsrechte an »ihren« Projekten besitzen. Die Dachgenossenschaft ist bzw. wird meistens Eigentümerin (oder Erbpachtnehmerin) der Grundstücke, die bebaut werden bzw. der jeweiligen Gebäude, die die Hausgemeinschaften bewohnen. Die Mitglieder der Projekte organisieren sich üblicherweise als Verein (e.V.) oder als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) und treten als Gruppe oder als Einzelpersonen (oder beides) der Dachgenossenschaft bei. Vertreter der einzelnen Hausprojekte sind in den Gremien der Genossenschaft (Vorstand und Aufsichtsrat) vertreten.

Interne Projektentwicklung

Projekte, die eine Genossenschaft für ihr eigenes kleines Projekt gründen, sind oftmals damit überfordert, ein anderes Projekt in ihre Genossenschaft aufzunehmen. Diese kleinen Nutzergenossenschaften schrecken erfahrungsgemäß vor dem Risiko zurück, das die Aufnahme eines weiteren Projekts bedeutet (s. Abb. 1).

Die eigens zum Zweck der Aufnahme von nachbarschaftlichen Wohnprojekten gegründeten Dachgenossenschaften bieten den passenden Rahmen. Für die Konzeption und Gründung einer Dachgenossenschaft ist wesentlich, dass sie auf Erweiterung aus ist. Das Verfahren zur Aufnahme neuer Projekte sollte deshalb bereits in der Satzung geregelt sein. Die Erweiterung einer Dachgenossenschaft kann auf verschiedenen Wegen erfolgen. Die Initiative für ein neues Projekt kann direkt von der Genossenschaft ausgehen. Die Mitglieder der neuen Hausgemeinschaft werden zu diesem Zweck Mitglieder der Genossenschaft. Dann findet die Projektentwicklung innerhalb der Genossenschaft statt. Finanzielle Mittel für die Projektentwicklung und das für die Finanzierung notwendige Eigenkapital werden durch die Genossenschaft vorfinanziert. Sie müssen von den neuen Mitgliedern, die in die Hausgemeinschaften einziehen wollen, als Genossenschaftsanteile oder Mieterdarlehen übernommen werden.

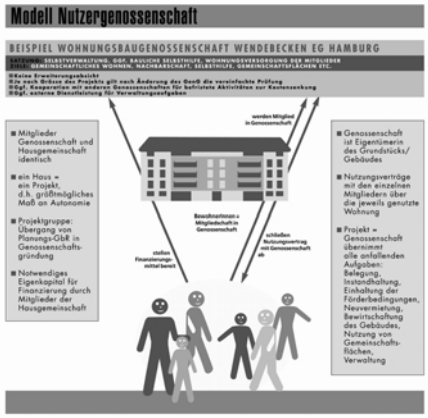


Abb. 1

Externe Planung

Ein anderer Weg ist die Projektentwicklung von außen. Der Planungsprozess wird von der Projektgruppe initiiert. Er wird von ihr auf eigenes Risiko bis zum Zeitpunkt des Ankaufs eines Grundstücks und der Organisation der Finanzierung organisatorisch und finanziell getragen und umgesetzt. In diesem Fall, findet die Projektentwicklung außerhalb der Genossenschaft statt. Die Genossenschaft tritt dann zum Zeitpunkt »X« (bei Grundstückskauf, Abschluss der Darlehensverträge oder zum Baubeginn) in die von der Gruppe geschlossenen Verträge und Verpflichtungen ein.

Die Projektgruppenmitglieder treten einzeln (und/oder als GbR oder Verein) in die Genossenschaft als Mitglieder ein und verpflichten sich zur Übernahme von Genossenschaftsanteilen oder Mieterdarlehen in Höhe des von ihnen zu leistenden Eigenanteils für die Finanzierung ihres Projekts. Bei Bezug des Hauses schließt die Dachgenossenschaft oftmals Nutzungsverträge mit der gesamten Nutzergruppe (GbR oder Verein). Diese vergibt Einzelnutzungsverträge dann an ihre Mitglieder. Die Genossenschaft kann aber auch Einzelnutzungsverträge mit den Mitgliedern abschließen. Je nach Vereinbarung werden weitgehende Verpflichtungen und Rechte der Bewirtschaftung und Belegung an die Bewohnergruppen übertragen oder beim Dach behalten (siehe Abb. 2).

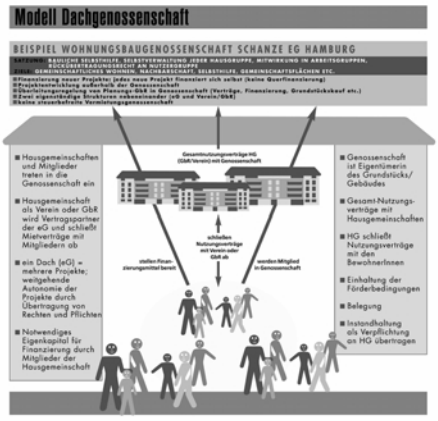


Abb. 2

Verantwortung abgeben

Abhängig von der Zusammensetzung, Kompetenz und Bereitschaft der Bewohnergruppen ist zu entscheiden, ob eine Art »Selbstverwaltung light« praktiziert werden soll. In diesem Fall wird bei dem Wohnprojekt z.B. über die Nutzung von Gemeinschaftsflächen und die Neubelegung von Wohnungen selbst bestimmt. Die Aufgaben der Instandhaltung verbleiben aber beim Dach. Andere Gruppen ziehen eine möglichst weit reichende Selbstverwaltung vor und führen beispielsweise auch Instandhaltungsarbeiten in eigener Regie durch.

Entscheidend ist aber: Um Risiken für das Bestehen der Dachgenossenschaft durch neue Projekte zu minimieren, muss jedes Projekt für sich »durch«-finanziert sein und das Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzept für sich funktionieren. Die Gremien der Dachgenossenschaft, die der Aufnahme neuer Projekte zustimmen müssen, müssen sich davon überzeugen, dass ein Risiko für die anderen Projekte ausgeschlossen werden kann bzw. tragbar ist.●

FORTSETZUNG VON SEITE 7

über die Geschäftsordnungen für die Hausversammlungen und über die Kooperationsvereinbarungen zwischen Projekt und Vorstand kann die Mitgliederversammlung den Rahmen für die Selbständigkeit der Hausgemeinschaften festlegen. Zentrale Aspekte sind z.B. die Berechnung der Miete nach dem Kostenmietprinzip und eine Vereinbarung zur Auswahl von Nachnutzer/-innen. Die Hausgemeinschaften können in dem gesteckten Rahmen den Grad ihrer Selbstverantwortung und Eigenständigkeit bestimmen und Aufgaben der Hausbewirtschaftung übernehmen.

Die Dachgenossenschaft kann zum Kern einer Unterstützungsstruktur für neue genossenschaftliche Wohnprojekte werden. Sie bietet für neue Wohnprojekte einen organisatorischen Rahmen und vereinfacht damit ihre Realisierung. Dazu verfügt sie über Kontakte zu verschiedenen Beratern und über das prozessuale Know-how zur Umsetzung von Projekten, über Kenntnisse der kommunalen Rahmenbedingungen und über Kontakte zu kommunalen Akteuren. In der Bestandsphase liefert die Dachgenossenschaft den notwendigen professionellen Rahmen für die Bewirtschaftung. Die Dachgenossenschaft kann sich so zu einem lokalen bzw. regionalen Verbund genossenschaftlicher Wohnprojekte entwickeln, die gemeinsam die Geschäftspolitik der Dachgenossenschaft bestimmen und so zu einer Verbreiterung genossenschaftlicher Wohnprojekte beitragen.●

GEMEINSAME WERTE – BUNDESWEIT FÜR EINE ZIELGRUPPE AGIEREN:

Beginen entwickeln Dachgenossenschaft

Seit Ende der 90er Jahre, erstmals wieder in Bremen, verbinden Frauen die Idee des gemeinschaftlichen Wohnens und Lebens mit dem historischen Vorbild der Beginenhöfe. Zentral ist heute wie damals Gemeinschaft, Wohnen und Arbeiten sowie Unabhängigkeit. Auch heute haben die Initiativen eine, wenn auch sehr unterschiedliche Nähe zur Spiritualität, aber sie sind heute wie damals keine Klöster. Männer sind in den meisten Projekten ausschließlich Gäste, teilweise sind sie auch wohnberechtigt, aber keine Entscheidungsträger.

Birgit Pohlmann-Rohr/Martina Buhl, Red. Genossenschaften ● Mittlerweile gibt es in Deutschland 19 Beginenvereine. Immerhin 11 Projekte haben konkrete Wohnprojekte umgesetzt, sind im Bau oder in der konkreten Entwicklung. Gebaut oder im Bau befinden sich mittlerweile 253 Wohneinheiten, davon 112 geförderte Wohnungen. Sie ermöglichen gerade einkommensschwachen Frauen, mit und ohne Kinder, ihren Alltag mit anderen Frauen zu verbinden. Außerdem sind 56 frei finanzierte Wohnungen und 88 Eigentumswohnungen entstanden. Weitere 60 Wohneinheiten befinden sich in Bielefeld und Münster in konkreter Planung. In einigen Projekten sind auch gewerbliche Räume, Büros und Praxen vorhanden.

Lebendiges Umfeld

Ziel ist, den Alltag zwischen Beruf und Kindern weniger krisenanfällig zu machen. Im Alter wollen die Beteiligten in einem lebendigen Umfeld nicht isoliert sein und mit anderen Menschen mehr als das Wohnen umsetzen, von Gemeinschaftsräumen bis zur gemeinsamen Nutzung von langlebigen Haushaltsgegenständen. Die Projekte werden in sehr unterschiedlichen Rechtsformen verwirklicht, als sehr kleine Beginenstiftung in Tübingen, als Wohnungseigentümerinnengemeinschaft in Berlin, als Eigentum eines Vereins in Tännich und in den überwiegenden Fällen als Investorenprojekte. Ein privater Investor oder eine Wohnungsgesellschaft baut dann für einen örtlichen Beginenverein mit intensiver Planungsbeteiligung und Belegungsoptionen für die Beginen.

Einweihung des ersten Beginenprojekts in Dortmund

Auch die Genossenschaft wurde für Beginenprojekte immer wieder als Rechts- und Finanzierungsform für örtliche Projekte in Betracht gezogen – leider noch nicht erfolgreich, weil

● zugesagte Fördermittel (EU) aufgrund der fehlenden Kofinanzierung der Kommune nicht flossen – der Grund für die Insolvenz der eG in Bremen,
● die Finanzmittel der Frauen für die notwendige Eigenkapitalquote zu gering waren,
● die Entwicklungs- bzw. Grundstücksoptionen zu kurz waren für die Akquise der notwendigen Mittel,
● die Bewilligung von Fördermitteln des Landes u.a. an der fehlenden Bonität der neuen Rechtsform scheiterte.

Anstoß durch Vernetzung

Die Gründung des bundesweiten Dachverbandes der Beginen mit Sitz in Berlin war ein neuer Anstoß, ein bundesweites ideelles Dach und seine Vernetzungsstrukturen zu nutzen. Mit einer Dachgenossenschaft der Beginen soll

Fortsetzung nächste Seite

FREIBURGER MIETSHÄUSER SYNDIKAT

GenoDach

Autonomie und Bindung

– bundesweites Verbundprojekt unterstützt Gruppeninitiativen

Das Mietshäuser Syndikat ist mittlerweile weit über Freiburg hinaus bekannt und wird zunehmend zusammen mit Projekten auch außerhalb Südbadens umgesetzt (siehe auch unser Schwerpunktthema in der Ausgabe Nr. 230, November 2003). Aus deren gegenwärtigen Struktur kann für die Ausgestaltung von Regelungen für genossenschaftliche Wohnprojekte viel gelernt werden. Dies gilt besonders, wenn erreicht werden soll, dass »bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit wenig Geld, Raum auch für Gruppen und Initiativen, die sonst wo kaum Platz finden und das alles in Selbstorganisation« geschaffen und abgesichert wird.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Das Mietshäuser Syndikat mit Sitz in Freiburg stellt gegenwärtig ein besonders dynamisches Genossenschaftsprojekt in Deutschland dar, das mittlerweile bundesweit tätig ist. Bewusst wurde nicht die Rechtsform der eG gewählt. Es handelt sich um ein relativ komplexes ineinander greifendes System von Verein, GmbH, Hausbesitz-GmbHs und Mietervereinen. Das Mietshäuser Syndikat kann als Sekundärgenossenschaft charakterisiert werden, über die sich Primärgenossenschaften in Form von Haus- bzw. Wohnprojekten ein gemeinsames Dach organisieren.

Aufgaben des Daches

Dessen Funktion ist, (1) die rechtliche Absicherung des gemeinschaftlichen Eigentums einschließlich der Basisdemokratie bei den Einzelprojekten, (2) Organisation und Ausbau eines Finanzierungsfonds und Unterstützung beim Einwerben von Direktkrediten durch die jeweiligen Projekte sowie (3) Weiterentwicklung des genossenschaftlichen Gesamtkonzepts einschließlich der Öffentlichkeitsarbeit und unentgeltlicher Beratung für neue Projektinitiativen. Aus diesem Ansatz lassen sich vielfältige Anregungen gewinnen, welche Bedarfe gegenwärtig bei genossenschaftlichen Wohnprojekten bestehen, die von Menschen umgesetzt werden, die wirtschaftlich nicht privilegiert sind.

Das Mietshäuser Syndikat ist eine Gesellschaft (GmbH), die es sich zum Ziel gesetzt hat, selbstverwaltete und solidarisch organisierte Mietshausprojekte mit sozialverträglichen Mieten zu unterstützen und diese sowohl politisch als ökonomisch durchzusetzen. Das Besondere am Mietshäuser Syndikat ist seine dezentrale Organisationsstruktur mit den autonomen Einzelprojekten und einem solidarischen Dach. Dabei wird bevorzugt der Begriff des Verbundes statt der des Daches verwendet. D.h., einzelne Projekte können sich in den Gesamtzusammenhang einbinden, ohne dass sie mit diesem so eng verknüpft sind, dass ihr Wegbrechen das Gesamtgefüge zum Einsturz bringen würde. Eine wechselseitige Gesamthaftung ist also durch die Selbständigkeit der einzelnen Bereiche ausgeschlossen.

Ablehnung Genossenschaft

»Obwohl es von der Idee her genossenschaftliche Projekte sind, wurde die Genossenschaft nicht als Form gewählt. Hausgenossenschaften sind nicht miteinander zu verknüpfen wie Projekte im Syndikatsmodell und eine Großgenossenschaft mit allen Häusern lässt den einzelnen Hausprojekten zu wenig eigenen Spielraum. Außerdem ist sie mit komplizierter Gründung und dauernder Kontrolle durch den Genossenschaftsverband schwer zu handhaben.« So lauten die Hauptargumente der Initiatoren des Mietshäuser Syndikats in Freiburg, weshalb sie auf eine Mischung von Vereinen und GmbHs bei ihrer Organisation zurückgreifen.

Das Wohnprojekt ENTGLEIST, ehemaliger Bahnhof in Eisenberg in Thüringen, ist neu im Verbund des Mietshäuser Syndikats Foto: Mietshäuser Syndikat

Die Ausstrahlung des Syndikats ist mittlerweile so groß, dass sich dort 55 Projekte und Projektinitiativen als Wohn-, Haus- oder Siedlungsprojekte zusammengefunden haben. An 29 von diesen besteht eine Beteiligung und genauso viele haben ihre Immobilie auch gekauft. Bisher zahlen 27 Projekte einen Solidarbeitrag. Insgesamt handelt es sich bei den Einzelprojekten um sehr unterschiedliche Ansätze. Es geht um Häuser mit und ohne gewerbliche Projekte, Wohnungen, manchmal auch um kleine Siedlungen. Die Einzelprojekte sind sehr verschieden – insbesondere hinsichtlich ihrer qualitativen Zielsetzungen (Satzungen).

Bedingungen fürs Mitmachen

Um beim Syndikat als Projekt mitmachen zu können, sind letztlich nur drei Bedingungen zu erfüllen:

- die Entscheidungsstruktur muss basisdemokratisch bzw. das Projekt selbst organisiert sein;
- die Immobilie muss in das Eigentum einer GmbH übergehen, die aus zwei Gesellschaftern besteht, dem Verein der BewohnerInnen und der Miethäuser Syndikat GmbH und
- es muss eine Verpflichtung eingegangen werden, aktuell in den Solidarfonds einzuzahlen und perspektivisch zukünftige Überschüsse bzw. Gewinne aus der Hausbewirtschaftung neuen Hausprojekten zur Verfügung zu stellen.

Sichergestellt wird auf diese Weise ein Gemeineigentum, das in vielen Aspekten an genossenschaftliches Eigentum erinnert. Im Unterschied dazu kann die Gruppe, die über ihr Wohnprojekt völlige Entscheidungsautonomie erhält, aber nicht mehr über deren Verkauf beschließen. Das bedeutet, die so genannte Teilneutralisierung des Eigentums durch Genossenschaften wird konsequenter realisiert. Der Begriff Teilneutralisierung besagt, dass die Mitglieder genossenschaftlicher Projekte nur ihr eingezahltes Geld zurückerhalten, wenn sie aussteigen, also nicht an den Rücklagen bzw. dem inneren Wert und damit den Wertsteigerungen der Immobilie(n) beteiligt sind. Die Aufhebung dieser Teilneutralisierung lässt sich bei den Syndikatsprojekten auch nicht durch Auflösung erreichen.

Solidarnützige Ausrichtung

Als »Gegenleistung« erhalten die einzelnen Wohn- und Hausprojekte Unterstützung bei der Finanzierung durch Werbung für Direktkredite, Beteiligung der Mietshäuser Syndikat GmbH und eventuelle Zahlungen aus dem Solidarfonds. Dies geschieht aber nur, weil sie die gegenwärtig in Deutschland meist übliche Mitgliedernützigkeit der Genossenschaft durchbrechen. Sie verhalten sich selbst »solidarnützig«, indem sie Mietüberschüsse und weitere Finanzmittel in den Solidarfonds einzahlen. So können auf Dauer weitere Wohnprojekte entstehen mit BewohnerInnen, die sich dies, aufgrund ihrer persönlichen, wirtschaftlich nicht privilegierten Situation, eigentlich nicht leisten können. Zugleich verzichten sie unwiderruflich auf eine private Aneignung von Wertsteigerungen durch Veräußerung.●

ZENTRALER BAUSTEIN – DACHGENOSSENSCHAFTEN UND WOHNPROJEKTE UNTERSTÜTZEN

Finanzierung durch ein Fondsmodell

Ein wesentliches Problemfeld bei der Realisierung von Wohnprojekten und Dachgenossenschaften ist deren Finanzierung. Wohnprojekte sind meistens gekennzeichnet durch eine geringe Eigenkapitalausstattung und geringe Kreditchancen. Zur Überwindung dieser Kapitalschwäche soll über ein Fondsmodell mittel- bis langfristiges Kapital (i.d.R. Fremdkapital) eingeworben und zinsgünstig bzw. zinslos an Wohnprojekte weitergegeben werden. Das Fondsvermögen ist dabei revolvierend einzusetzen, d.h. das Kapital fließt nach der Vergabe wieder für neue Investitionen in den Fonds zurück.

Michael Sparn, Red. Genossenschaften ● Unter einem »Fonds« wird generell eine Einrichtung verstanden, die Geld für bestimmte Zwecke sammelt. Häufig findet man den Begriff im Zusammenhang mit so genannten »geschlossenen Immobilienfonds« (oftmals in der Rechtsform der GmbH & Co. KG) bzw. »offenen Immobilienfonds« (rechtlich unselbständige Sondervermögen). Als Rechtsträger für den Fonds könnte eine Dachgenossenschaft dienen und zusätzlich die Finanzierungsfunktion für ihre Mitglieder übernehmen. Im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Fondsmodells ergeben sich als zentrale Problemfelder die Frage nach Finanzierungsquellen und rechtlichen Restriktionen. Sie werden im Folgenden – aus Platz- und Vereinfachungsgründen – nur isoliert und in Grundzügen behandelt.

Interne Finanzmittel

Zentrale Frage ist, woher die Gelder kommen können, um einen solchen »Fonds« zu finanzieren. Diese können zum einen von den Wohnprojekten bzw. deren Umfeld selbst (im Folgenden »interne« Finanzierung) bzw. von Personen oder Institutionen außerhalb der Wohnprojekte zur Verfügung gestellt werden. Das Kapital kann dabei in Form von Fremd- oder Eigenkapital gewährt werden. Dabei wird Eigenkapital meistens nur gegen die Einräumung von Mitbestimmungsrechten und aufgrund der Haftungsfunktion gegen eine höhere Vergütung gewährt.

Im Falle der »internen« Finanzierung unterstützen die Mieter der eingebundenen Wohnprojekte bzw. deren Umfeld diese nicht »nur« über die Miete, sondern auch durch eine »Investition«, d.h. durch die Bereitstellung von günstigen Finanzierungsmitteln. Wesentliche Instrumente stellen die Zeichnung von Pflichtanteilen bzw. freiwilligen Anteilen an der Dachgenossenschaft, Direktkredite und/oder Solidarbeiträge (in Form von verlorenen Zuschüssen) dar. Voraussetzung für eine solche Lösung ist die entsprechende Solidarität insbesondere von finanzstärkeren bzw. älteren, entschuldeten Projekten gegenüber neueren Projekten, um ein entsprechendes Mittelaufkommen zu gewährleisten. Da das finanzielle Potential aus den Wohnprojekten selbst bzw. deren Umfeld eher gering ist, sind andere Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen.

Suche nach Geldgebern

Finanzierungsmittel außerhalb der Wohnprojekte könnten – abgesehen von den klassischen Bankkrediten und öffentlichen Fördermitteln – z.B. von »anonymen Investoren« bzw. Investoren mit einer entsprechenden Unterstützungsbereitschaft für (alternative) Wohnprojekte erbracht werden. Finanzierungsbeiträge anonymer Investoren werden meistens an den Renditevorstellungen bzw. den Renditen konkurrierender klassischer Anlageformen scheitern. Weiterhin konkurrieren andere »alternative« Anlageformen in Form von ökologischen, sozialen und ethischen Investitionen um die Gelder von Investoren mit der Nähe zur (Dach)Genossenschafts-/Wohnprojekte-Idee. Vorstellbar sind allerdings »ideelle« Beteiligungen von Investoren, die bestimmte Ideen unterstützen wollen, ohne entsprechende Renditeerwartungen zu haben.

Rechtliche Auflagen

Rechtliche Restriktionen bei der Sammlung und Weiterleitung von Geldern an die Wohnprojekte bestehen insbesondere in Form der Vorschriften des Kreditwesengesetzes sowie des Verkaufsprospektgesetzes. Die gewerbsmäßige bzw. im kaufmännischen Umfang erfolgende Hereinnahme fremder, rückzahlbarer Gelder bzw. die Gewährung von Gelddarlehen durch den Fonds stellen Bankgeschäfte dar. Durch die damit einhergehende Anwendung bankaufsichtsrechtlicher Vorschriften und dem entsprechenden administrativen Aufwand wird dem Einsatz »klassi-

Fortsetzung auf Seite 10

FORTSETZUNG VON SEITE 8

darüber eine Rechtsform geschaffen werden, in der sich Projekte zusammenschließen können. Anders als in den lokalen Initiativen ist es hier möglich, nicht nur die Solidarität der Frauen bundesweit zu nutzen. Vielmehr kann das Know-how der einzelnen Projekte gebündelt und zentral die wirtschaftliche Steuerung mit professioneller Unterstützung angeboten werden. Die Nutzung und Optimierung wichtiger Finanzierungsbausteine lässt sich ebenfalls zentral besser nutzen, z.B. über

- Ansparmodelle für Genossenschaftsanteile;
- zinsgünstige Kredite (KfW-Eigentumsprogramm für Genossenschaftsanteile);
- Bürgschaften des Landes oder des Bundes für Kredite oder Fördermittel;
- vielfältige Modelle zur Akquise von Solidarkapital;
- längerfristige Grundstücks- bzw. Bestandskaufoptionen in der Entwicklungs- und Ansparphase.

Geförderte Projektentwicklung

Ein aktuell abgeschlossenes ExWoSt-Forschungsprojekt wurde genutzt, zwei konkrete Projektinitiativen so zu entwickeln, dass mit ihnen der Einstieg in die Dachgenossenschaft gelingen kann. Zum einen handelt es sich um den Umbau eines ehemals öffentlichen Verwaltungsgebäudes in Essen. Dies soll von den Beginen bezogen (Wohnungen und Gewerbe) und auch verwaltet werden. Außerdem ist eine weitere Initiative auf dem Weg, eine eigene Immobilie für einen Beginenhof zu planen und zu finanzieren. Sie soll im Rahmen einer genossenschaftlichen Rechtsform umgesetzt werden, die alle Voraussetzungen für eine Dachgenossenschaft bietet.

Schwerpunkt der Gründung der Dachgenossenschaft wird NRW werden. Hier findet sich mit vier gebauten Projekten und sieben Projekten in der Entwicklung das meiste Potential. Gleichzeitig wird es für den Einstieg in eine Dachgenossenschaft gut sein, das Miteinander durch persönliches Kennen und Vernetzen zu unterstützen. Dies ist wichtig auch für ein ausreichendes »Sicherheitsgefühl« bei Haftungsfragen.

Vor der Startphase

Bisher wurden die formalen Voraussetzungen formuliert, die Satzung an das entwickelte Konstrukt und die gewollten Angebote der Dachgenossenschaft angepasst, die Gremienbesetzung ist in Vorbereitung. Es konnten damit die notwendigen Voraussetzungen für eine Gründung geschaffen werden. Nun gilt es das erste Projekt soweit zu entwickeln, dass die wirtschaftlichen Daten Tragfähigkeit signalisieren und damit die konkrete Werbung der Genossinnen und FörderInnen anlaufen kann.●

SCHLUSSFOLGERUNGEN

DachGeno

Schafft viele Unterstützungsstrukturen

– Plädoyer für die Gründung von Dachgenossenschaften

Wohnprojekte stellen für am Wohnmarkt Benachteiligte oder unterversorgte Teilgruppen unter dem Blickwinkel der bedarfsgerechten Versorgung eine wichtige Alternative zu anderen Formen von Angeboten auf dem Wohnungsmarkt dar. Indem für Interessierte Ansprechpartner vor Ort vorhanden sind, die über Know-how zu Gruppenprojekten bezogen auf verschiedene Bedarfsgruppen verfügen, kann die Versorgung mit genossenschaftlichem Wohneigentum quantitativ erheblich an Bedeutung gewinnen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Dachgenossenschaften bieten eine Reihe von Vorteilen, die sich über die Einrichtung einer Dachgenossenschaft für Wohninitiativen in vielen Städten realisieren ließen. Dazu gehören:

● Mit der Gründung einer Dachgenossenschaft wird eine zentrale Informations- und Koordinierungsstelle geschaffen, die sich als übergeordnete Trägerstruktur für zahlreiche sehr unterschiedliche Gruppen nutzen lässt. Die Gruppen selbst können dabei so weit wie möglich versuchen, ihre finanzielle Eigenständigkeit als langfristiges Ziel umsetzen. Damit dies erfolgreich gelingt, bietet eine Dachgenossenschaft professionelle Unterstützung im Hinblick der Erfassung der unterschiedlichen Bedarfe, Potentiale und Rahmenbedingungen für eine schrittweise Umsetzung verschiedener gruppenspezifischer Wohnprojekte.

● Bisherige Projekte suchen bei der Umsetzung ihrer Projektidee immer wieder nach einer Lösung des selben Problems – geringe finanzielle Mittel gepaart mit einem hohen Grad an Eigenorganisation und einem hohen Anspruch an Autonomie und Eigenverantwortlichkeit – im Prinzip eine gute Voraussetzung für genossenschaftliches Handeln. Dafür bietet eine Dachgenossenschaft nach dem gegenwärtigen Erkenntnissen, die besten Möglichkeiten.

● Ein gemeinsames Dach versetzt die darunter angesiedelten Projekte in die Lage, sich effektiver bzw. kostengünstiger zu verwalten und das Dach so als Träger für eine vielfältige lokale Infrastruktur zugunsten der Initiativen zu nutzen. Das bedeutet, sie stellt das Angebot einer Trägerstruktur als Servicebereich Genossenschaft für bestehende Projekte im Bereich Wohnungsverwaltung dar. Die lokalen Initiativen werden dabei mit einer möglichst weitgehenden Autonomie ausstattet. Gleichzeitig entsteht ein wirtschaftlicher Unterbau für neue Initiativen, für die die Übernahme bebauter oder neu zu bebauender Grundstücke denkbar ist.

● Im Unterschied zu bestehenden Wohnungsgenossenschaften entsteht etwas Besonderes: die Aktivierung von zielgruppenspezifischen Interessen als besondere Chance der Genossenschaft. Dies geschieht, indem den verschiedenen Gruppen ermöglicht wird, ihre Bedarfe im Spannungsfeld der Wohnungsversorgung und »sozialen Angebote« abzudecken.

● Ziel des dachgenossenschaftlichen Konzeptansatzes ist es, Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, die dazu beitragen, dass Wohninitiativen bei Bestandserwerb und Wohnungsneubau bessere Startbedingungen vorfinden. Dies wird über die Entwicklung einer Dachgenossenschaft durch den Aufbau damit verbundener Unterstützungsstrukturen erreicht. Die verbesserte Vermittlung von Praxiswissen mittels einer Beratungsinfrastruktur ist dabei ebenso ein Ziel wie die Erprobung alternativer Finanzierungsformen zur Überwindung der Eigenkapitalschwäche von Genossenschaften und die Schaffung dauerhafter Bindungen über Erbbaurechte.

FORTSETZUNG VON SEITE 9

scher« Darlehen Grenzen gesetzt. Die Annahme von Eigenkapital bzw. die Gewährung nicht rückzahlbarer Gelder erfüllen hingegen die Voraussetzungen für diese Bankgeschäfte nicht.

Weiterhin wären für einen um Gelder werbenden Fonds aus Gründen des Anlegerschutzes gegebenenfalls die Vorschriften des Verkaufsprospektgesetzes zu beachten. Nach diesem sind unter bestimmten Voraussetzungen umfangreiche und kostenintensive Publikationen erforderlich. Unabhängig davon ist es aus haftungsrechtlichen Gründen zu empfehlen, bei öffentlich angebotenen Kapitalanlagen freiwillig Publikationen zu erstellen, die alle wesentlichen Angaben über die »Anlage« enthalten sollten.

Empfehlungen

Zur Initiierung eines Fondsmodells ist eine Anschubfinanzierung erforderlich, da die Einwerbung von ausreichenden Mitteln erhebliche Zeit in Anspruch nehmen wird und mit erheblichen Kosten verbunden ist. Aufgrund kreditrechtlicher Bestimmungen ist die Zusammenarbeit mit einem Kreditinstitut zu empfehlen, über das finanzielle Mittel leichter gesammelt bzw. weitergegeben werden können.●

Feiern und gut essen gehört immer dazu: Workshop der Beginen in Bielefeld

Schritte zur Dachgenossenschaft

Der Verschiedenheit persönlicher Wohnbedürfnisse und Interessengruppen entspricht die Vielfalt der denkbaren Konzepte, die unter einer Dachgenossenschaft Fuß fassen können. Mögliche Projekte reichen vom anspruchsvollen Wohnen im dritten Lebensabschnitt über familienfreundliches Wohnen mit Kindern zu günstigen Konditionen bis hin zu Projekten gemeinschaftlichen Wohnens, die auf eine soziale und kulturelle Mischung von Alt und Jung sowie auf ökologische Aspekte ausgerichtet sind. Das Grundmuster für den Aufbau eines Daches in vielen Städten und Regionen kann allerdings trotz dieser Vielfalt ähnlich aussehen:

1. Erarbeiten eines Konzeptentwurfs
2. Skizzierung sinnvoller Alternativen bzw. Differenzierungen
3. Aufbereiten erster Informationsmaterialien
4. Kalkulation der voraussichtlichen Umsetzungskosten
5. Projektplan für die Realisierung der Dachgenossenschaft
6. Gezielte Umsetzung●

QUALIFIZIERUNG

ProjektentwicklerIn für die Gründung von Wohnungsgenossenschaften

Wohnprojekte haben viel mit der Überzeugung und den Werten der ProjektinitiatorInnen zu tun. Insofern ist es neben fachlichem Wissen für die Vermittlung bzw. Initiierung von neuen Wohnprojekten wichtig, dass Personen zur Verfügung stehen, die selbst von dieser Idee überzeugt sind. Von ihnen gehen entsprechende positive Wirkungen in dem Sinne aus, dass mehr Menschen über Wohnprojekte als Möglichkeit bedarfsgerechter Versorgung nachdenken und zu diesen angeregt werden.

Die innova eG organisiert in Zusammenarbeit mit dem Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V. eine Qualifizierung zur ProjektentwicklerIn zur Gründung von Wohnungsgenossenschaften. Die Weiterbildung findet im Rahmen des EU-Programms EQUAL statt, so dass sie deren aufwendigen Abrechungsbedingungen unterworfen ist. Dies ermöglicht eine vergleichsweise preisgünstige Durchführung. Die Qualifizierung startet am 25./26.01.2007 in Kassel. Aufgrund der hohen Nachfrage und des kurzfristigen Planungszeitraums ist eine schnelle Anmeldung erforderlich.

Thema:	Qualifizierungsinitiative »Gründung von Wohnungsgenossenschaften – Qualifizierung für potenzielle Wohnprojektberater und Initiativträger«
TeilnehmerInnen:	15 bis 30 (bei größerer Zahl Anpassung der Veranstaltung)
Zeiten/Umfang:	Zeiten: Beginn: 25.-26.01.2007 Ende: 24.-25.05.2007 Veranstaltungen jeweils: Donnerstag: 17:30-22:00 Uhr Freitag: 08:30-12:15, 13:00-15:15 Uhr Umfang: 5 Veranstaltungen, 70 Stunden à 45 Min.
Kosten:	Teilnehmerbeitrag für FGW-Mitglieder 200 Euro für Nichtmitglieder 230 Euro für alle Kurse, zzgl. Unterkunft/ Verpflegung/Anreise
ModeratorIn/ DozentIn:	von innova eG, Teilnehmer der Fortbildung QuaGeno, Beratungs- und Dienstleistungsanbieter, evtl. Rechtsanwalt etc. weitere nach Bedarf
Raum:	Voraussichtlicher Seminarraum, Jugendherberge Kassel
Technik:	● Flipchart ● Moderationspapier ● Overheadprojektor ● Beamer ● Metaplan
Methoden:	Methodische Vielfalt: Seminar, Training, Workshop, Erfahrungsaustausch, Arbeit an konkreten Projekten
Protokoll:	Mitschrift eineR der Teilnehmerinnen oder Teilnehmer
Vorbereitung:	Fortbildung der Dozenten, Ausarbeitung von Unterlagen zur Genossenschaftsgründung, Beratung und Begleitung durch die innova eG und externe Berater und Fachleute im Rahmen der Fortbildung QuaGeno, Bedarfsabfragen der TeilnehmerInnen, Abstimmung des Bildungsbedarfes mit den Genossenschaftsinitiativen

Themen/ Inhaltliche Schwerpunkte:

Vorschlag

I. Unterschiedliche Typen und Strukturen von Wohnungs- und Dachwohnungsgenossenschaften
● Typologie von Dachwohnungsgenossenschaften nach dem Grad der Bindung der Einzelwohnprojekte
● Differenzierung nach Eigentumsverhältnissen
● Beispiele für Dachwohnungsgenossenschaften und Wohnungsgenossenschaften

II. Grundlagen und Vorgehensweisen zur Entwicklung der Geschäftsidee
● Einzelne Geschäftsideen und Leistungsbedarfe (Leistungsprogramm) der TeilnehmerInnen
● Zusammenführung der Geschäftsideen bzw. Leistungsbedarfe
● Differenzierung und Spezifizierung der Geschäftsidee mit unterschiedlichen Methoden
● Erarbeiten eines Geschäftsmodells mit Leistungsprogramm
● Herausarbeiten und Differenzieren von Voraussetzungen zur Durchführung des Geschäftsmodells
● Das Prinzip der Subsidiarität – Einbindung von Partnern

III. Die genossenschaftliche Rechtsform
● Rechte und Pflichten der Mitglieder
● Genossenschaftlichen Organe – Aufgaben und Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat
● Satzung, Inhalt und Aufbau
● Gründungsprozess, Gründungsdokumente, Gründungsversammlung
● Das Prinzip der Subsidiarität – Ausgliederung von Leistungsbereichen, Beispiele, Geschäftsmodelle, Rechtsformen, Zusammenarbeit zwischen Genossenschaft und Partnern

IV. Betriebswirtschaftliche Grundlagen
● Unternehmenskonzept – Aufbau und Bedeutung
● Kosten und Kostenrechnung
● Preisbildung und Kalkulation

V. Finanzierung
● Finanzierungsformen für Wohnungsgenossenschaften, speziell auch von Dachwohnungsgenossenschaften
● Eigenkapitalaufbringung und seine Bedeutung
● Spareinrichtungen und Möglichkeiten der Altersvorsorge in einer Dachwohnungsgenossenschaft
● Gewinnung von Fördermitgliedern
● Kreditfinanzierung am Beispiel KfW (Startgeld und Mikrodarlehen, Erwerb von Genossenschaftsanteilen)
● Fundraising
Erarbeitung eines zusammenhängenden Geschäftsmodells

VI. Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
● Marktforschung: Bedarfs- und Kundenanalyse
● Kunden gewinnen und betreuen
● Erarbeitung von Werbemitteln (Plakat, Flyer, Website)
● Mit der Presse arbeiten – für die Presse schreiben
● Eventmarketing am Beispiel einer Wohnprojekt-Eröffnung

VII. Gemeinschaftsbildung, Konfliktbearbeitung und Bewältigung
● Gemeinsinn-Werkstatt
● Teamkonflikte und ihre Bearbeitung
● Schiedsgericht – seine Möglichkeiten und Grenzen, Personelle Besetzung, vertragliche Grundlagen
● Möglichkeiten der Mediation

Information und Unterlagen:
Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V., Brehmstr. 1 A, 30173 Hannover, Tel.: 0511-4753273, Fax: 0511-4753 530, Email: info@fgwa

SOLIDARISCHE EXISTENZSICHERUNG

Gratisökonomie als radikal antikapitalistischer Weg

Gratisökonomie hat es zwischen den Menschen wohl schon immer gegeben. In der Familie, zwischen NachbarInnen und unter FreundInnen ist die Weitergabe von Dingen und die gegenseitige Hilfe ohne Tausch seit jeher ein fester Bestandteil der Beziehungen.

Jens Herrmann, Berlin ● Doch auch jenseits gegenseitiger Hilfe, die auf dauerhaften sozialen Netzwerken basiert, gibt es eine Reihe von Kooperationsbeispielen, die dem Prinzip der Gratisökonomie folgen. Gratisökonomie bedeutet in diesen Projekten nicht nur, dass kein Profit erwirtschaftet wird. Vielmehr versuchen diese Projekte den radikal antikapitalistischen Weg, eine Geld- bzw. Tauschwirtschaft komplett auszuschließen. In ihnen soll nicht mehr das Prinzip, »wer gibt, der / die bekommt« gelten. Vielmehr stehen die Bedürfnisse der Menschen und ihre direkten Kooperationen im Zentrum der Projekte.

Die wohl in den letzten Jahren sichtbarsten Projekte dieser Gratisökonomie sind die zahlreichen Umsonstläden, die sich in ganz Europa gegründet haben. Hier können Menschen brauchbare Dinge abgeben und andere diese mitnehmen, unentgeltlich und für den eigenen Gebrauch. Die OrganisatorInnen der Läden sind meist unentgeltlich tätig und vielen Umsonstläden geht es darum, eine praktische Alternative zum kapitalistischen Marktprinzip aufzuzeigen.

Doch neben den Umsonstläden werden auch eine Reihe anderer Gratisprojekte aufgebaut. In Berlin entsteht seit einigen Monaten das sogenannte »Umsonstnetzwerk« (www.umsonstnetzwerk.de.vu). Gratisökonomisch wirtschaftende Initiativen von der Brotaufstrichskooperative »broop« bis hin zu interessierten Einzelpersonen bilden das Netzwerk. Gemeinsam bauen sie einen Projektraum an der »Offenen Uni Berlins« aus, wo ebenfalls regelmäßige Projekttreffen stattfinden. Zusätzlich macht eine Internetseite die Aktivitäten des Netzwerks transparent. Ziel des Umsonstnetzwerkes ist es, »die Vereinzelung und den ökonomischen Druck der Einzelnen zu mindern, indem Bedürfnisse eher durch das Netzwerk abgedeckt werden« als über den Markt, ist auf der Internetseite zu lesen. So vermittelt die »sozial allgemeinnützige Organisation LiberaComida« Tips und Know-how, wo und wie mensch kostenlos an Bio-Lebensmittel kommt. Eine Liste von Bioläden, Märkten, Bäckereien und Gärtnereien hilft, Kontakte zu Betrieben aufzunehmen, welche kostenlos unverkäufliche Lebensmittel abgeben. Sehr hilfreich kann auch die Wissensbibliothek »SelbstorgaWissenBerlin« sein. Hier finden die LeserInnen Tipps von Fahrrad-Selbsthilfewerkstätten über Verschenkbörsen bis hin zum kostenlosen Fotolabor.

Wer die Kooperation noch weiter intensivieren will, kann zudem Mitglied in einer sogenannten »NutziGem« werden. Auf der Internetseite »www.nutzigems.org« haben sich inzwischen NutzerInnen und Kooperationsgemeinschaften in Berlin, Dresden, Stuttgart und Göttingen gegründet. Sie bieten sich gegenseitig zum Ausleihen Dinge vom Akkuschrauber bis zum Fahrradanhänger, wie auch beispielsweise tatkräftige Hilfe bei Computerproblemen oder Beratungen zur Vereinsgründung an. Beim Aufbau des Softwaresystems wird noch kompetente Unterstützung gesucht.

Viele gratisökonomische Projekte sind derzeit vor allem von jungen Menschen getragen, die sich oftmals auch in mehreren Projekten gleichzeitig engagieren. Eine intensive Partizipation am gratisökonomischen Alltag setzt jedoch auch voraus, dass die Menschen genügend frei verfügbare Zeit haben. Wer Vollzeit arbeitet und viele andere Verpflichtungen hat, wird Schwierigkeiten haben, sich an weiteren Projekten zu beteiligen. Um andere Sicherheiten aufzugeben, sind die Gratisvernetzungen jedoch noch zu klein und ihre Verlässlichkeit oftmals zu gering. Die große Hoffnung der Gratisinitiativen liegt also folglich bei all denen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit oder bewusstem Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft über ein großes Potential an Zeit, Wissen und Energie verfügen, um es in die freie Kooperation der Projekte und Individuen einzubringen.

Menschen die von kargem Arbeitslosengeld II leben müssen, können in den Projekten der Gratisökonomie den ökonomischen Druck erheblich reduzieren und einen großen Teil ihrer Reproduktion auf alternativem Wege bestreiten. Eine solche Kooperation ist zwar noch keine wirkliche Alternative zum Markt, doch stellt sie eine Ergänzung dar, die darüber hinaus wichtiges Knowhow über direkte Kooperation und Formen alternativer Ökonomien jenseits von Markt und Geld entwickelt. Dieses Know-how droht in Zeiten sich verschärfender Marktverhältnisse und fortschreitender Individualisierung und Vereinzelung ohnehin verloren zu gehen.●

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

TAUSCHRINGE WERBEPLATTFORMEN FÜR REGIONALGELD-INITIATIVEN?

Tauschringe und Regiogeld

Der Zeit-Tausch wird derzeit ansatzweise in vielen Orten durch den Regionalgeld-Gedanken vereinnahmt. Hierbei wird der innovative und soziale Charakter der Zeit-Tauschringe vollkommen außer Kraft gesetzt und viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer ziehen sich enttäuscht zurück.

von Dagmar Capell, Tauschring Harburg ● Der reformerische Gedanke des Zeit-Tauschens findet bisher in der Gesellschaft sehr viel Anerkennung und Zulauf. Nach wie vor werden neue Tauschringe gegründet – von Privatpersonen genauso wie von Institutionen. Das Potential, das im Zeit-Tauschring steckt, überzeugt: Eine gleichwertige Art der Zeit-Bewertung von Leistung mit dem Ziel, dass alle Menschen mit ihren Fähigkeiten Anerkennung erhalten können, unabhängig von Geldbeutel oder sozialem Status. In der Zeittauschring-Theorie steckt viel ausbaufähiges soziales und auch wirtschaftliches Potential.

In der Realität jedoch haben fast alle Tauschringe mehr oder weniger Probleme, die allerdings oft erst nach mehreren Jahren offensichtlich werden. Beispielsweise seien hier Organisationsfragen, wenig Tauschaktivitäten oder Aktive, mangelhafte Buchführung, Demokratie oder die allgegenwärtigen zwischenmenschlichen Probleme unserer Gesellschaft genannt. Mehrere ehemals sehr aktive Tauschringe kränkeln oder haben ihre Arbeit eingestellt. Die Gründe hierfür sind im Einzelfall vielfältig, oft mangelt es an Verbindlichkeit, Aktiven und Strukturen.

Eine Problemlösung erhoffen sich einige Tauschringe in einer Kooperation mit einer Regiogeld-Initiative, selten wird ein Tauschring sogar ganz auf Regiogeld umgestellt. Durch die »Heilsversprechen« beworben, hofft man auf weniger Verwaltung/Bürokratie, eine Aktivierung der Mitglieder, attraktive Zusammenarbeit mit Gewerbe usw. Das eigentliche Ziel des Tauschringes wird hierbei außer Acht gelassen, vielleicht wurde es auch nicht immer genügend diskutiert und formuliert.

Tauschring und Regiogeld sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe: Ein Zeit-Tauschring setzt direkt bei den Fähigkeiten eines jeden Menschen an und schafft Verrechnungseinheiten durch Arbeit, das Regio-Geld fördert die Wirtschaft der Region und ersetzt den internationalen Euro durch regionale Währung, das Regiogeld. Es handelt sich um zwei unterschiedliche Wege, die unterschiedliche Ziele ansteuern. Eine Vermischung beider Wege bedeutet zwangsläufig, dass das Ziel der Tauschringe nicht mehr angesteuert wird.

Wenn ein Zeit-Tauschring mit Regiogeld kooperiert, bedeutet dieses auch, dass mit Euro billige Leistung erkauft werden kann. Die innovative Grundlage der Zeittauschringe, dass ihre Währung nämlich nicht konvertierbar ist, dass Verrechnungseinheiten nicht in Euro getauscht werden können, geht verloren und mit ihr der Wert der Zeit-Verrechnungseinheiten und der soziale Sinn des Tauschringes!

Tauschring-Währung ist Buchgeld und entsteht alleine aus der erbrachten Leistung, also durch uns selbst. Das Regiogeld hingegen ist nur im Tausch zum Euro erhältlich – die innovative Idee, vom Euro unabhängig zu sein, ginge den Tauschringen verloren. Auch der gesetzliche Rahmen wäre ein Anderer: Hilfe im Haushalt als ein Versprechen auf Gegenleistung wird im Allgemeinen als Nachbarschaftshilfe bewertet – Hilfe im Haushalt gegen Regiogeld oder Euro ist Schwarzarbeit, sofern es nicht gesetzlich gemeldet wird.

Ein offensichtliches Resultat einer Kooperation Tauschring – Regiogeld wäre, dass z.B. ein Gutverdienender seine Euros in Regiogeld tauscht und hiervon im Zeittauschring Leistung erkauft, die nach dem Zeittauschring-Prinzip eigentlich nur im gleichwertigen Tausch untereinander erhältlich sein sollte. Weiterhin hat jede derartige Vermischung auch rechtliche Folgen und beeinträchtigt das Vertrauen der Tauschringe untereinander: Wenn z.B. Teilnehmer der bundesweiten Verrechnungszentrale »Ressourcen-Tauschring« ihre Tauschwährung in Regiowährung wechseln, sind alle anderen mit betroffen.

Für Tauschringe ist es unabdingbar, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer untereinander Vertrauen aufbauen, unsere Währung basiert ja auf diesem Vertrauen. Solch ein Klima zusammen mit der vorhandenen potentiellen Bereitschaft für eine alternative Währung macht Tauschringe zu einer idealen Werbeplattform für Regionalgeld-Initiativen.

Die Veranstalter des Bundestreffens 2003 in Bad Aibling haben durch ihre Themen- und Referentenauswahl der Verbindung »Tauschring und Regionalgeld« erstmals einen offiziellen Charakter gegeben. Fortgesetzt wird dieser Trend durch die aktuelle Art der Ankündigung zum ersten Treffen der deutschsprachigen Tauschringe Anfang November 2006 in Wangen. Hierdurch wird aktiv und bewusst ein Prozess unterstützt, der viele Tauschringe in ihrer Existenz gefährdet. Einer der Hauptakteure beider Veranstaltungen ist auch in der Arbeitsgruppe »Tauschringe im Dialog« aktiv und bewirbt aktuell, Talente in Regiogeld zu tauschen. Es bleibt abzuwarten, wie die Arbeitsgruppe mit diesem nicht zu unterschätzenden Interessenskonflikt umgeht.

Auffallend ist, dass derzeit in mehreren Tauschringen Einzelpersonen sehr engagiert die Themen »alternative Währung, Lokalökonomie, Regiogeld« ins Gespräch bringen und – soweit es ihnen gestattet wird – dieses auch in der Marktzeitung oder auf der Internetseite bewerben oder gar im Tauschring das Regiogeld einführen. Oft kommt es sogar zu einer »Übernahme«, ohne dass die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich zu wehren wissen. Da fehlen Informationen, Interesse und Argumente, es fehlen verbindliche (Entscheidungs-)Strukturen im Tauschring und vor allem fehlen sehr oft Zeit, Energie oder Wille, sich dagegen zu wehren.

Gleichwohl ist der überwiegende Teil der Tauschring-Aktiven sich der Verantwortung für den Tauschring bewusst und handelt professionell: Sofern überhaupt ein eigenes Interesse an Regionalwährung und der Stärkung der lokalen Wirtschaft besteht, wird dieses nicht zwangsläufig auf den Tauschring übertragen. Es ist durchaus möglich, zwei Arten des lokalen Wirtschaftens zu unterstützen: einerseits der soziale, beim Menschen ansetzende Zeittausch und andererseits die lokalen Händler und Produzenten bei ihrer Vermarktung vor Ort – ob mit oder ohne freiwirtschaftlichem Interesse.

Tauschringe haben in über 10 Jahren gemeinsamer Treffen keine offizielle gemeinsame Lobbyarbeit organisiert. Niemand ist autorisiert, für die Tauschringe zu sprechen: also schweigen wir derzeit größtenteils und andere sprechen für uns. Auffallend ist, dass Regionalgeld-Referenten allerorts eine Verbindung zu Tauschringen betonen, gern auch gegenüber der Presse oder bei Vorträgen. Sie erläutern, was sie unter Tauschring verstehen; mit Zeittausch und dem sozialen Aspekt hat dieses selten zu tun. Ob aus Unwissenheit oder Absicht, sei dahin gestellt – die Folgen sind für das Modell der Zeittauschringe auf jeden Fall negativ. So wird manch Tauschring unabgesprochen und ungewollt von der neuen Regiogeld-Initiative vor Ort als Sympathieträger mit in die Werbung einbezogen und Gemeinsamkeiten öffentlich hergestellt, die es nicht gibt. Die aktive Regiogeld-Bewegung macht uns sehr deutlich, was die Tauschring-Bewegung bisher versäumt hat.●

POSTKARTEN GEGEN GENTECHNIK

»Drum prüfe, wer sich ewig bindet«

Bereits im April hat die Gruppe von 20 Ökolandbau-Nachwuchskräften aus Beratung, Kontrolle sowie erzeugernahen Verarbeitungs- und Vermarktungs-Organisationen eine Stellungnahme zum Thema Grüne Gentechnik veröffentlicht. Das Schreiben richtet sich insbesondere an Politiker. Hauptaussage ist: Gentechnik bedroht die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft und damit auch die persönliche und berufliche Zukunft der Trainees. Zugleich wird dadurch gerade die Form der Lebensmittelwirtschaft gefährdet, die den Herausforderungen einer dringend benötigten nachhaltigen Entwicklung am ehesten gewachsen ist.

Stefan Simon ● »Um die breite Öffentlichkeit zu erreichen, ist eine Stellungnahme nicht geeignet. Deshalb haben wir uns für eine originelle Form der Ansprache entschieden und mit eigenen Fotos Postkarten gestaltet«, sagt Bianca Borowski, Trainee beim Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) in Berlin. So sind nach mehreren Treffen und intensiver Nachtarbeit zwei Postkarten entstanden.

Die eine zeigt ein Hochzeitspaar auf dem vermeintlich gemeinsamen Weg in die Zukunft. Der Spruch »Drum prüfe, wer sich ewig bindet« verweist auf das Problem, dass ein harmonisches Zusammensein von Bräutigam (Gentechnik) und Braut (Landwirtschaft) nicht möglich ist: Der Einsatz der Agro-Gentechnik hat bislang zwangsläufig zu ungewollten Kontaminationen der gentechnikfreien Landwirtschaft geführt.

Die zweite Karte zeigt ein junges Paar, wie es unbefangener nicht sein kann. Darunter steht die Frage »Willst du mit mir GEN?«. »Sie scheint zwar leicht zu beantworten, soll jedoch genau auf die Tatsache hinweisen, dass die unbedachte Entscheidung für Gentechnik die langfristigen Auswirkungen nicht bedenkt«, beschreibt Bea

Fortsetzung auf Seite 12

THESENPAPIER

»Wo das Volk herrscht, geht der Mensch unter«

Demokratie ist zur Zeit das Lieblingsthema fast aller politischen Klassen, Strömungen, Parteien, sozialen Bewegungen und internationaler Politik. Mit seinem Buch will der Autor Keile in die Harmonie treiben: Ist Herrschaft des Volkes wirklich etwas so Gutes? Volk als konstruiertes, identitäres Subjekt existiert nur in Form seiner Stellvertretung. Wenn die dann herrscht »im Namen des Volkes« über die Menschen – was daran ist gut? Und wenn dann noch Bomben fallen, um die Demokratie weltweit zu exportieren – was unterscheidet diese Kriege von der Brutalität der Kolonialisierung und religiös motivierter Missionen bis Kreuzzüge früherer Zeiten?

Jörg Bergstedt: Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung 2006, SeitenHieb-Verlag in Reiskirchen (www.seitenhieb.info)
12 x 22 cm, 208 Seiten, 14 EUR
ISBN 3-86747-004-9
(ab 1.1.2007: 978-3-86747-004-9)

1. Die heutige Debatte über Demokratie ist eine über ihre vermeintlichen Defizite. Mit einer Schwemme von Büchern, Texten und Kommentaren zur Demokratie wird versucht, Fehler im System der Volks-Herrschaft zu finden, zu beschreiben, zu analysieren und zum Teil auch zu beheben. Die meisten AutorInnen fordern eine bessere Demokratie, etliche schlagen ihre eigenen Organisationen als Wegbereiterinnen zu dieser vor. Die Frage, ob nicht das System »Demokratie« selbst die Ursache sein könnte, also ob gerade ihr Funktionieren die Konkurrenz zwischen Menschen und Kollektiven, die internen Hierarchien und Abgrenzungen, die ständige Instrumentalisierung und Normierung sowie andere Probleme erzeugt oder verschärft, wird regelmäßig gar nicht gestellt. Das Unterlassen dieser grundsätzlichen Frage ist eine Ausblendung, die auch methodisch alle politischen oder wissenschaftlichen Abhandlungen über Demokratie fragwürdig erscheinen lässt, weil das Spektrum an Antworten künstlich eingeschränkt wird.

2. Demokratie beruht immer auf einer handlungs- und entscheidungsfähigen Einheit. Jenseits der teils gravierenden Unterschiede zwischen repräsentativer, direkter, Basis- oder Konsensdemokratie benötigen alle diese Systeme eine klare Abgrenzung derer, die die Entscheidungen treffen (dürfen), von denen, die nicht mitentscheiden dürfen. Es muss für jede Wahl genauso wie für jede Mehrheits- oder Konsensabstimmung geklärt sein, wer abstimmen darf und wer nicht. Folglich beinhaltet Demokratie unabwendbar auch eine Einteilung in Innen und Außen. Diese wiederum erzwingt Gremien oder Mechanismen, die die Grenze zwischen Innen und Außen festlegen. Dieses kann nur dann der später als »Innen« geltende, d.h. abstimmungsberechtigte Kreis von Personen sein, wenn er schon vorher wiederum an anderer Stelle definiert wurde – allerdings dann zwingend ohne irgendeine Legitimation des erst mit dem Akt gebildeten Kollektivs.

3. Kollektivbildung und kollektive Entscheidungsfindung erfordern die Bereithaltung von Durchsetzungsmitteln. Diese gewährleisten zum einen die Nichtbeteiligung der Personen, die als Außen definiert wurden. Zum anderen setzen sie die gemeinsamen Beschlüsse nach innen durch und definieren, wann eine zwangsweise Durchsetzung nötig ist und welche Mittel dabei eingesetzt werden. Dabei entstehen neue Privilegien und Methoden der Machtausübung, die in einer horizontalen Gesellschaft völlig verschwinden könnten. Bei der Auswahl der später mit besonderen Befugnissen ausgestatteten Personen setzen sich Menschen durch, die über höhere Durchsetzungspotentiale verfügen (Alter, Geschlecht, rhetorische Fähigkeiten). Die Erlangung von Ämtern mit formalem Machtpotential verstärkt folglich ungleiche Handlungsmöglichkeiten zwischen Menschen statt Horizontalität und Gleichberechtigung zu fördern. Gremien mit Kontroll- und Regelungsfunktion werden oft mit dem Hinweis auf Faustrecht, eine gewaltbereite Natur des Menschen oder dem notwendigerweise entbrennenden Kampf um Ressourcen legitimiert. Diese Betrachtung überzeugt nicht, da gerade dann, wenn diese Grundannahmen als wahr eingestuft werden, die in abgehobene Gremien aufrückenden Menschen solche Orientierungen mittels ihrer dann bestehenden Privilegien verstärkt ausleben könnten.

4. Die genannten zentralen Charakterzüge der Demokratie (handlungs- und entscheidungsfähige Einheit, Innen-Außen-Definition, Durchsetzung eines hergestellten Gesamtwillens – jeweils auch im Wandel der Anschauungen, Diskurse und der sie prägenden Eliten) sind in jedem Typus von Demokratie vorhanden. Die heute diskutierten Formen sind daher gegenüber der dominanten Variante der repräsentativen Demokratie nur Abweichungen im Detail. Zudem bieten sie – jeweils ohnehin nur im Detail – nicht nur zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten, sondern schaffen auch neue Gefahren. So verschärfen jene Reformvorschläge, die eine größere Mitwirkungskraft der Einzelnen im kollektiven Entscheidungsgang vorsehen, die Herausbildung der kollektiven Einheit und der notwendigen Grenzziehung zwischen dem Innen und Außen, indem sie über die ständige Einbindung der Einzelnen in den gemeinsamen Entscheidungsprozess das »Wir«-Gefühl steigern und das klare, oppositionelle »Nein« unter Androhung des Ausschlusses aus dem »Innen« gestellt ist.

5. Abstimmungen und Wahlen gehören in allen Formen der Demokratie zu den wichtigsten Elementen. Entsprechend sind die Abläufe stark ritualisiert und verregelt. Propagandistisch werden solche Ereignisse als besonders entscheidende Vorgänge in der Praxis von Gemeinschaft aufgeladen. Das zieht eine starke Fixierung auf diese zentralen Akte kollektiver Entscheidungsfindung nach sich, die eine fehlende Selbstorganisierung von Menschen verschleiern und horizontale Begegnung zum unwichtigen Nebenereignis abstempeln.

6. Mit dem Bezug auf den Gesamtwillen als moralisch höherwertige Quelle von Handlungsnormen ist die Demokratie eine Weiterführung religiöser Orientierungen. Das Volk tritt an die Stelle des Gottes und wird nun als Ausgangspunkt des Guten und Machtvollen benannt. Wie beim Bezug auf Gottes Wort wird der Wille des Volkes bzw. das demokratisch Legitimierte als das Gute vom anderen, dem Bösen abgegrenzt. Das Böse kann bekämpft werden. Zudem erhielten und erhalten in religiösen Gemeinschaften einzelne Personen und Gremien eine große Machtfülle aus der Behauptung, im Namen des höheren Willens (Gott oder eine andere transzendente Quelle) zu sprechen. In gleicher Weise beziehen sich heutige Regierungen, VolksvertreterInnen, RichterInnen und andere auf das Volk als höheren Willen. In beiden Fällen steigert der Glaube an die höhere Instanz die Bereitschaft zur Unterwerfung bei denen, die nicht im Namen des Höheren auftreten.

7. In ähnlicher Weise wie sich die Typen einer Demokratie nur im Detail unterscheiden, sind auch Monarchie, Diktatur und die Demokratie lediglich verschiedene Formen von Organisierung und Steuerung kollektiver Systeme bei weitreichender Übereinstimmung der wichtigsten Merkmale. So existieren Recht und Rechtsprechung, Polizei und Armeen, Eigentumssicherung und nationale Abgrenzung, Verwertungs- und Profitzwang in allen bestehenden Gesellschaftsformationen. Die Gewaltenteilung ist überall eine reine Fiktion und wird propagandistisch erzeugt. Zwar kann die Freizügigkeit für die einzelnen Menschen sehr unterschiedlich gestaltet sein. Das ist aber weniger davon abhängig, ob es sich um eine Demokratie, Monarchie oder Diktatur handelt, als vielmehr davon, welchen Grad autoritärer Zuspitzung das jeweilige System entwickelt. Der zentrale Unterschied zwischen den Systemen reduziert sich auf den Mechanismus, wie die Ausführenden der Herrschaft ausgewählt werden.

8. Die konkreten Strukturen der bestehenden Demokratien in Staaten, Institutionen, Verbänden und sozialen Zusammenhängen weisen zudem stark oligarche Züge auf. Die Führungspositionen, seien sie durch formalisierte Vorgänge besetzt oder als herrschende Elite informell entstanden, können nicht gleichberechtigt von allen Menschen eingenommen werden. Mehrfach gestufte Verfahren bei der Auswahl von EntscheidungsträgerInnen machen direkte Mitsprache und horizontale Organisierungsmodelle unmöglich. In vielen Fällen sind Hierarchien und Stellvertretung sogar durch Gesetze vorgeschrieben, z.B. in Partei-, Vereins- und Wirtschaftsgesetzen. Demokratie ist daher im Wesentlichen eine Oligarchie, in der sich vor allem die Mechanismen der Auswahl Weniger geschichtlich gewandelt haben.

9. Eine Alternative entsteht erst dann, wenn zentrale Steuerung, Kontrolle, Repräsentation und kollektive Einheit als solche in Frage gestellt werden. Angesichts der Fülle offener und versteckter Dominanzen in jeder kollektiven Entscheidungsstruktur kann eine herrschaftsfreie Gesellschaft nur als offenes System entwickelt werden, in dem sich Menschen horizontal, ohne formale, feststehende Regeln oder anders verfestigte Privilegien begegnen. Eine solche Gesellschaft wäre eine Vielfalt, die schon deshalb nicht als Kollektiv handlungsfähig wäre, weil es keine Legitimation gäbe, im Namen des Ganzen aufzutreten und für alle zu sprechen.

10. Der Weg zu einer solchen offenen und horizontalen Gesellschaft bestünde aus einer Vielzahl und Vielfalt von Experimenten, in denen auf kleinem Raum oder in sozialen Netzen, die Teil des offenen Ganzen wären, die Prinzipien von kollektiver Einheit, zentraler Steuerung und Privilegien abgeschafft würden. Bestandteil solcher Experimente sollte der horizontale Zugriff auf alles Wissen und alle Ressourcen sein, gleichzeitig aber sollte der Rahmen so offen sein, dass sehr unterschiedliche Versuche gleichzeitig gestartet werden können. Mit dieser Umsetzung visionärer, d.h. über heutige Handlungsformen hinausweisender Ideen bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der Ansätze durch ein konkretes Tun und Reflektieren der Erfahrungen muss eine widerständige Orientierung verbunden sein. Sie muss sich notwendigerweise gegen kollektive Identität, kollektive Handlungsweise und Stellvertretung, ebenso aber auch gegen jede zentrale Kontrolle und Steuerung richten. Widerstand und Vision, Praxis und Theorie verschmelzen so zu einer voranschreitenden Strategie gesellschaftlicher Intervention.●

Verfasst am 23. Oktober 2006 in der Projektwerkstatt Saasen

ReferentInnen gesucht? Mehr Infos bitte?
Wer Kontakt sucht zum Autor dieser Thesen und des genannten Buches oder zu anderen ReferentInnen in Themengebieten wie Demokratiekritik und herrschaftsfreien Utopien, kann sich informieren oder melden bei:
- Infotelefon des SeitenHieb-Verlages: 0700-73483644
- Mailkontakt: autorinnen@seitenhieb.info
- Themenangebote und mehr auch unter www.vortragsangebote.de.vu

Eine Seite mit etlichen Texten und Zitaten zur Demokratiekritik ist unter www.demokratie-total.de.vu zu finden.

FORTSETZUNG VON SEITE 11

Marx, Trainee beim Büro Lebensmittelkunde & Qualität in Oberleichtersbach, die Intention der Postkarte.

Auf den Rückseiten finden sich jeweils drei unterschiedliche Aussagen zur Gentechnik, die sowohl aufrütteln, informieren als auch motivieren sollen, selbst gegen Gentechnik aktiv zu werden. Eine Frage ist z.B. »Wusstest du schon, dass gentechnisch veränderte Erbsen bei Mäusen Lungenentzündung hervorgerufen haben?«. Auf der Homepage der Trainees bei der Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) sind weiterführende Informationen zu finden: www.soel.de/projekte/tr_postkartenaktion_2006.html

»Vorrangig sollen die Karten Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen, die mit der Gentechnikproblematik bisher nicht oder nur wenig vertraut sind«, erklärt Susanne Plaumann, Trainee beim Bioland Landesverband Niedersachsen. »Die Verteilung der Karten übernehmen wir deutschlandweit selbst, indem wir sie in Kneipen, Kinos und an Universitäten auslegen.«

Die gesamte Konzeption, Umsetzung und Gestaltung geschah durch die Gruppe mit ehrenamtlicher Unterstützung einer Graphikerin aus Dresden. Die Bio-Verbände Gäa, Demeter, Bioland, die SÖL sowie der BÖLW unterstützen die Aktion finanziell.

Stefan Simon, Trainee bei EkoConnect e.V. in Dresden, fasst die Aktion mit einem Blick in die Zukunft zusammen: »Wir Trainees erhoffen uns damit, humorvoll auf ein aktuelles und brisantes Thema hinzuweisen, dass gerade unsere Generation leider in Zukunft noch massiv beschäftigen wird. Jede Postkarte kann dazu führen, dass junge Menschen mit offeneren Augen durch die Welt gehen.«●

G8 Proteste: Demonstrationen nach Heiligendamm geplant

Dissent-Treffen in Osnabrück

Mit mehreren sternförmigen Demonstrationen planen Globalisierungskritiker im kommenden Jahr während des Treffens der G8 in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni 2006 direkt am Ort des Geschehens zu protestieren. »Wir werden ein klares Signal setzen, dass dieses Treffen illegitim ist. Das wollen wir direkt in Heiligendamm deutlich machen,« so ein Aktivist am Rande des »Dissent!-Treffens« in Osnabrück.

camp06-presse ● Aktivistinnen und Aktivisten des Dissent-Netzwerks gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm hatten sich Ende Oktober getroffen, um sich über die geplanten Aktionen auszutauschen. Neben der Demonstration am Donnerstag, den 7. Juni, sind für die Anreisetage der Delegierten mehrere Blockaden geplant. »An den Gipfeltagen werden wir mit dezentralen Blockaden unberechenbar und kreativ das Treffen behindern,« sagte Hedwig Müller, ebenfalls im Dissent!-Netzwerk aktiv. So sind u.a. mit der Bürgerinitiative FREIe HEIDe Aktionen sowohl am Bombodrom in Wittstock/Dosse wie auch am Militär-Flughafen Rostock-Laage geplant.

Um unberechenbar und spontan sein zu können, plant die Gruppe »action bikes« massenhaft Fahrräder in die Region zu bringen. »Mit Fahrrädern werden Feld- und Waldwege befahrbar, die für den Autoverkehr unpassierbar sind,« so ein Aktivist der »action bikes«. »Seit Bestehen dieser informellen Treffen der selbsternannten Chefs gab es immer internationale Proteste. Das wird auch in Heiligendamm nicht anders sein.« So habe die Infotour AG inzwischen 140 Veranstaltungen in 21 Ländern durchgeführt und es haben sich weitere Infotour- und Dissent-Gruppen in Schweden, Schweiz, Niederlanden und England gegründet.

Bereits vor dem Gipfeltreffen wird sich eine antirassistische Karawane von München aus nach Heiligendamm aufmachen. Am Montag, den 4. Juni, ist eine Aktion unter dem Motto »Für Globale Bewegungsfreiheit – Gleiche Rechte für alle!« geplant. Für das Thema Globale Landwirtschaft kündigten AktivistInnen ebenfalls mehrere Aktionen im Vorfeld an.

Ebenfalls in den Monaten vor dem Gipfel werden sich mehrere internationale Fahrradkarawanen auf den Weg nach Heiligendamm machen und auf der Strecke offensiv für eine widerständige und ökologischen Lebensweise werben. »Die G8 vertreten eine Politik, die hohen Energie-Verbrauch als Voraussetzung für Wohlstand sieht. Wir wollen mit unserer Karawane zeigen, dass sich auch ohne die Umwelt zu zerstören selbstbestimmt leben und reisen lässt. Im Jahre 2002 kamen 47% der CO_2-Emissionen aus den G8-Ländern, obwohl sie nur 14% der Weltbevölkerung stellen,« sagte Petra von der Fahrrad-Karawane.«

Um diesen Gipfel zu schützen wird ein Zaun gebaut, der für die Länge von 13 km und Höhe von 2,50 m 10-15 Mio. Euro kosten wird. Die Aktivisten und Aktivistinnen der »Clown Army« begrüßten diesen Schritt und kündigten an, selbst den Schutz des Zauns zu verstärken, um zu verhindern, dass die selbsternannten Herrscher dieser Welt« noch mehr Schaden anrichten.●

SUBJEKTE DER GESCHICHTE SIND SELBST GESCHICHTLICHE SUBJEKTE (TEIL 2)

Soziale Bewegung und Erinnerung

Von Thomas Seibert

Im Kampf um die Vergangenheit, wie er in der Bewegung vor allem der 70er Jahre geführt wurde, lassen sich grob zwei Parteien ausmachen: die »Antiautoritären« und die »Traditionalisten«. Ich sage grob, weil die Brüche und die Übergänge im einzelnen verwickelter sind und weil es mir nicht darum geht, von heute aus den Akteuren von damals vorzurechnen, wie sie es besser hätten machen sollen. Beide Parteien kämpften um die Deutung des Faschismus, des Nachfaschismus und des Erbes der sozialen Bewegungen, die durch Faschismus und Nachfaschismus vernichtet wurden. Beiden ging es um die Überwindung des Faschismus und darin um die Rettung des Erbes der damals verlorenen Kämpfe. Beide wollten, wie eben schon gesagt, das Fortwirken des Faschismus durch die Fortsetzung der sozialen Revolution brechen.

Traditionalisten & Antiautoritäre

Dabei versuchten die Traditionalisten, unmittelbar an die vom Faschismus unterbrochene Vergangenheit anzuknüpfen. Sie entliehen der Vergangenheit die Formeln ihrer eigenen Praxis, sie borgten sich ihre Rhetorik, ihre Symbolik, ihre theoretischen Diskurse und ihre Organisationsweisen aus dem Überlieferungsbestand der deutschen Kommunistischen Partei der 20er und 30er Jahre. Die Spaltungen im traditionalistischen Lager wurden entlang von Spaltungslinien aus der Geschichte der KPD und der weiteren kommunistischen Bewegung begründet, auf Auseinandersetzungen auf dem einen oder anderen Parteitag zurückbezogen.

Die Antiautoritären gingen umgekehrt vor und versuchten, dasselbe Erbe im Licht der eigenen Praxis zu retten. Doch auch sie wählten sich ihre historischen Referenzen und versuchten deshalb, das Erbe der Linken Opposition innerhalb und außerhalb der KPD anzutreten, das Erbe Rosa Luxemburgs, Otto Rühles, Hermann Gorters, Anton Pannekoeks, der Kritischen Theorie und das Benjamins.

Die Grobheit der Unterscheidung von »Traditionalisten« und »Antiautoritären« noch einmal zugegeben, möchte ich keinen Zweifel daran lassen, meinerseits vom Erbe der Antiautoritären beansprucht zu sein. Das aber führt mich umstandslos zu den eigentlich brisanten Fragen: Was qualifiziert den antiautoritären »Tigersprung ins Vergangene« vor dem, den die Traditionalisten versuchten? Was macht den einen Sprung zur Farce, und den anderen – vielleicht! – zur historisch angemessenen Deutung »einer Erinnerung (...), wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt«? Und, gesetzt diese Fragen ließen sich beantworten, woran scheiterten, zuletzt, die antiautoritären?

Solange sich die soziale Bewegung der Jahre nach '68 primär als antiautoritäre Bewegung verstand, wollte sie unmittelbar Teil einer – so Rudi Dutschke wörtlich auf dem Vietnam-Kongress von 1968 – »Globalisierung der revolutionären Kräfte« sein: »Jede radikale Opposition gegen das bestehende System, das uns mit allen Mitteln daran hindern will, Verhältnisse einzuführen, unter denen die Menschen ein schöpferisches Leben ohne Krieg, Hunger und repressive Arbeit führen können, muss heute notwendigerweise global sein. Diese Globalisierung der revolutionären Kräfte ist die wichtigste Aufgabe der ganzen historischen Periode, in der wir heute leben und in der wir an der menschlichen Emanzipation arbeiten. Die Unterprivilegierten in der ganzen Welt stellen die realgeschichtliche Massenbasis der Befreiungsbewegungen dar; darin allein liegt der subversiv-sprengende Charakter der alternationalen Revolution.« Am Ende dieses Prozesses stand die Integration der Mehrheit der Neuen Sozialen Bewegungen in einen nationalstaatlich beschränkten Modernisierungsprozess, dessen konkrete historische Organisation, die Grüne Partei, den ersten deutschen Kriegseinsatz nach 1945 mitbefehligte.

Plakate von KriegsgegnerInnen anlässlich des von der Grünen Partei mehrheitlich befürworteten NATO-Angriffs auf Jugoslawien im März 1999

Die Reduktion der Revolte

Der Knacks, der Bruch, der den Neubeginn der Jahre um 1968 von dem erbärmlichen Ende trennt, von dem viele der Beteiligten ereilt wurden, resultiert meines Erachtens aus der Reduktion der Revolte auf den Raum der Nation, der sich mit dem des Staates deckt. Dies gilt nicht etwa nur für wesentliche Teile der Neuen Linken und der Neuen Sozialen Bewegungen in Deutschland, es gilt – in entsprechend unterschiedlicher Form – auch für die Revolution von 1917, für die sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien und Gewerkschaften. Und genau an dieser Stelle, das ist von zentraler Bedeutung, haben auch die Antiautoritären den Anspruch missverstanden, der aus der Vergangenheit an sie erging. Dieser Anspruch fordert nämlich nicht, fortzusetzen, was in den verlorenen Kämpfen gescheitert ist – das ist der Kern des traditionalistischen Missverständnisses – er verlangt umgekehrt: Den Versuch zu unternehmen, einzulösen, was denen, die uns vorausgingen, einzulösen nicht gelungen ist. Die Kämpfe der Vergangenheit aufzunehmen heißt deshalb zuerst, die Irrtümer zu kritisieren, an denen diese Kämpfe gescheitert sind. Die Kritik wird nicht geübt, um vor der Vergangenheit Recht zu behalten: sie wird geübt im Angesicht der eigenen Gefährdung.

Internationale Arbeiterassoziation

Zur Erinnerung: Die im September 1864 gegründete Internationale Arbeiterassoziation, die so genannte *Erste Internationale*, war ein Zusammenschluss von lokalen Bünden, Vereinen und Clubs und ging der Gründung nationaler Arbeiterparteien und Gewerkschaften voraus, zu der es erst kam, nachdem die Internationale am Streit zwischen Bakunin- und Marx-Anhängern zerbrochen war. Das Besondere und vielleicht gerade heute Beispielhafte der Ersten Internationalen bestand darin, dass sie Brücke zwischen der Organisation vor Ort und der internationalen Assoziation war und die national(staatlich)e Ebene gleichsam übersprang. Die 1889 aus der Spaltung der Ersten hervorgegangene Zweite Internationale wollte sich dem drohenden Ersten Weltkrieg noch 1913 durch einen internationalen Generalstreik entgegenstellen; ein Jahr später unterstützten ihre nationalen Sektionen, allen vorweg die deutschen Sozialdemokraten, die Kriegführung ihrer nationalen Regierungen. Die 1919 gegründete *Dritte Internationale* sollte ursprünglich die Permanente Proletarische Weltrevolution organisieren; als diese ausblieb, wurde sie zum Machtinstrument sowjetischer Außenpolitik.

Was in diesem Scheitern jeweils auch zur Entscheidung anstand, war das sozialistische oder kommunistische Politikverständnis. Die Entscheidung für die nationale Organisation war immer auch Entscheidung für den nationalen Staat, für eine Politik, zu deren Kern die Eroberung der Staatsmacht zählte, für, in Stalins Worten, den »Sozialismus in einem Land«. Der stets abgedrängte Internationalismus war demgegenüber wenn nicht staatsfeindlich so wenigstens staatsfern, auf den revolutionären Prozess selbst orientiert. Die Entscheidung für Staat und Nation war immer auch die Entscheidung für die sogenannte »Realpolitik« – für die Übernahme einer scheinbar zwingenden historischen Verantwortung, ja mehr noch: für die Erfüllung einer historischen Mission, eines historischen Auftrags. Sie war das, was der historische Fortschritt scheinbar zwingend vorschrieb. Realpolitik, Übernahme der historischen Verantwortung, Erfüllung der historischen Mission, Vollendung des historischen Fortschritts – all das schien auch der Neuen Linken der 60er Jahre geboten zu sein. Mehr noch: Der Konflikt zwischen utopisch-internationalistischem »Fernziel« und realpolitisch-nationalstaatlicher »Tagespolitik«, zwischen internationaler Solidarität und nationaler Organisation bestimmt auch die sozialen Bewegungen, die sich sichtbar und vernehmbar seit Seattle formieren.

Rudi Dutschke (links) am 14.10.1979 auf der Anti-AKW-Demo in Bonn Foto: Hans Weingartz

Nun lässt sich dieses Dilemma nicht einfach korrigieren wie eine verpfuschte Rechenaufgabe; und eine Lösung kann ich hier nicht einmal skizzieren, weil niemand sich anmaßen kann, ein für alle Mal zu entscheiden zwischen der Dringlichkeit der Tagesaufgaben, und der, hier und heute die Befreiung aller zu fordern. Festhalten will ich lediglich drei Dinge:

1. Emanzipatorische Politik kann nur eine internationalistische Politik sein, mindestens deshalb, weil es zum globalisierten Kapitalismus nur eine globale Alternative geben kann. Ein Neuer Internationalismus aber kann heute nur noch als gemeinsame Aktion auf der Grundlage selbstbestimmter Gegenseitigkeit verstanden werden – als Gegenseitigkeit eines globalen Demokratisierungsprozesses, der sich an den unterschiedlichsten lokalen und subjektiven Bedingungen entzündet und deshalb notwendig widersprüchlich sein und bleiben wird, und deshalb in sich selbst plural und demokratisch organisiert werden muss.

2. Mit der Orientierung am nationalen Staat muss das am Staatshandeln orientierte Politikverständnis überwunden werden, das in der Organisation der sozialen Bewegung den künftigen Staatsapparat vorwegnehmen wollte. Der globale Kapitalismus wurzelt nicht in einer Verschwörung der »Mächtigen« in Staat und Ökonomie, sondern im Ganzen der alltäglich gelebten Produktions-, Konsum- und Lebensformen, auch und gerade in dem, was man unverstanden so oft als »Zivilgesellschaft« bezeichnet. Die Globalisierung ist keine abstrakte Supermacht, sondern das gesellschaftliche Verhältnis, das auch uns selbst einschließt und das auch wir reproduzieren, in unserem alltäglichen Verhalten, unserer Lebensführung, in der Form unserer sozialen Beziehungen. Deswegen beginnt der Internationalismus mit einer widerständigen Selbstorganisation in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und mit dem alltäglichen Widerstand gegen das »nationale Interesse«.

3. Damit ist eine Neukonzeption des Solidaritätsbegriffs selbst verbunden. Traditionell zielte Solidarität auf die Vereinheitlichung und Vereinigung der Vielen, auf die Herstellung eines alle einzelnen umfassenden Bandes, sie wart deshalb ein Prinzip des Einschlusses, der Identität. Wenn ich dem entgegenhalte, dass Solidarität immer dem oder der Anderen gilt, dann meine ich damit in einem radikalen Sinn, dass sie dem oder der gilt, die nicht mir gleich sind, die nicht zur Gemeinschaft der Gleichen gehören. Sie ist damit kein Prinzip der Identität, sondern eines der Differenz, der Vielheit und nicht der Einheit. Deshalb ist die kommende Internationale nicht das, was alle Nationen einschließt und vereinheitlicht, sondern das, was aus den Nationen auf- und ausbricht, was sie durchquert und sich davonmacht, was ins Freie und Andere fortzieht. Sie ist die Internationale des Anderen. Der hier gemeinte Andere, besser die hier gemeinten Anderen sind nun aber auch und gerade diejenigen, die uns vorausgegangen sind. Der Internationalismus gilt deshalb nicht nur den Anderen jenseits der Nation, er gilt auch den Anderen diesseits der Gegenwart. Er nährt sich deshalb, wie Benjamin sagt, »an dem Bild der geknechteten Vorfahren, nicht am Ideal der befreiten Enkel.«

Neue Internationale

Wie schaffen wir diesen Internationalismus, diese *Neue Internationale*? Auch hier möchte ich, zum Abschluss, an die von neo-liberaler Ideologie täglich neu verdrängte Geschichte erinnern. Als sich Marx und Engels 1846 über den Sinn ihres eigenen Unternehmens verständigten, fanden sie die folgende, berühmte Formulierung: *»Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.«*

Ich bin mir nicht sicher, ob der Begriff des Kommunismus noch aktuell ist. Für die sich hoffentlich bald deutlicher zu Wort meldende Neue Internationale aber gilt wohl ebenso, dass sie kein »Zustand« sein darf, der hergestellt werden soll – d.h. keine bloße Utopie, und dass sie kein »Ideal« sein darf, »wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird«, d.h. kein bloß morali-

sches Postulat. Um herauszufinden, ob die *Neue Internationale* wirklich die »Bewegung« sein wird, »welche den jetzigen Zustand aufhebt«, bleibt uns nur eine Möglichkeit: uns an dem zu beteiligen, was auf eine solche Bewegung hindrängt, uns selbst auf diese Bewegung einzulassen, in all ihren Widersprüchen, in all ihrer Brüchigkeit. Nichts garantiert den Erfolg dieser Bewegung, ihr liegt kein weltgeschichtsmächtiges Supersubjekt zu Grunde, dass sich nur seiner selbst bewusst werden müsste. Nichts garantiert, dass eine solche Bewegung nicht neue Fehler, neue Irrtümer, auch neue Verhängnisse produzieren wird. Nach Jahrhunderten eines Fortschritts allerdings, dessen katastrophaler Charakter jeden Tag krasser hervortritt, ist eines hoffentlich deutlich geworden: In den Revolten sozialer Bewegung geht es nicht darum, die Geschichte voranzubringen, sondern darum, den Lauf der Geschichte zu unterbrechen.●

Teil 1 erschien in Contraste 266.

Thomas Seibert ist u.a. Redakteur der politischen Halbjahreszeitschrift fantomas

Bilder der Bewegung

Das *Internationale Institut für Sozialgeschichte* (IISG) in Amsterdam ist bekanntlich eines der größten Archive zur Sozialgeschichte und zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Es hat – neben unüberschaubaren Mengen schriftlicher Zeugnisse über eine Million Fotografien und 100.000 Plakate in seinem Bestand. Huub Sanders (unter Mitwirkung von Els Hiemstra-Kuperus) suchte nun 527 davon aus und veröffentlichte sie in einem durchgängig vierfarbig gehaltenen Band. Sanders will keinen enzyklopädischen Überblick über soziale Bewegungen geben, dies wäre wohl auch ein nahezu aussichtsloses Unterfangen, sondern einen kleinen Einblick in die Sammlung ermöglichen. Der Text des Bandes ist in englischer und niederländischer Sprache. Die Bilddokumente zeigen Fotos, Mitgliedsausweise, Eintrittskarten, Anstecker, Fahnen, Postkarten, Plakate aus der ganzen Welt: von Indonesien über die Niederlande bis zu den USA oder Polen. Der Zeitraum umfasst die letzten ungefähr 140 Jahre. Dabei werden weniger die Ikonen der linken Bildsprache und -geschichte präsentiert, wie etwa die roten Fahnen oder das Bild von Che Guevara, das eben mehr war, als nur ein Foto eines Mannes mit einer Mütze. Solche Bilder kommen vor, wie auch die mit den drahtigen und dynamischen jungen Männern, die für die russische Revolution oder die spanischen Republikaner in den Kampf ziehen, den Großteil machen aber unspektakuläre Bilder von Hausbesetzungen oder Streiks oder von Plakaten, die zu ebensolchen aufrufen, aus.

Gezeigt werden dokumentarische Fotos, etwa von Streiks und Versammlungen wie auch gestellte Fotos von Kongressen oder Arbeiterkooperativen. Ebenso umfangreich sind die absichtsvoll gestalteten Mittel der Öffentlichkeitsarbeit linker Parteien und Bewegungen präsentiert, hier reicht das politische Spektrum von den Wandzeitungen des Pariser Mai 1968 bis zu Plakaten, die zur Beachtung von Arbeitssicherheitsrichtlinien aufrufen. Ja, es werden sogar die Außenfronten der Büros spanischer AnarchistInnen abgebildet. Der Band zeigt eindrucksvoll die lange Geschichte sozialer Kämpfe und ihre inhaltliche Vielfalt. Angesichts der Kosten für seine Gestaltung ist er vermutlich sogar noch relativ preiswert.●

Bernd Hüttner

Huub Sanders (Hg.): Images of Inspiration, A documentary on social movements based on images from the collection of the International Institute of Social History, Amsterdam 2005 (Aksant Academic Publishers), 328 Seiten, 25 EUR

Leitkultur und Parallelgesellschaft

Schon die Form des Buches ist ein Grund zum Lob: Eine unterhaltsame und anregende Mischung aus Beispielen und kleinen Anekdoten einer Gesellschaft, die nur in den Phantasien der Leitkulturprediger einheitliche kulturelle Wurzeln hat. Zwischen den kursiven Texten zerlegt der Autor in übersichtlichen Texten, mit vielen Zitaten und einigen Zahlen den Mythos des »Deutschen«, der germanischen Herkunft und des heutigen Brauchtums. Statt der Mythen finden sich ganz andere Grenzen und Gräben in den Gesellschaften, die das Stück Land auf diesem Globus besiedeln, das Deutschland bezeichnet wird. Als Parallelgesellschaften werden verschiedene Entwicklungen, Entfremdungen und Isolationen beschrieben, die weitaus prägender sind als alles, was nur mit vielen Kunstgriffen und großer Mühe als »deutsch« bezeichnet werden könnte.●

Jörg Bergstedt

Nowak, Jürgen: Leitkultur und Parallelgesellschaft. 2006, Brandes&Apsel in Frankfurt, 176 S., 14,90 EUR

Frauenbewegungen der 1970er Jahre

Die Historikerin Gisela Notz erzählt in ihrem Buch die Geschichte der zweiten oder auch neuen Frauenbewegung in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre. Diese wird neue oder zweite Frauenbewegung genannt, um kenntlich zu machen, dass es von der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bis zum Nationalsozialismus schon einmal eine Frauenbewegung gegeben hatte. Notz deutet die Entstehung der Frauenbewegung als Reaktion auf und als Kritik an dem Politikmodell und den Inhalten, die in der reformistischen und revolutionären Linken als Folge der Jugendrevolte und Studentenbewegung von 1967/68 entstanden waren. Dort, so die Kritik, spielten die Probleme, die sich aus der geschlechtsspezifischen Arbeits- und Rollenverteilung ergeben, keine Rolle.

Notz unterteilt ihren Untersuchungszeitraum in vier Etappen: die Entstehungsphase (1969 bis 1974/75), die der Innerlichkeit bis ungefähr 1977 und dann die der Frauenprojekte, die zunehmend und fließend ab Ende der 1980er in den im Grunde bis heute andauernden Prozess der Institutionalisierung und Professionalisierung übergeht.

Bis Ende der 1980er Jahre habe es drei Strömungen gegeben: gemäßigte Feministinnen, die vor allem auf Gleichstellung mit Männern drängten, zweitens sozialistische Feministinnen, die für eine solche Gleichstellung eine Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse für notwendig hielten und schließlich die autonome Frauenbewegung, die das Patriarchat als grundlegende gesellschaftliche Struktur ansah und deshalb abschaffen wollte. Trotz dieser unterschiedlichen politischen Grundierungen sind die behandelten Themen dann doch ähnlich. Da ist das Verfügungsrecht über den eigenen Körper einschließlich des Schutzes vor männlicher Gewalt, die ungleiche Situation in der Arbeitswelt, und nicht zuletzt Aspekte von Wohnen, Kultur und Kindererziehung.

Der kurze Text von Notz behandelt eine Zeit, in der die politischen Verhältnisse auch in der Frauenbewegung noch relativ übersichtlich waren. Die Fortschritte und auch die Schwierigkeiten, die sich aus der Auseinandersetzung mit postmodernen Theorien ab den 1990er Jahren ergeben, werden nur angedeutet. Ebenso wie die wichtige Debatte, ob es angesichts von rassistischen und klassenmäßigen Spaltungen überhaupt ein gemeinsames »wir« zwischen Frauen geben kann. Das Buch ist ein gelungener Versuch, kurz und einführend ein Stück Geschichte zu schreiben – die Debatten um die aktuelle Situation und die Perspektiven der Frauenbewegung findet selbstredend woanders statt. Es macht ungewollt auch deutlich, dass die Ansprüche von feministischen Theorien und Praktiken an die Linke noch lange nicht eingelöst sind.●

Bernd Hüttner

Gisela Notz: Warum flog die Tomate. Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre; Verlag AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2006, 70 S., 7 EUR

Und du bist raus

Sie tragen Namen wie *Blackstone* oder *Texas Pacific Group*, und sie haben Milliarden in der Kasse. Ihr Geschäft: Sie kaufen und verkaufen Firmen wie Obsthändler Äpfel und Birnen. Ihre offizielle Strategie: Firmen fit für den Weltmarkt zu trimmen. Das wirkliche Ziel: In kurzer Zeit soviel Profit wie möglich zu machen.

Jetzt kaufen sich internationale Investoren auch in Deutschland in großem Stil ein. Hierzulande arbeiten bereits über 600.000 Menschen für die »Heuschrecken«, wie sie von Müntefering getauft wurden. Diese Zahl wird sich in den nächsten Jahren verdoppeln, sagen Experten.

Wie sich die Übernahmen auswirken, zeigt WDR-Autor Hubert Seipel am Beispiel der Traditionsfirma *Grohe*. Bis vor kurzem war die Welt des Badezimmer-Armaturenherstellers aus dem sauerländischen Städtchen Hemer noch völlig in Ordnung. Dann wurde das deutsche Familienunternehmen zweimal innerhalb von fünf Jahren an Investoren verkauft. Jetzt hat *Grohe* über eine Milliarde Schulden und streicht über tausend Arbeitsplätze in Deutschland. Die Investoren haben die Übernahme der Firma durch Bankkredite finanziert. Und die Kreditzinsen muss die gekaufte Firma aufbringen. *Grohe* steht unter doppeltem Druck. Das Unternehmen muss neben den Zinsen noch den Profit für die Unternehmer erhöhen. Den amerikanischen Investoren sind 20% Rendite nicht genug. Sie wollen 28% und haben daher beschlossen, Arbeitsplätze aus Deutschland ins Ausland zu verlegen.

Die Investoren wollen Teile der exklusiven Marke zunehmend durch Massenware Made in Asien ersetzen. Von der einstigen Traditionsfirma *Grohe*, so befürchten allerdings Insider, bleibt dann nur noch eine Firmenhülle in Deutschland – bis zum nächsten Verkauf.

Hubert Seipel beleuchtet den Zusammenprall zweier Welten: die globale Welt der internationalen Finanzstrategen der *Texas Pacific Group* und die eines einstigen Familienbetriebs und seiner Angestellten.

Der Film zeigt die neuen Arbeitsplätze in Thailand ebenso wie das ungewisse Schicksal der entlassenen Arbeiter in Deutschland. Und *Grohe* ist nur der Anfang. In den nächsten beiden Jahren wollen Privat-Equity-Firmen über 200 Milliarden Euro für deutsche Unternehmen ausgeben.●

Ein Film von Hubert Seipel
Redaktion: Jürgen Thebrath
Videobestellung
www.wdr.de/tv/diestory/videobest.phtml

Demokratie – das uneingelöste Versprechen

Zeitgenössische politikwissenschaftliche Analysen benennen immer wieder Defizite demokratischer Prozesse: Institutionelle Blockaden, Vetospieler und Parteienstaat lauten die Stichworte. Selten wird die demokratische Ordnung jedoch im Ganzen einer schonungslosen Kritik unterzogen. Eine solche unternimmt der Schweizer Urs Marti, Privatdozent für Politische Philosophie an der Universität Zürich, wie der Titel des Buches bereits zum Ausdruck bringt. Ihm zufolge ist, wie er am Anfang klarstellt, die These des Politologen Francis Fukuyama vom globalen Triumph der liberalen Demokratie grundlegend falsch. Der Demokratie stehe eine ungewisse Zukunft bevor: »Zahllose Erfahrungen zeigen, dass demokratisch gewählte Regierungen häufig nicht willens, manchmal nicht einmal fähig sind, ihre von der Zukunft oder vom Wählerauftrag definierten Aufgaben zu lösen.«

Zunächst setzt sich der Autor mit zahlreichen demokratietheoretischen Implikationen auseinander – mit kritischem Rückgriff auf Denker wie Alexis de Tocqueville und Jean-Jacques Rousseau, die eine Art Fatalismus verbinde. Rousseau wie Tocqueville seien davon überzeugt, dass nur regieren kann, wer über hinreichend Muße verfügt und die dazu nötigen intellektuellen Kompetenzen besitzt, also in der Regel nicht jene, die ganz von ihren täglichen Überlebenssorgen in Beschlag genommen werden.

Um was es Marti wirklich geht, wird erst im zweiten Teil deutlich. Demokratie sei globalen Märkten ausgesetzt, und daher nicht Ausdruck des »Volkswillens«. Es entstehe eine »Weltregierung ohne demokratischen Auftrag«. Marti spricht die Vereinten Nationen und die Welthandelsorganisation an, unterschlägt aber die Europäische Union, wo sich doch über die demokratische Qualität trefflich streiten ließe und Marti seine Thesen stützen könnte. Die Anwendung neoliberaler Rezepte von Leuten wie August von Hayek wirke als gesellschaftsgefährdender Krisenfaktor. Als Rettung der Demokratien bietet er die Formel nach »mehr Gleichheit« an. Doch verbirgt sich dahinter eine große Gefahr, wie die freiheitsgefährdende Doktrin im real existierenden Sozialismus drastisch vor Augen geführt hat. Der Autor geht darauf mit keiner Silbe ein, genauso wenig auf die Bedeutung rechtsstaatlicher Fragen im Demokratieprozess. Zudem müssten in Martis Logik hohe Sozialquoten zu demokratischer Qualität führen – ein Schluss, der sich so nicht ziehen lässt. Ihm zufolge hat die Demokratietheorie in 200 Jahren keinen Fortschritt gemacht, da sie sich auf rechtliche und politische Gleichheit konzentriere. Sie übersehe, dass diese durch ökonomische und soziale Ungleichheit vollends unterminiert werden könne. Nach dieser Diktion müsste es zu einer Renaissance marxistischer Ansätze kommen.

Abschließend stellt er die Frage nach Alternativen. Interessante Experimente seien im brasilianischen Porto Alegre oder einigen indischen Staaten anzutreffen, wo unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen einbezogen würden.

Insgesamt bleibt dem Rezensenten ein negativer Eindruck, obwohl die demokratietheoretischen Kenntnisse und der kurzweilige Schreibstil zu loben sind. Demokratiekritik muss zwar legitim sein. Marti schlägt mit seinem Krisenszenario allerdings über die Stränge. Nur ein Beispiel sei angeführt. Immer wieder überzeichnet er die angeblich zentrale Gefahr für die europäischen Staaten durch rechtsextremistische und populistische Parteien und fragt: »Weshalb geben, in Deutschland beispielsweise, Menschen ihre Stimmen rechtsextremen Parteien, die nationalsozialistisches Gedankengut vertreten?« Die reale Lage ist eine andere, Europa von einer »braunen« Umwälzung weit entfernt. In Deutschland haben solche Parteien bundesweit keinerlei Chancen auf politischen Einfluss.●

Florian Hartleb

www.das-parlament.de/2006/42/DaspolitischeBuch/005.html

Urs Marti: Demokratie. Das uneingelöste Versprechen, Rotpunktverlag, Zürich 2006, 256 S., 19,80 EUR

Eine symbiotische Beziehung

Grundeinkommen und bedingungsloses Grundeinkommen

Kai Ehlers Ideen zur integrierten Gesellschaft basieren auf einer weitgehenden Gesellschaftskritik:

- Wachstumszwang, der aus der Diktatur der Selbstverwertung des Kapitals entsteht, muss überwunden werden.
- Dem Kapitalismus ist die Lohnarbeitslosigkeit immanent.
- Die Nationalstaaten verlieren die Regulierungshoheit über die Kapitalströme und sind zum ausführenden Organ des globalisierten Kapitals geworden.
- Dem Sozialstaat fehlen die Mittel, um seine Mitglieder zu versorgen, er gerät in die Krise.
- Der Staat wird immer deutlicher zum Instrument einer Minderheit, wird zum reinen Sicherheitsinstrument nach innen und nach außen.

Das Grundeinkommen ist heute sicherlich eins der heftigst diskutierten Modelle, wie eine andere Welt aussehen könnte, der Russlandexperte Kai Ehlers bereichert die Diskussion in seinem neuen Buch »Grundeinkommen für alle – Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft« mit einer neuen Facette. Er stellt das Grundeinkommen in Zusammenhang mit einer Einbindung in Gemeinschaften. Wobei betont werden muss, der Autor spricht nicht von irgendwelchen neuen Bedingungen für den Bezug von Grundeinkommen! Die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft soll keine neue Bedingung für den Bezug des Grundeinkommens werden. Ob das Individuum sich überhaupt einer Gemeinschaft anschließt und wenn ja, welcher, bleibt ihm überlassen. Kai Ehlers propagiert mit seinem Buch keine bestimmte Gemeinschaftsform, er sieht die Vielfalt von Gemeinschaften die es bereits gibt, beschreibt davon einige in Ansätzen und wirbt für neue Versuche gemeinschaftliche Wege zu finden. Für ihn können Gemeinschaften zukunftsfähig sein, wenn sie zur ständigen, kommunikativ vermittelten Erneuerung in der Lage sind. Eine schön formulierte Forderung, wie sie umzusetzen ist, ist nicht Gegenstand des Buches aber ein zentrales Problem, vor dem, in der libertären Gemeinschaftsgeschichte, nicht wenige gescheitert sind.

Neben einer anthropologischen Betrachtung, die davon ausgeht, dass der Mensch entwicklungsgeschichtlich kein Einzelwesen ist, führt Kai Ehlers auch andere Stränge für die Verbindung Grundeinkommen – Gemeinschaft auf. Zunächst ganz pragmatisch, eine Gemeinschaft kann sowohl ökonomisch als auch ökologisch wesentlich nachhaltiger agieren. Grundeinkommen ohne soziale Bezüge fehlt eine wichtige Dimension der Nachhaltigkeit. Staatliche Sozialfürsorge wird in schwierigen Zeiten immer zur Kontrolle missbraucht, deshalb ist für den Autor die Gemeinschaft auch zur Sicherung einer gewissen Unabhängigkeit bedeutsam.

Das Grundeinkommen darf keiner Bedürftigkeitsprüfung unterliegen, damit jeglichen Selektionsbestrebungen nach Geschlecht, Alter, Rasse oder anderen Faktoren von Beginn an der Boden entzogen wird. Ein solches Grundeinkommen realisiert für Ehlers das Gleichheitsprinzip. Ohne eine Ergänzung durch solidarische Elemente sieht er allerdings den Zusammenhalt der Gesellschaft in Gefahr, fürchtet die anonyme Vereinzelung, die wiederum zu einem autoritären Führungsstaat führen kann. Er möchte eine integrierte Gesellschaft, die aufbauend auf einem Grundeinkommen, in selbstgewählter Versorgungsgemeinschaft, mit vielfältiger Eigenarbeit zu einem sozialen Gemeinwesen führt, indem die Menschen in lebendiger Beziehung zueinander leben.

Statt dem Markt immer mehr Arbeit zu überlassen, durch Privatisierungen und Ruinierung der Bedingungen für Eigenarbeit, muss dem Markt Arbeit entzogen werden. Eine gemeinschaftlich erarbeitete Grundversorgung, die nicht in den gesellschaftlichen Verteilungsprozess eingehen muss, erzeugt Krisensicherheit. Dies leitet der Russlandexperte aus der russischen Geschichte ab. Wobei die Gemeinschaften künftig nicht, wie in den traditionellen Dorfgemeinschaften durch Zwang gebildet und geprägt sind, sondern sich aus freiwilligen Praxen entwickeln, nicht von oben gesetzt und nicht von unten unter Revolutionsbedingungen entstanden.

Auch wenn die Beschreibungen der Gemeinschaften im Detail nicht immer exakt sind, zeigt Ehlers mit seinem Buch eine Vielfalt von bereits existierenden Ansätzen. Er leistet mit seinem Buch einen interessanten Beitrag zur Erweiterung der Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen. Eine Auseinandersetzung mit den GegnerInnen der Grundeinkommensidee, die in der Linken recht zahlreich sind, sucht mensch in dem Buch allerdings vergeblich. Traditionslinke werden ebenso eine kritische Auseinandersetzung mit dem Regionalgeld und Gesell vermissen, die Ehlers in seinem Buch auch als Beispiele aufführt.●

Uli Barth, Niederkaufungen

Kai Ehlers: »Grundeinkommen für alle – Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft«, Pforte Verlag, Dornach, 2006, 217 Seiten, 14 EUR, ISBN 978-3-85636-191-4

www.anares-buecher.de

Schluss mit der medialen Verdummung!

Das Leben beginnt, indem wir ein gutes Buch lesen - Lesetipps zu aufklärerischer & inspirierender Literatur gibt´s unter www.anares-buecher.de!

Anares

Der Mailorder für gesellschaftskritische Medien

Lagerlieder 1933-1945

O bittre Zeit

Das neue CD-Projekt des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) Emslandlager, Papenburg enthält nicht nur das »Lied der Moorsoldaten«. Lieder der Verfolgten und Deportierten durchziehen das nationalsozialistische Lagersystem von Anfang bis Ende. Sie erklangen überall, in Gefängnissen, Zuchthäusern und Ghettos ebenso wie in den Konzentrations-, Strafgefangenen- und Vernichtungslagern des Regimes. Die Geschichte dieser Orte ist deshalb auch eine Geschichte von Liedern, die Menschen hier in Situationen der Erniedrigung, des Eingesperrt- und Ausgeliefertseins, in Verhältnissen des Terrors und Todes geschrieben und gesungen haben.

In Fortsetzung der vielerorts gewürdigten und inzwischen ausverkauften DIZ-CD-Box zum »Lied der Moorsoldaten« haben die daran Beteiligten (Fietje Ausländer, Susanne Brandt und Guido Fackler) ein neues Vorhaben konzipiert und realisiert, das diese (einerseits bekannten, andererseits vergessenen) Lagerlieder zum Thema hat. Entstanden ist am Ende eine aus 3 CDs bestehende Box mit 81 Aufnahmen.

Das Liedmaterial der CD-Box schöpft sich dabei aus drei Quellen: bislang unveröffentlichten Archiv- und Privataufnahmen; bekannten oder weniger bekannten Tonträgern aus dem Handel; und schließlich drittens aus 28 extra für das DIZ-Projekt eingespielten Neuaufnahmen. Es gehört zu den bemerkenswerten Erfahrungen des Projekts, dass sich in kurzer Zeit zahlreiche Musiker fanden, die sich mit Lust und Interesse der Herausforderung stellten, künstlerische Zugänge zu den historischen Liedern zu suchen und sie solistisch oder im Ensemble einzuspielen. Zu finden sind diese neuen Aufnahmen vor allem auf der dritten CD, die ausschließlich den Liedern aus den Emslandlagern gewidmet ist, sowie auf CD 2, die in der Auswahl der Lieder deren Entstehungsorte thematisiert. Beiden vorangestellt sind auf CD 1 zumeist ältere Aufnahmen, in denen die NS-Verfolgten selbst als Interpreten zu hören sind.

Die in kleiner Auflage erscheinende Box entstand in Kooperation mit der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv und dem Musikarchiv der Akademie der Künste. Finanziell gefördert wurde sie durch die GEMA-Stiftung (München), die VGH-Stiftung (Hannover), die Johann Alexander Wisniewsky Stiftung (Lingen) und die Hans-Böckler-Stiftung (Düsseldorf).●

diego

3-CD-Box »O BITTRE ZEIT. Lagerlieder 1933-1945« 29,90 EUR
Bestellung an:
DIZ Emslandlager, Postfach 1132, D-26851 Papenburg
mail@diz-emslandlager.de
Tel.: (0 49 61) 91 63 06, Fax: 91 63 08
Es erfolgt eine Vorausrechnung (zuzüglich Versandkosten). Geliefert wird sofort nach Zahlungseingang.

PROJEKTE

Projektmitarbeit
Sie suchen eine verantwortungsreiche Mitarbeit in einem religions- und esoterikfreien, prozionistischen linken Projekt (im wilden Südwesten) mit psychisch kranken und lernbehinderten Menschen? Sie sind Sozialpädagog(e)in, Erzieher/in, Lehrer/in o. ähnlich ausgebildet und mittleren Alters? Sie würden in das ländliche Wohnprojekt (auch gern mit Kind) einziehen und brauchen nur wenig Geld. Dann sollten wir ins Gespräch kommen. Vielleicht wird's ja was.
☎(0 65 33) 9 37 30 (Gerhard)
e-mail: soziales@doerrwies.de
(Anmerkung der Redaktion: Was ist ein »prozionistisches linkes Projekt« im Zusammenhang mit psychisch kranken und lernbehinderten Menschen? – Für uns ist das eine etwas zweifelhafte und zu hinterfragende Selbstdarstellung in einem Jobangebot)

Kommunistische Debatten um Sozialismus, Totalitarismus und „wirkliche Bewegung" **... Geschichten** von Maoismus bis westlichem Marxismus **... Kämpfe** in Accra, Guadalajara, São Paulo, Seattle und überhaupt

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung)
Bestellungen an: vertrieb@akweb.de
ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175
www.akweb.de

Lebensgut Cobstädt sucht MitstreiterInnen zum gemeinsamen Leben und Arbeiten. Vorrangig landwirtschaftliche Betätigung – aber auch vieles mehr möglich! Interesse?
☎(03 62 02) 9 03 05 (Kathrin/Alex)

74586 Hohenlohe:
Wir (w37/m37/m14) suchen Mitbewohnerlnnen für gemeinschaftliches Leben. Haus mit Gärtnerei und Werkstatt in 100 Seelendorf vorhanden.
☎(0 79 55) 38 98 55

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
17. Jahrgang, Nr. 68, Dezember 2006, 224 Seiten

Prekärer Sektor - Erfahrungen, Einstellungen, Gegenstrategien
Candeias - Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung/ Schumm-Garling - Superflex und Spider Mum - die Generation Praktikum/ Postiglione - Die italienischen Gewerkschaften und das Prekariat/ Schulten - Der "neue Syndikalismus" der argentinischen CTA/ Wiegel - Aufschwung der extremen Rechten in der Bundesrepublik

Staat - Imperialismus - Ideologie
Krätke - Der alte Staat, die neue Weltordnung und die Linke/ Unger - Die USA und das Öl/ Hahn - Imperialismus, Politik und Ideologie (II)
Und: Klenner - Über die Aktualität der Marxschen Unterscheidung zwischen den Bürger- und den Menschenrechten/ Tjaden - Philosophie des Subjekts und materialistische Wissenschaften/ Balzer - Dossier: Ehrendoktorwürde für Helmut Schmidt
Archiv: Marchlewski - "... zu Nutz und Frommen des kämpfenden Proletariats ...", Der Dritte Band des "Kapital" im "Vorwärts" 1894/95
Sowie: Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen
Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl.Versand) im Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 25,- u. Ausland 32,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt:
Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4496
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail:redaktion@zme-net.de

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit selbständigen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko
CAFÉ LIBERTAD KOOPERATIVE GBR
22765 Hamburg * Tel. 040 - 2090 68 93
www.cafe-libertad.de / cafe-libertad@gmx.de

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
„Die Graswurzelrevolution gilt als die langlebigste und einflussreichste anarchistische Zeitschrift der deutschen Nachkriegszeit." (Wikipedia)
Abo 30 Euro (10 Ausg.) **Schnupperabo** 5 Euro (3 Ausg.)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
abo@graswurzel.net www.graswurzel.net

AG SPAK Bücher
NEU NEU NEU NEU

219 S. 18 € ISBN 3-930830-77-9
AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

Niemand kann sie zählen: Menschen, die ohne Papiere in Deutschland leben. „Ohne Papiere" meint, dass sie keine gültige Aufenthaltserlaubnis haben. Es sind Männer, Frauen und Kinder, und es sind Hunderttausende.
- **Rahmenbedingungen**
- **Lebenssituation von Papierlosen in Deutschland**
- **Forderungen zur Verbesserung der Situation von Papierlosen**
- **Beratung, Unterstützung und Hilfe**

48 Seiten, Mai 2003, 2 Euro
Magazin Verlag
Schweffelstr. 6, 24118 Kiel
ONLINE: www.brd-dritte-welt.de

deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto
ROTE HILFE E.V. **www.rote-hilfe.de**
Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
Tel. (069) 67 99 84

In akt. Ausgabe (9-10/06) u.a.:
- express-Redaktion: »Wir freuen uns auf's Büro«, über die Produktionsbedingungen des express
- kmii: »Keine Geduld mehr für Geduldete« – MigrantInnen zwischen Arbeitszwang und Arbeitsverbot
- Erik Wagner-Fallasch: »Blick über den Tellerrand statt Tarifkonkurrenz« – Zum Streik der Ärzte
- »Millionen arbeiten auf ALG-II-Niveau«, Ergebnisse einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung
- Gaston Kirsche: »Revolutionäre Mannschaften und Superhelden«, Kommentar zu C. Sonnenfeld
- Thorsten Schulten: »Gesetzliche und tarifvertragliche Mindestlöhne in Europa«, vergleichender Überblick
- Donna McGuire: »WorkChoices – Keine Wahl für Arbeiter«, australische Arbeitsgesetzgebung als Prototyp der Individualisierung

○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Arianne Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, **E-Mail:** contraste@t-online.de; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13, **E-Mail:** nrschindler@aol.com; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail:** finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35447 Reiskirchen-Saasen, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Verkehr**, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten**, Maurice Schuhmann, **E-Mail:** soziale_revolution@yahoo.de.

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

IM POSTFACH

Betr: Kleiner Kommentar zum »sozialen« der »Marktwirtschaft«, CONTRASTE Nov. 2006, Seite 15

Liebe Selbst-HelferInnen,
zunächst mal schönen Dank für's dreimonatige Probe-Abo – ich denke, das war's denn auch! Zur Ausgabe von heute sehe ich mich aber dennoch zu einem kleinen Kommentar provoziert:

Das, was heutzutage als »Marktwirtschaft« bezeichnet wird, kann so »sozial« gestaltet werden, wie immer das jemand wünscht. Solange eine kapitalistisch-industrielle »Produktionsweise« vorherrscht, wird sich an dem Prinzip nichts ändern, dass (sehr) wenige Anbieter exorbitante Stückzahlen von Waren-Produkten an sehr viele Bedürftige mit jeweils kleinem Geldbeutel verkaufen. In der Folge sind die »kleinen Geldbeutel« komplett leer und die Kasse(n) des/der Warenproduzenten gut gefüllt...

Um die vormals zumindest nicht ganz leeren Geldbeutel wieder anzufüllen, bleibt der »prekarisierten« Arbeitskraft letztlich nichts anderes, als sich beim »Geldbesitzer« (i.d.R. ohne Innen!) zu prostituieren.

Auch eine vermeintliche »Selbsthilfe« auf der Grundlage von Gebrauchtware – gleichgültig, ob das nun Müll-, Abfall- oder Second-Hand-Wirtschaft heißen soll – wird sich über eher kürzer als länger totlaufen, weil sich das typische Produkt der »Dritten Industriellen Revolution« (seit etwa 1970) schneller in unbrauchbaren Schrott verwandelt als frau zugucken kann!

An der revolutionären Umgestaltung der vorherrschenden Produktionsweise wird also kein Weg vorbeiführen! Ob allerdings EUER Monatsblättchen für vier Euro fünfzig, alias NEUN MARK das geeignete Medium ist, solche Erkenntnis zu verbreiten, bleibt zweifelhaft.

Lieben Gruß
Rosa G., Berlin

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% **Mehrwertsteuer**
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Geschenkidee gesucht!
Verschenken Sie doch die *junge Welt* für drei Monate!

Dazu erhalten Sie eine Geschenkurkunde und wahlweise entweder »Das kommunistische Manifest«, gesprochen von Katharina Thalbach, den Rio-Krimi »Krieg in Mirandão« von Fernando Molica oder unser WM-Buch »Der Ball ist aus«.
Alles zusammen zum Vorzugspreis von 48 Euro!

Ja! Ich verschenke die *junge Welt* für drei Monate zum Preis von 48 Euro

Name /Vorname
Straße / Nr.
PLZ / Ort
Telefon
Datum/Unterschrift

Das Geschenkabo geht an:
Name/Vorname
Straße / Nr.
PLZ/Ort
Telefon

Zusätzlich erhalte ich (bitte auswählen und ankreuzen):
☐ Karl Marx, Friedrich Engels **Das kommunistische Manifest** Gesprochen von Katharina Thalbach. Mit Musik von Pierre Degeyter, Hanns Eisler, Ulrich Maske. JUMBO NEUE MEDIEN UND VERLAG GMBH, 2 CDs
☐ Fernando Molica **Krieg in Mirandão** Krimi aus Rio. EDITION NAUTILUS, 192 S.
☐ Christof Meueler/Torsten Schulz/Frank Willmann (Hrsg.) **Der Ball ist aus** 32 Autoren, 32 Mannschaften und eine Weltmeisterschaft. EULENSPIEGEL VERLAG, 208 S.
Bitte schicken Sie die Geschenkurkunde
○ an mich
○ an den Empfänger des Abos

Das Geschenkabo soll am _____ beginnen.
○ Das Abo verlängert sich nicht automatisch.
Das Abo soll danach weiterlaufen als
○ Normalabo: mtl. 27,90 €
○ Solidaritätsabo: mtl. 35,90 €
○ Sozialabo: mtl. 20,90 €
Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag für das Abo von meinem Konto abzubuchen:
Geldinstitut / Bankleitzahl
Kontonummer
Datum/Unterschrift
Den Coupon schicke ich an:
Verlag 8. Mai, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin,
Fax: 0 30/53 63 55 44

kämpfen und lesen

DA DIREKTE AKTION
[die andere gewerkschaftszeitung]
Probeheft gratis
c/o FAU Leipzig | Kolonnadenstr. 19 | 04109 Leipzig | da-abo@fau.org

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: www.akweb.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 15.-17.12.2006
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

BERUFSVERBOT

Aufruf zur Demonstration am 27.01.2007 in Mannheim, 13 Uhr, Paradeplatz
Weg mit den Berufsverboten!
Grundrechte verteidigen!
Zu Beginn des Jahres 2007 wird der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim in einer Berufungsverhandlung über das mittlerweile seit drei Jahren andauernde Berufsverbot gegen den Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy entscheiden.
Seit Anfang des Jahres 2004 wird Csaszkóczy aus politischen Gründen die Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg verweigert. Im September 2005 hat sich Hessen dieser Maßnahme angeschlossen und Csaszkóczy eine bereits zugesagte Stelle verweigert.
Über mehr als 14 Jahre hinweg wird Csaszkóczy vom Verfassungsschutz überwacht. Für das Berufsverbot ausschlaggebend war seine Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg, von der er nicht bereit war, sich zu distanzieren.
Im Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe wird das Berufsverbot mit der Behauptung begründet, die Antifaschistische Initiative zeichne ein diffamierendes Bild unseres Staates. Dies wird vor allem mit der Feststellung der AIHD untermauert, zwischen Nationalsozialismus und BRD habe es Kontinuitäten gegeben. 74 Jahre nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wird damit sowohl Antifaschismus kriminalisiert als auch das Benennen der historischen Wahrheit bestraft.
Damit wird die grundrechtswidrige Berufsverbotspraxis der BRD aus den 70er Jahren wiederbelebt, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 1995 als Verstoß gegen Europäische Menschenrechtskonvention verurteilt hat. Wir protestieren gegen die staatliche Bespitzelung und Einschüchterung, die sich potentiell gegen alle emanzipatorischen und politisch unbequemen Bestrebungen richtet. Berufsverbote verstoßen gegen die Menschenrechte und schaffen ein Klima der politischen Einschüchterung.
Wir fordern die Einstellung und Rehabilitierung Michael Csaszkóczys und die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen der Berufsverbote.
Es rufen auf:
GEW Hessen, GEW Baden-Württemberg, VVN/BdA, Rote Hilfe e.V., DGB Rhein-Neckar, Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD)

JUNGE LINKE

Kann denn Liebe Sünde sein?
Seminar zur Kritik des Nationalismus
Das sonst als »Miesepeter«, »Reformbremse« und »ewiger Nörgler« gescholtene deutsche Staatsvolk bekam mit der diesjährigen Fußball-Weltmeisterschaft die Gelegenheit, einmal zu zeigen, was in ihm steckt. Manager, einfache Angestellte und Hartz IV-Betroffene bekundeten in feucht-fröhlicher Partystimmung ihre gemeinsame Liebe zum Vaterland; ganz »unverkrampft«, wie Politiker, Presse und die geistig-moralische Elite der Nation erfreut fest- und richtigstellten.
Unabhängig von solchen kollektiven Gefühlsausbrüchen wollen wir uns ein Wochenende lang mit der Frage beschäftigen, was es mit dieser »Liebe« auf sich hat. Zunächst einmal fällt hierbei auf, dass die Begründungen für dieses Zusammenstehen ziemlich beliebig daher kommen. Eine »gemeinsame Geschichte«, »Kultur« oder gar »Natur« stehen je nach Standpunkt des Betrachters Pate für die »kollektive Identität« eines Volkes. Wem diese Begründungen unbefriedigend oder nicht zeitgemäß erscheinen, der hat immer noch die »Verfassung«, auf die er sich berufen kann.
Auch wenn die kopflastigen Zweifler der letzten Abteilung sich mitunter schweren Anfeindungen ausgesetzt sehen (so jüngst die GEW mit ihrer Kritik am Deutschlandlied), so geht es doch allen um das Eine: die Rechtfertigung eines nationalen Gemeinwesens, welches durch einen Staat gesichert und gestaltet werden soll. Diese These wollen wir gemeinsam mit Euch ergründen und diskutieren. Wenn nun aber alle dasselbe wollen, muss die Frage beantwortet werden, wie sie denn darauf kommen. Für die Antwort auf diese Frage kommt man um die Beziehungen zwischen Staat, Ökonomie und Bürger nicht herum. Warum der bürgerliche Staat die Zustimmung seiner Untertanen braucht, wie er diese (mit oder ohne WM und »Patriotismus-Debatte«) bekommt, und was von dieser Zustimmung zu halten ist, soll uns auf dem Seminar maßgeblich beschäftigen.
Mittels dieser allgemeinen Bestimmungen wollen wir dann auch die Fragen des ganz alltäglichen Nationalismus erklären: Warum gehen Arbeiter jeden Morgen brav in die Fabrik und Studenten in die Uni? Warum schwenken die Leute einmütig die Deutschland-Fahne? Woher kommt die Ausländerfeindlichkeit? Und warum ziehen Leute für ihr Land in den Krieg? Die Frageliste ist nach unten hin offen und kann von Eurer Seite gern ergänzt werden. Überhaupt freuen wir uns über Anregungen, Kritik und Diskussionen vor, während und nach dem Seminar.
Termin: 15.-17.12.2006, Hannover

Karl Marx' Kritik gesellschaftlicher Herrschaft
Grundlagenseminar zu Karl Marx
Wer wissen will, wie globaler Kapitalismus, staatliche Politik, ökonomische Ausbeutung, bürgerliche Ideologie, soziale Gewalt und psychisches Leid zusammenhängen, wie der Zwang zu einem Leben in Konkurrenz in Nationalismus übergeht, und warum Menschen diesen unmenschlichen Verhältnissen immer wieder ihre Stimme geben, kommt an Marx nicht vorbei. Die verbreitete Strategie, seine Schriften in einen »humanistischen« und einen »dogmatisch-ökonomistischen« Anteil zu zerlegen, ersteren anzuerkennen und letzteren für »historisch gescheitert« zu erklären, vergibt von vornherein ihren wichtigsten theoretischen Ertrag: einen angemessenen Begriff gesellschaftlicher Herrschaft, der zugleich deren Kritik ist: Gegen die naive, gerade in Deutschland traditionsreiche Auffassung, dass Ausbeutung ein Problem unmäßiger Profitgier verantwortungsloser Unternehmer sei, kann Marx zeigen, wie Ausbeutung jenseits aller guten oder schlechten Absichten in der Struktur gesellschaftlicher Reproduktionsverhältnisse selbst angelegt ist.
Es ist also unsinnig, humanistisch von der »Entfremdung menschlicher Bedürfnisse« zu sprechen, ohne über deren geschichtliche Beziehung zur ökonomischen Reproduktionsordnung nachzudenken. Um ein subjektives Unbehagen in eine richtige Kritik der Gesellschaft zu übersetzen, bedarf es also angemessener Begriffe, die den ökonomischen Reproduktionsprozess (samt seiner ideologischen Vermittlungsmomente) als ganzen fassen.
Für die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die uns nach wie vor belästigt, hat Marx die wichtigsten bestimmt. In unserem Grundlagenseminar wollen wir eine breite Auswahl der Marxschen Schriften diskutieren, von den sog. »ökonomisch-philosophischen Manuskripten« des Frühwerks bis zum Hauptwerk »Das Kapital«. Dabei soll erkennbar werden, wie Marx seinen ursprünglich philosophischen Standpunkt angesichts der Übermacht des ökonomischen Prozesses abstreift und das selbstgestellte Programm einer materialistischen Kritik gesellschaftlicher Herrschaft Schritt für Schritt erfüllt.
Termin: 26.-28.1.2007, Berlin

Von alten Hüten und neuen Freiheiten
Wochenendseminar zur Kritik des Neoliberalismus
Unter dem Namen Neoliberalismus wird heute nicht nur von der Antiglobalisierungs-Bewegung so ziemlich alles zusammengefasst, was wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch in der Welt passiert. Ökonomisch wird dabei der immer größere Einfluss von multinationalen Unternehmen und von freiem Währungs- und Kapitalhandel für entscheidend gehalten, politisch ein neues Paradigma der Staatenführung, das ungehinderte Kapitalbewegungen zur Grundlage seines Erfolgs und damit zum obersten Zweck erklärt.
Wir werden darstellen, inwieweit diesem Namen ein Begriff korrespondiert, und was dessen Wesen ausmacht, soweit es ihn gibt. Dazu werden wir darstellen, wie politische Entscheidungen – etwa das System von Bretton Woods und dann insbesondere seine Auflösung – tatsächlich das Kapitalverhältnis entscheidend verändert haben, aber auch, warum es keine Frage bloß willkürlicher Entscheidungen ist, wie mit diesem veränderten System wirtschaftspolitisch umzugehen ist. Interessant ist dabei, dass die meiste gegenwärtige Politik, die dem zu entsprechen versucht, sich nicht neoliberal nennt, sondern häufig im Fall der Sozialdemokratie des »dritten Wegs« selbst eine Kritik am Neoliberalismus hat. Positiv beziehen sich auf den Neoliberalismus eher Wirtschaftstheoretiker im Gefolge von u.a. Hayek oder in den USA Friedman und den Chicago Boys. Wir werden herausarbeiten inwiefern deren Wirken nicht allem entspricht, was häufig als Vorurteil über den Neoliberalismus herumgeistert, zum Beispiel der Idee der immer schwächeren Staaten.
Wir werden also den Neoliberalismus und seine Vertreter kritisieren. Genauso aber werden wir uns andere geläufige Kritiken am Neoliberalismus besonders aus der globalisierungskritischen Bewegung ansehen und deren Probleme und Fehler herausarbeiten.
Termin: 9.-11.2.2007, Bremen

Du denkst Dein Hirn lenkt
Wochenendseminar zur Kritik der Hirnforschung und des Konstruktivismus
Die naturwissenschaftliche Erforschung des menschlichen Gehirns beschäftigt in den letzten Jahren zunehmend auch die Geisteswissenschaften. Es geht dabei um die Fragen, ob unser freier Wille eine bloß subjektive Einbildung sei; ob das Strafrecht dahingehend reformiert werden müsse, dass es keine Schuld im moralischen Sinne geben kann, da Täter durch die neuronale Struktur ihres Gehirns determiniert seien; ob Kinder durch Erklärungen die Welt begreifen, oder nur durch Reize lernen können.
Hinter den Vorstellungen vom unfreien Willen und der Unmöglichkeit objektiver Erkenntnisse steht eine konstruktivistische Theorie. Hirnforscher stellen heute erneut die Frage, warum ich die Welt als etwas außer mir Existierendes wahrnehmen kann, obwohl doch alle Wahrnehmung der äußeren Welt nachweislich nichts anderes ist als elektro-chemische Impulse in meinem Gehirn. Der Wissenschaftler Gerhard Roth schließt daraus, dass ich tatsächlich gar nicht die äußere Welt erkenne, sondern mein Gehirn eine Wirklichkeit konstruiert, welche mir subjektiv als äußere Welt erscheint. Die ganze Wirklichkeit ist dann ein bloßes Konstrukt meines Gehirns. Diese Überlegung kann politisch wirksam werden. Denn wenn das so ist, dann gibt es auch keine Herrschaftsverhältnisse, keine gesellschaftlich durchgesetzten Formen der Ausbeutung. Was als solches erscheinen mag, wäre nur im einzelnen Subjekt real, hätte aber keinerlei Objektivität.
Objektiv wären nur die neuronalen Strukturen des Gehirns, welche diese Verhältnisse in uns hervorbrächten. Und diese stehen als Organeigenschaften jenseits aller politischen Kritik. Die sich auf neueste Erkenntnisse der Gehirnforschung stützenden Forderungen, das Strafrecht, die Kindererziehung und andere Bereiche der Gesellschaft unserer Hirnstruktur entsprechend umzuformen, treten darum gerne so auf, als stünden sie jenseits politischer Strömungen.
Wir wollen anhand von verschiedenen Texten diese Form der Politik untersuchen, die gerade durch eine konstruktivistische Absage an die Möglichkeit politischen Handelns bestimmte Mechanismen der Herrschaft manifestiert.
Termin: 16.-18.2.2007, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
www.junge-linke.de

JUKSS

JugendUmweltKongress
Neugierige, künstlerische, kritische, politische, philosoFische Freaks, Punks, Hippies, Ökos und Normalos kommen zum 14. JUKSS zum informieren, diskutieren, Pläne schmieden, Ideen spinnen, Aktionen rocken, akrobatisch sein und jonglieren, stricken und Spaß haben...
Auf dem JugendUmweltKongress (JUKss) treffen sich jedes Jahr bis zu 500 junge und ältere Menschen. Einige der Themen in diesem Jahr sind: G8/ Globalisierung, Umweltschutz von unten, Direct Action, Tierrechte und Kritik an Geschlechterrollen.
Zusammen versuchen wir ein Experiment gleichberechtigten, selbstbestimmten Zusammenlebens. Der Jukss ist ein Experiment und lebt von deinen Ideen und von deiner Mitarbeit! Bring dich ein mit eigenen Workshops zu dir wichtigen Themen, zettel Diskussionen an, stell dein Projekt vor... (s. a. Seite 4 in dieser Ausgabe)
Termin: 23.12.06 bis 6.1.07
im Berliner Umland
Infos: www.jukss.de
info@jukss.de oder
☎(03 91) 557 07 50

ALTERNATIV-UNI

Im deutschsprachigen Raum und darüber hinaus haben sich in den letzten Jahren Initiativen von Studierenden und Nichtstudierenden für die selbstorganisierte Wissensvermittlung gebildet.
Z.T. als Reaktion auf Entwicklungen in den Hochschulen, z.T. aufgrund von Diskussionen über Studiengebühren oder einfach weil alternative nicht-staatlich regulierte Lernorte fehlten.
Das Alternativ-Uni-Treffen ist der Versuch, Menschen, die versuchen, alternative Bildungsorte zu schaffen, zu organisieren oder am Leben zu erhalten, miteinander zu vernetzen.
Dabei können diverse Dinge besprochen werden:

- Austausch über Mittel und Methoden selbstorganisierten Lernens
- Probleme bei der Umsetzung von Alternativ-Uni-Konzepten
- Ansprüche an selbstorganisierte Bildung
- Erfahrungsaustausch
- Alternativ-Uni-Modelle (Paulo Freire u.a.)
- gegenseitige Hilfe und Aufbau eines Alternativ-Uni-Netzes

Im April 2005 (Berlin) sowie im Mai 2006 (Bern) fanden die ersten beiden Treffen statt.
Zwischen 27.12. und 30.12.2006 soll das 3. Alternativ-Uni-Treffen auf dem Jugendumweltkongress stattfinden (siehe auch Seite 4 in dieser Ausgabe).
Wir wollen alle Menschen, die an selbstorganisierter Bildung, autonomen Seminaren oder anderer Wissensvermittlung »von unten« interessiert sind oder mitwirken, herzlich auf den Jukss zum Alternativ-Uni-Treffen einladen. Den Titel »Alternativ-Uni-Treffen« sollte man also nicht zu ernst nehmen. Auch und gerade Mitwirkende an Projekten ohne Uni-Bezug sollen sich beteiligen. Über eine Änderung des Arbeitstitels wurde schon in Bern diskutiert.
Alles weitere unter
www.selbstorganisierteBildung.de.vu

FRAUEN

»Unbeschreiblich weiblich? Mädchen und junge Frauen in Jugendkulturen«
– unter diesem Titel veranstaltet das Archiv der Jugendkulturen Berlin zusammen mit der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) vom **5. bis 7. Januar** in Weimar eine interdisziplinäre Fachtagung. Wissenschaftlerinnen, Szeneaktivistinnen, Sozialpädagoginnen etc. stellen neueste Erkenntnisse und Studien über Graffiti-Sprüherinnen, Punkerinnen, Skinfrauen, Techno-Frauen, Gothic-Mädchen, junge Hexen, Riot Grrrls etc. vor. Die Tagung, die erstmalig im deutschsprachigen Raum eine Bestandsaufnahme über die Rolle und das Erscheinungsbild von Mädchen und jungen Frauen in meist von Jungen dominierten Jugendkulturen vornimmt, wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und von der Landeszentrale für politische Bildung in Thüringen unterstützt.
Das Programm finden Sie im Flyer (Link), stets aktualisierte weitere Infos unter www.jugendkulturen.de

BERLIN

Freitag 29.Dezember 2006
KATO-Kulturbahnhof, Im Ubf-Schlesisches Tor, Berlin
21h Konzert: George Darko & Ghana Empire Band – The King of original Highlife Music
24h Party-DJs: Highlife-Hiplife
african food & drinks

Sa 30.Dezember 2006
21h CHIHA & Band – mit Torsten Schulz, Meinhard Blum, Marcel Dufanal, Said
Die mystische Stimme aus Tunesien: Jazz Rock Pop, Arabische Tanzmusik im Oxident, Frankfurter Allee 53, 10247 Berlin-Friedrichshain, Ubf-SamaritерStr.

01.Januar 2007 ab 20h
Die 3. Original JIMI HENDRIX MEMORIAL NITE im KATO-Kulturbahnhof, am Ubf. Schlesisches Tor),10999 Berlin-Kreuzberg
Am 1. Abend des neuen Jahres rufen sechs auserwählte, international bekannte Gitarreros den Spirit ihres großen Meisters Jimi Hendrix auf und leiten 2007 mit einem psychodelic-guitar Feuerwerk ein.
www.AHOI-kultur.de

SONST NOCH

1. Classic Jazz Workshop
Der 1. Classic Jazz Workshop vom **02.-07. Januar 2007** im hessischen Marburg ist eine Initiative der Barrelhouse Jazzband zusammen mit internationalen Gastdozenten und richtet sich an Anfänger bis Fortgeschrittene, Musiklehrer und aktive Musiker, die sich in den Stilistiken des Blues, New Orleans Jazz, Swing, Creole Jazz und Mainstream vervollkommnen möchten. Neben Instrumentalkursen und Ensembleunterricht sind auch Theoriekurse zu den Themen Harmonielehre, Gehörbildung, Rhythmik, Arrangieren, Jazzhistory und Musikbusiness für Musiker geplant. In den praktischen Übungseinheiten stehen Improvisation, Interpretation und Stilsicherheit im Vordergrund. Jazzfilme, allabendliche Sessions, ein Dozentenkonzert und ein Abschlusskonzert der Teilnehmer runden das Angebot ab. Sowohl die Theoriekurse als auch der Ensembleunterricht werden nach Anfängern und Fortgeschrittenen getrennt. Für Schüler und Studenten, sowie für komplette Bands gibt es Sonderkonditionen.
info@classicjazzworkshop.de
www.classicjazzworkshop.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg